

Leipzig NEUE

**LINKE MONATSZEITUNG
FÜR POLITIK, KULTUR UND GESCHICHTE**

■ Missbrauch eines Verbrechens

Nachdenken über eine Kindstötung **Seiten 4-5**

■ Unterschiedliche Ost-West-Blicke

Im Gespräch: der Regisseur Thomas Heise **Seite 6**

■ Krieg im Kaukasus

Eine Analyse von Sarkis Latchinian **Seiten 12-13**

■ Wenn das Chaos regiert

Eine Voranzeige auf die Leipziger Lachmesse **Seite 15**

■ Die Kontroversen gehen weiter

Der Leipziger Reichstagsbrandprozess **Seite 18**

15
2008

**2,00
Euro**

16. Jahrgang
September

www.
leipzig-neue.de

**Nur 1,80 Euro
im Abo**

**Karls
„Enkel“
kauften**

**Liebknachts
Geburtshaus**

Nach langjährigen Bemühungen ist es der parteieigenen Immobilienfirma gelungen, das Haus in der Braustraße zu erwerben. Die Schlüsselübergabe an den Stadtverband der Leipziger LINKEN erfolgte am 29. August. Ehrengast war Dr. Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates der Partei DIE LINKE. (links unten im Bild)



Freude und Symbolik vor und hinter dem Liebknacht-Haus.
Fotos Fiebelkorn /Eiltzer

Über eine halbe Million Euro betrug die Spensumme aus dem gesamten Bundesgebiet, damit der Verfall dieses geschichtsträchtigen Hauses gestoppt werden konnte. Einige der „Geldgeber“ waren Gäste eines launigen Hoffestes... **Seite 9**



»Vive Liebknacht!«

Reportage, zitiert aus: »Volksfreund«
Karlsruhe, 18. Juli 1914.

Jean Longuet drückte seine Freude darüber aus, daß er heute auf französischem Boden Seite an Seite mit Karl Liebknecht sitze.(...) Er erinnerte daran, wie Bebel und Liebknecht am 27. März 1872 durch das Reichsgericht zu Leipzig wegen Hochverrats zu 2 Jahren Festung verurteilt wurden wegen ihres mannhaften Betragens im Reichstage, wo die zwei allein als Sozialisten und als Republikaner, als Mitglieder der Internationale erklärten, gegen jede Unterdrückung irgendeiner Nationalität zu protestieren, und durch brüderliche Bande alle Unterdrückten zu vereinigen suchten. Berauscht vom Patriotismus, ließ der damalige Reichstag diese Helden festnehmen. Hüben und drüben der Vogesen dauern die Hetzereien einer gewissenlosen Chauvinistenbande fort. Aber warum sollen denn wir Arbeiter uns gegenseitig töten? Wir kennen uns ja nicht und haben uns nie was zuleide getan, und wir wünschen doch auf beiden Seiten nur Friede miteinander. Wenn unsere Chauvinisten und die Pangermanisten (Alldeutschen) es so nötig haben, sich zu prügeln, meint Longuet, da stelle man ihnen doch schnell ein großes abgeschlossenes Feld zur Verfügung, und da sollen sie sich niedermetzeln, bis kein einziger mehr davon übrig bleibt. Dann können wir in Ruhe unsere Wege weiterwandeln und bald die Vereinigten Staaten Europas gründen, wo Gerechtigkeit, Brüderlichkeit und Gleichheit gelten. (...)

Nun kam Genosse Liebknecht, von unaufhörlichen Rufen empfangen: »Vive Liebknecht!« »Vive Bebel!« »Vive Karl Marx!« »Vive l'Internationale!« »à bas la guerre!« »Vive l'Allemagne!« Ja, aus Tausenden und Tausenden Kehlen erscholl auf französischem Boden der Ruf: »Vive l'Allemagne!« als Liebknecht aufstand, um das Wort zu ergreifen. Dieses »Vive l'Allemagne!« hatte in dem Munde der Tausenden französischen Arbeiter auf französischem Boden, hundert Meter von einer Infanteriekaserne entfernt, etwas recht Ergreifendes für sich. Als die Ovationen für Liebknecht nicht enden wollten, erhob sich der Vorsitzende der Versammlung und drückte seine Freude darüber aus, daß die französischen Arbeiter »Es lebe Deutschland!« rufen, damit sei aber nicht das Deutschland der Hohenzollern, der Krupp, der deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, der Liebert oder der ganzen militaristischen Clique gemeint, sondern das Deutschland der Goethe und Schiller, das Deutschland der Kunst, der Wissenschaft, der Literatur und hauptsächlich das sozialdemokratische Deutschland.

Kommentiert

Zweierlei Maß

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die Missachtung der Völker- und Menschenrechte in Georgien durch Russland beklagt wird. Was war geschehen? Nach dem Überfall georgischer Streitkräfte auf Südossetien am 8. August 2008 entsandte Russland reguläre Truppen zur Verstärkung seiner dort stationierten Friedenstruppe. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen proklamierten sowohl Südossetien als auch Abchasien ihre staatliche Unabhängigkeit, die umgehend von Russland anerkannt wurde. Der Einsatz russischer Truppen und die von Russland offiziell anerkannte Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens führten unisono zu einer scharfen Verurteilung Russlands in den gleichgeschalteten Medien (Joachim Herrmann hätte seine Freude daran), an der sich auch deutsche Regierungsmitglieder, allen voran die Bundeskanzlerin, offiziell beteiligten.

Dieser „Kaukasuskonflikt“ erinnert in makabrer Weise, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen, an die Zerschlagung Jugoslawiens, die mit tatkräftiger deutscher Unterstützung, vor allem des damaligen deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher, im Jahr 1990 begann. Als „moralische Rechtfertigung“ diente damals das „Recht der Völker auf Selbstbestimmung“ liefern, das mit der vor-

allem von Deutschland propagierten Volksgruppen-Politik unterstützt wird. Im Gegensatz dazu wird für Georgien die Unverletzlichkeit des Staatsgebietes eingefordert, und aggressive NATO-Kreise fordern sogar ein militärisches Eingreifen.

Wird hier mit zweierlei Maß gemessen? Auf den ersten Blick mag es so aussehen, betrachtet man jedoch die wirtschafts- und machtpolitischen Hintergründe, so wird deutlich, dass ein ungeschwächtes, teilweise noch mit sozialistischen Ideen behaftetes Jugoslawien ein Hemmschuh bei der Expansion der EU gewesen wäre. Eine instabile Kaukasusregion hingegen stünde der Schaffung eines prowestlichen, von Russland unabhängigen, Staatengürtels von Georgien über Armenien bis Aserbaidschan, der als Korridor zwischen Russland und dem Iran die Lieferung der Energieressourcen aus dem Kaspischen Becken nach Westen sichern soll, entgegen. Die Pipeline Baku-Tbilisi-Ceyhan transportiert bereits jetzt etwa ein Prozent der Welt-Erdölproduktion vom Kaspischen Meer über Georgien in die Türkei. Nach den Vorstellungen einflussreicher Wirtschaftskreise könnte in Zukunft Kasachstan vom derzeit fünf- zum zweitgrößten Erdöllieferanten Deutschlands aufsteigen.

• HELMUT ULRICH

Manipuliertes Interview

Auf ihrer Webseite gab die ARD ein Interview mit dem russischen Ministerpräsidenten Putin wieder, dies ohne Hinweis, dass nur ein Teil des Interviews wiedergegeben wird. Süffisant überschreibt die ARD das gekürzte Stück mit: „Neun Minuten Interview mit Wladimir Putin im Wortlaut.“ So wird das 20 minütige Putin-Interview um 11(!) Minuten gekürzt. Die Aussagen sind nicht nur verfälscht dargestellt, auch werden Aussagen Putins die nicht ins Bild der Schwarz-Roten-Regierung passen, zensiert. Das augenfällige Beispiel der Manipulation: Wladimir Putin: Was meinen Sie, wer hat den Krieg begonnen? Thomas Roth: Der letzte Auslöser war der georgische Angriff auf Zchinwali. Wladimir Putin: (Ich) Danke Ihnen für diese Antwort. So ist es auch, das ist die

Wahrheit. Wir werden dieses Thema später ausführlicher erörtern. Ich möchte nur anmerken, daß wir diese Situation nicht herbeigeführt haben.

Diese entscheidenden Sätze schneidet die ARD aus dem Interview heraus, in dem der Ministerpräsident klarstellt, das nicht Rußland diesen Krieg angefangen hat, sondern Georgien. Dieses Cutten darf man doch Zensur nennen? Oder? In den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts schrieb Upton Sinclair ein Buch mit dem Titel: „Das Geld schreibt.“ Belohnt von den USA wurde in diesen Tagen nicht die ARD. Der US-Vize und Falke Dick Cheney reiste nach Georgien, um Herrn Saakaschwili mit US-Dollar für seinen begonnenen wie verlorenen Krieg als engen US-Verbündeten zu trösten.

• KARL-H. WALLOCH

Der hinkt nicht mal ...

Das Hinken ist ja schon in Lenins Schrift „Über die Verwechslung von Politik und Pädagogik“ das Typische eines wahren Vergleichs. Ob Altkanzler Helmut Schmidt nun als Pädagoge oder als Politiker wirken wollte, weiß ich nicht. Auf jeden Fall hat er seinem ehemaligen Parteimitstreiter Oskar L. die denkbar schlechteste Note im Fach Rhetorik ausgestellt, indem er ihn mit Adolf H. vergleicht ... oder gar gleichsetzt? Das hinkt eben nicht nur, sondern fällt dem – ebenfalls rhetorisch scharfzüngigen – Schmidt auf die Füße. Soll das nun so weitergehen, dass einer der größten Verbrecher und Scharlatane des 20. Jahrhunderts zitiert wird, wenn bei der SPD in der nun wieder bissiger werden politischen Auseinandersetzung – nach Kurt

Becks Rückzug – offenbar die Nerven blank liegen. Schon wieder so ein nervender Vergleich. Der andere mit H. war für Schlagzeilen gut und bleibt natürlich in deutschen Landen heikel, es gab da noch mehr von dieser Art. Ich denke nur an Frau Däubler-Gmelin und ihren Bush-Hitler-Vergleich. Da gab's richtig Ärger. Lang ist das her. Man schüttelt heute entweder den Kopf oder tippt sich an die Stirn. Oskar L. galt auch mal als Enkel von Willy B. Lassen wir aber den verbalen Hick-Hack beiseite. Helmut S. stärkte vermutlich sehr bewußt dieser Tage. Wollte er etwa sein neues Buch promoten? Grund genug für Wähler und Bürger – das ist nicht immer das Gleiche – bei rhetorischem Getöse den richtigen Riecher zu haben.

• JOST WEISS



Foto:Gerhard Märker

Verein erhielt Leipziger Friedenspreis

LN.: Am Weltfriedenstag vergab der Leipziger Initiativkreis „Leipzig gegen Krieg“ erstmals den Leipziger Friedenspreis. Erhalten hat ihn der Verein „Lebendiges Kongo“, der das afrikanische Land mit lebensnotwendigen Gütern versorgt und unter anderem eine Berufsschule fördert. Die Mitglieder konzentrieren ihre Tätigkeiten insbesondere auf die Lösung von humanitären Problemen, die infolge des Bürgerkrieges in der DR Kongo (ehemals Zaire) entstanden sind. Besonderes Augenmerk gilt dabei vorrangig sozialen Projekten für die Gesunderhaltung, aber auch der gesellschaftlichen Integration von ehemaligen Kindersoldaten, Waisenkindern und Frauen sowie der Wiederherstellung kleiner funktionierender infrastruktureller Einheiten.

Ansprechpartner ist Dr. Dinanga Cingoma. Er betonte in seiner Dankesrede u.a.: „Die Hauptstadt Kinshasa wurde für circa zwei Millionen Menschen errichtet. Heute

leben hier ungefähr zehn Millionen Menschen – in einer Stadt, wo es kaum fließendes Wasser und Strom gibt. Da die meisten Menschen Kerzen verwenden, brennt es täglich. Bisher gab es keine Feuerwehr in ganz Kinshasa, so dass diejenigen, welche mit ihrem Leben davon kamen, ihr ganzes Hab und Gut verloren. Hierbei möchte ich mich ganz herzlich im Namen des Vereins bei Monika Lazar, Mitglied des Bundestages, bei der Stadtverwaltung Leipzig, dem Brandschutzamt, Karlheinz Schneider, Norbert Guthmann, sowie beim Initiativkreis „Leipzig gegen Krieg“ bedanken – Dank deren Hilfe gelang es uns, zwei Feuerwehrautos nach Kinshasa zu fliegen.

Dieser Friedenspreis bestätigt und ermutigt uns in unserer Arbeit, so dass wir im Jahr 2009 neue Projekte angehen werden, welche weitere Arbeitsplätze in Kongo schaffen.“

(Kontakt: www.lebendiges-kongo.de)

Banken“hochzeit“ nutzt weder Kunden noch Beschäftigten

LN.: Kein Grünes Licht gibt es darum aus der Bundestagsfraktion DIE LINKE. „Die aktuellen Verhandlungen zum Verkauf der Postbank an die Deutsche Bank sind völlig überflüssig und unnötig“, erklärt der finanzpolitische Sprecher Axel Troost. „Es gebe keinerlei Handlungsbedarf, die öffentlichen Anteile an der Postbank zu verkaufen.“ „Der Finanzplatz Deutschland ist nicht zuletzt deshalb für Privat- und Firmenkunden so funktionsfähig, weil es trotz der großen Marktkonzentrationen in Großkonzernen wie Deutscher Bank und nunmehr Commerzbank/Dresdner Bank immer noch einen recht ausgeprägten Wettbewerb gibt. In kaum einem anderen Land Europas sind Finanzdienstleistungen so günstig und Zinsen so niedrig wie in Deutschland. Das kommt gleichermaßen den Menschen und der Realwirtschaft zu Gute. Der Verkauf der Postbank bedeutet einen weiteren Schritt in Richtung Oligopolisierung der deutschen Finanzbranche. Die Verbraucher können an ihren Strom-, Gas- und Ölrechnungen ablesen, wohin das führt. Wie bei der Übernahme der Dresdner Bank durch die Commerzbank werden auch im Fall der Postbank Tausende von

Arbeitsplätzen wegrationalisiert werden. Die politische Verantwortung dafür trägt die Bundesregierung, die die Jobverluste schon zum Zeitpunkt der Privatisierung der Postbank als Köder einkalkuliert hat. Das ist und bleibt vorsätzliche Arbeitsplatzvernichtung.“

Professor Herbert Schui, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion zu dieser Problematik: „Die Bundesregierung muss die Übernahme der Postbank verhindern – im Interesse der Kunden und der Beschäftigten. Im Bankensektor läuft eine Konzentrationswelle. Der Preiswettbewerb wird dadurch geschwächt. Kredite werden teurer, Guthabenzinsen sinken. Konzentration ist für die Kunden also ein Verlustgeschäft. Das wird auch dadurch nicht besser, dass man Konzentration jetzt Konsolidierung nennt. Die Bundesregierung könnte handeln. Sie ist über die KfW Großaktionär bei der Post. Doch sie verschleudert lieber wieder öffentliches Eigentum. Wer jetzt Banken verkauft, verkauft zu billig. Die Postbank bringt allein im laufenden Jahr über eine Milliarde Gewinn ein. Die Bundesregierung sollte ihre Liebe für nationale Champions vergessen und die Übernahme verhindern.“

Aufwandsentschädigung gespendet

LN.: Die Linksfraktion des Leipziger Stadtrates beschloss, für soziale Projekte insgesamt 1950 Euro zu spenden. Die Initiative ist eine Reaktion auf einen Stadtratsbeschluss zur Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Stadträtinnen und Stadträte aus dem Jahre 2000. Sie wurde von der PDS-Fraktion abgelehnt. Mit einem monatlichen Beitrag haben seither die Fraktionsmitglieder in einen speziellen Spendenfonds eingezahlt, aus dem zwei Mal jährlich soziale Projekte jeweils im Februar und September unterstützt werden. Dazu zählen u. a.:

- Kulturnetzwerk e. V. zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit
- Hilfsverein Nächstenliebe e. V. zur Unterstützung für bedürftige Kinder und Jugendliche
- Verein Frauen für Frauen e. V. zur Unterstützung der Aktion „Gewalt kommt nicht in die Tüte“
- Krebsliga e. V. zur Unterstützung von Projekten im „Haus Leben Leipzig“
- Mobile Jugendarbeit Leipzig e. V. zur Unterstützung der Außenwerbung am neuen Beratungsbüro Lützner Straße
- Sportverein „Roter Stern“ e. V. zum Ausbau des Sportplatzes am Goethesteig
- Förderverein Sächsisches Sportmuseum e. V. zur Finanzierung von Planungsgeldern für den Museumsneubau

Mehr parlamentarische Kontrolle notwendig

Zum Abschluss der Arbeit des Untersuchungsausschusses „Murat Kurnaz vs. Soldaten des Kommandos Spezialkräfte“ erklärt der Berichterstatter der Bundestagsfraktion Die LINKE, Paul Schäfer:

Es war richtig, dass sich der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss intensiv damit befasst hat, was das KSK tatsächlich in Afghanistan im Jahre 2002 gemacht hat. Damit sollte nachgeholt werden, was der Bundestag damals versäumt hat: Parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte. Das konnte nur zum Teil gelingen, noch verbleibt manches über die tatsächlichen Einsätze des KSK im Dunkeln. Dafür hat die Regierungsmehrheit schon bei der Definition des Untersuchungsauftrages gesorgt. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses wurde vor allem am Ende durch Versuche des Bundesministeriums der Verteidigung, möglichst viele Dinge unter Verschluss zu halten, beeinträchtigt. Dazu kam die "Datenvernichtungsaffäre", deren Ausmaß bis heute unklar ist. Für DIE LINKE ergeben sich vier Schlussfolgerungen, die in einem Sondervotum niedergelegt wurden:

- Die Vorwürfe des in Kandahar und anschließend in Guantanamo gefangen

gehaltenen Bremers Murat Kurnaz gegen Kommandosoldaten sehen wir bestätigt. Die Glaubwürdigkeit des Zeugen Kurnaz auf der einen Seite, die verblüffend großen Gedächtnislücken und die unschwer zu erkennenden Schutzbehauptungen der im Ausschuss vernommenen KSK-Soldaten auf der anderen Seite sowie die Bewertung der vorliegenden Indizien, legen eine solche Beurteilung nahe.

- Deutsche Soldaten haben bei ihrem Wachdienst im Gefangenenlager Kandahar gegen Recht und Gesetz verstoßen bzw. haben unterlassen, auf Verletzungen des Völkerrechts aufmerksam zu machen. Dass Gefangene sich einer brutalen Einweisungsprozedur unterziehen mussten, bei -10 Grad im Freien gehalten und systematisch am Einschlafen gehindert wurden, war für die KSKler kein besonderes Ereignis. Ob es eine eindeutige Unterweisung der Kommandosoldaten im humanitären Völkerrecht gegeben hat, konnte nicht eindeutig aufgeklärt werden, an konkreter Sensibilität und dem nötigen Verantwortungsbewusstsein hat es allemal gefehlt. Dass dabei die von oben verkündete "uneingeschränkte Solidarität mit den USA" bis nach unten - auf die Ebene der einzelnen Soldaten - durchschlug, war offenkundig.

● Derselbe Grund war es, der dazu führte, dass es die politische und die militärische Führung der Bundeswehr mit dem Völkerrecht nicht so genau nahm. Die Soldaten wurden ohne klare rechtliche Grundlage in den Einsatz geschickt. Mit der Festlegung, dass Gefangene den USA zu überstellen seien, glaubte man, sich aller heiklen Fragen entledigt zu haben. Dieser Vorgang lässt sich nur als vorsätzliche Verantwortungslosigkeit bezeichnen. Es hat fünf Jahre gedauert, bis die Bundesregierung die Frage eines menschenrechtlich einwandfreien Umgangs mit Gefangenen per Weisung geklärt hat.

● Die Konsequenz aus dem Untersuchungsausschuss lautet, dass die Informationspflicht der Bundesregierung gegenüber dem Bundestag gemäß § 6 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes konsequent umgesetzt werden muss. Dem Bundestag, und nicht einem exklusiven Kreis der Abgeordneten, müssen alle nötigen Informationen über KSK-Einsätze zukommen, substanzvolle Berichte zur Auswertung dieser Einsätze und deren Erörterung im Parlament sind unverzichtbar. Schließlich: Die Spezialkräfte als besonders exponiertes militärinterventionistisches Instrument sollten aufgelöst werden.

Abstimmen bis das Ergebnis „stimmt“

Über das historische „Demokratieverständnis“ der Europäischen Union – von Keith Barlow

Wir erleben derzeit eine unerträgliche Situation in der Europäischen Union. Im Sommer haben die Iren den Vertrag von Lissabon, den so genannten EU-Reformvertrag, in einem Volksentscheid abgelehnt. Dieser Vertrag ist deshalb völkerrechtlich tot. Jedoch wird versucht, den Willen der Iren zu umgehen und deshalb eine Verfassung für die EU über die Köpfe der Menschen in den Mitgliedsstaaten durchzuzugschleichen.

Wie ist eigentlich dieses „Demokratieverständnis“ historisch zu betrachten?

Wenn Verträge innerhalb der EU ratifiziert werden, ist das gut. Wenn sie durch Volksentscheide ratifiziert werden, ist das noch besser. Aber was passiert im Fall einer Ablehnung? Antwort: einen neuen Volksentscheid, wenn das geht.

1992 stimmten die Dänen gegen die Ratifizierung des Vertrages von Maastricht (obwohl die Iren und Franzosen dafür stimmten). Dass es in keinem anderen Land der heutigen EU einen Volksentscheid zum Maastricht gab, war gleichgültig. Die Dänen mussten nochmal abstimmen, damit dieser Vertrag in Kraft treten konnte.

2001 stimmten die Iren gegen den Vertrag von Nizza. Da es dazu keinen Volksentscheid in den anderen damaligen 14 Mitgliedsstaaten gab, ist es wie bei Maastricht, gleichgültig. Die Iren mussten nochmals abstimmen. So zeigt sich das „Demokratieverständnis“ der EU klar. Es muss abgestimmt und abgestimmt werden, bis es „richtig“ ist.

Die Geschichte geht weiter. 2000 stimmten die Dänen für den Erhalt ihrer Währung gegen die Einführung des Euros. Als

das Abstimmungsergebnis bekannt wurde, war sofort die Rede von einem neuen Volksentscheid. Tatsache ist, dass 2002 diese Währung in zahlreichen EU-Mitgliedsstaaten ohne Volksentscheide eingeführt wurde. Das hat zur Folge, dass Regierungen in Staaten der "Eurozone" prinzipiell nicht mehr an ihren Wähler für die Haushaltspolitik ihres Landes, sondern nur an die Chefs der Europäischen Zentralbank rechenschaftspflichtig sind. Da die Einführung dieser Währung deshalb verfassungsrechtliche Auswirkungen auf die einzelnen Mitgliedsstaaten hat, waren und bleiben Rufe für Volksentscheide zu diesem Thema völlig legitim.

Im Herbst 2003 stimmten auch die Schweden gegen die Einführung des Euro. Da die Ablehnung dort deutlicher als drei Jahre zuvor in Dänemark war, wurde vermerkt, dass ein neuer Volksentscheid zum Euro innerhalb der folgenden zehn Jahre nicht möglich sei.

Obwohl sich die „Eurozone“ Schritt für Schritt ausbreitet, konzentriert sich die EU seit dem Scheitern der Volksabstimmung in Schweden auf die Grundsatzfragen einer Verfassung für die EU.

Ende 2004 wurde den Vertrag über eine Verfassung für Europa in Rom von den EU-Staats- und Regierungschefs unterzeichnet und im folgendem Jahr begann die Ratifizierung. Ohne die Ratifizierung von allen Mitgliedsstaaten könnte diese Verfassung nicht in Kraft treten. In Erwartung von möglichen Komplikationen bei der Ratifizierung wurde ein „Plan B“ in das Verfassungswerk, die so genannte „Erklärung 30“, eingeführt:

„Die Konferenz stellt fest, dass der Euro-

päische Rat befasst wird, wenn nach Ablauf von zwei Jahren nach der Unterzeichnung des Vertrages über eine Verfassung für Europa vier Fünftel der genannten Vertrag ratifiziert haben und in einem oder mehreren Mitgliedsstaaten Schwierigkeiten bei der Ratifizierung aufgetreten sind.“ Gemeint war mit Sicherheit Großbritannien, vielleicht auch Dänemark, Schweden, Polen, Tschechien und Irland. Mit der Ablehnung dieses Vertragswerks in Frankreich und den Niederlanden 2005 wurde nicht gerechnet. Da feststand, dass diese Marke von „vier Fünftel“ in der „Erklärung 30“, d. h. die Ratifizierung in mindestens 22 der 27 Mitgliedsstaaten auch durch neue Volksentscheide nicht mehr realisierbar wurde, wurde das Vertragswerk zurückgezogen.

So wurde das Hauptziel der deutschen EU-Präsidentschaft in der 1. Hälfte 2007, den Verfassungsprozess wieder im Gang zu bringen, aber ohne Volksentscheide außer Irland, wo Volksentscheide bei Verfassungsänderungen dieses Landes erforderlich sind. Frankreich und die Niederlande haben gezeigt, dass ein Vertragswerk, das eine neoliberale Wirtschaftspolitik und die ständige Militarisierung der EU festschreibt, nicht unter der Bevölkerung mehrheitsfähig ist. Diesmal sollte der Begriff „Verfassung“ vermieden werden, sonst würde das bedeuten, dass die EU „öffentlich“ sagt, dass sie undemokratisch ist. Stattdessen bekommen wir einen „Reformvertrag“, der im Dezember 2007 in Lissabon von den EU-Staats- und Regierungschefs unterzeichnet wurde.

Und in derselben „Demokratietradition“ in der EU weist das Europäische Parlament im Februar dieses Jahres einen Antrag zurück, der den Ausgang des kommenden Volksentscheids in Irland zum Vertrag von Lissabon respektieren soll.

Bekannt ist, dass der Vertrag von Lissabon inhaltlich fast identisch mit dem zurückgezogenen Verfassungsvertrag ist. D. h., dass dieser „neue“ Vertrag dieselben Ziele wie der diskreditierte Verfassungsvertrag hat. Die Worte des Vorsitzenden des EU-Verfassungskonvents, des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing, bestätigt diese Tatsache eindeutig. In einem Brief an den britischen Außenminister David Miliband schrieb er: „Ich habe die Aufgabe übernommen, den Entwurf des neuen Vertrages von Lissabon mit der Verfassung auf 'neun Grundsatzpunkte' zu vergleichen. Zu meiner Überraschung, und um die Wahrheit zu meiner großen Freude zu sagen, wurden diese neun Punkte Wort für Wort in dem neuen Projekt wiederaufgenommen. Nicht einmal ein Komma wurde geändert. Das Einzige ist, dass man wirklich versuchen muss, diese zu finden, weil sie in den Texten von Rom und Maastricht verstreut sind. Der einzige Unterschied ist, dass die qualifizierte Mehrheitsabstimmung bis 1. November 2014 verschoben wird, obwohl sie mit der Verfassung sofort nach der Ratifizierung in Kraft treten würden. Ich sehe keinen Sinn in dieser Verschiebung und ich glaube, dass wäre nicht nötig gewesen.“

Bei solcher Arroganz, war der Ausgang der Volksabstimmung im Sommer 2008 in Irland nur folgereichtig.



Politische Instrumentalisierung eines Verbrechens. Die NPD marschiert mit dem Ziel und der Forderung, demokratische Rechtsprinzipien außer Kraft zu setzen. Im Stadtteil Reudnitz ebenfalls gesichtet Landtagsmitglied Holger Apfel (unten links).
Fotos: ege

Abgründe

Als am 21. August bekannt wurde, dass die achtjährige Michelle aus Leipzig Opfer eines Gewaltverbrechens geworden war, gingen hunderte Menschen auf die Straße. Die den Protestzug durch Reudnitz, dem Stadtteil in dem Michelle mit ihrer Familie gelebt hat, anführten, waren schon an diesem Donnerstag nicht allein bestürzte Menschen, die ihrer Anteilnahme Ausdruck verleihen wollen. Politische Parolen wie „Ohne uns keine Zukunft - Nationale Sozialisten Leipzig“, „Todesstrafe für Kinderschänder - freies-netz.com“ war auf den die spontane Zusammenkunft anführenden Transparenten zu lesen. Der Onkel der Ermordeten, der als Protagonist der lokalen Neonazi-Struktur „Freie Kräfte“ gilt, wurde mit seinem Plädoyer für den Aufbau einer „Volksgemeinschaft“ zum Sinnbild für den offenbar werdenden Versuch von Nazis, Trauer zur wütenden Bewegung werden zu lassen, die mit der Forderung nach Vergeltung und Rache und Anklagen an „die da oben“ durch die Straßen zog. Es ist nicht zu verhehlen, dass dieser Versuch in seiner Anfangsphase gelang. Protagonisten einer Elterninitiative riefen nach „härteren Strafen“, im Stadtteil zog eine beängstigende Atmosphäre auf, in der jede und jeder potentiell verdächtig wurde. Bei einem angemeldeten Protestzug am Montag nach dem Auffinden der Leiche Michelles, dominierten Nazis wiederum eindeutig die Szenerie, was weitere 200, augenscheinlich nicht der organisierten rechten Szene angehörende Menschen kaum störte.

Erst unter dem Eindruck dieses offensichtlich entstandenen Bündnisses von Nazis und anderen Stadtteilbewohnern begannen sich am 26. 8. endlich Medien und offizielle Repräsentanten aus Stadt und Land zu Wort zu melden. Das bereits mehrere Tage andauernde Engagement von Nazis um das Thema Kindesmissbrauch wurde endlich hörbar verurteilt. Ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Kräf-

ten und Politikern und Politikerinnen veröffentlichte zudem einen Offenen Brief, in dem die Instrumentalisierung des Todes von Michelle durch Rechtsextremisten wie auch der Ruf nach der Todesstrafe zurückgewiesen wird.

Am Montag, dem 1. September, war die Spaltung von Nazis einerseits und „Normalbevölkerung“ andererseits gelungen. Die Nazis blieben bei einer Kundgebung mit immerhin 280 Teilnehmenden und Prominenz aus der sächsischen NPD-Landtagsfraktion mehr oder weniger unter sich. Spannender allerdings dürften die Gespräche an so manchem Frühstückstisch in Leipzig-Reudnitz sein. Wird der ekstatisch vorgebrachte Ruf nach einem „starken Staat“ nach lebenslangem Wesperrn oder gar staatlich angeordnetem Töten tatsächlich abgelehnt, oder folgt man nur dem warnenden Zeigefinger von Medien und offizieller Politik? Herrscht nicht doch Unverständnis, warum man in diesem Punkt nicht mit Nazis für eine „gute Sache“ demonstrieren kann?

Autoritäre Einstellungen und repressive Ausschlussmechanismen sind integraler Bestandteil nazistischer Ideologie und Praxis und gehören in subtiler Form auch in das Weltbild so manchen „Normalbürgers“. Das kampagnenhafte Aufgreifen von Kindesmissbrauchsfällen eignet sich für die Nazis gut, um gegen das „verlotterte System“ ins Feld zu ziehen.

In diesem Schlepptau ist der Tod von Michelle längst zur Folie für politische Propaganda geworden. Die schwächsten Glieder dieser Gesellschaft, die Kinder, werden von NPD und Co. auf ihre Funktion als „biologisches Erbe“ des (deutschen) Volkes reduziert.

Die Stärkung der Rechte von Kindern egal welcher Herkunft, die Befähigung sich gegen den Zugriff von Stärkeren zur Wehr zu setzen, egal in welchem Lebensbereich, dürfte ihnen dabei egal sein.

• JULIANE NAGEL

Über den Umgang mit Sexualdelikten in der DDR

HANS GIROD, Kriminologe und Autor, beschäftigte sich in den vergangenen Jahren mit spektakulären und ungewöhnlichen Todesfällen in der DDR.

In verschiedenen Publikationen des Verlages „Das Neue Berlin“ leistet er somit seit längerem einen spannenden und wichtigen Beitrag zur Diskussion über die DDR-Wirklichkeit anhand extremer Situationen. Im Jahr 2000 erschien eine weitere Sammlung ungewöhnlicher Todesfälle. In ihr beschäftigt sich Girod auch mit Verbrechen an Kindern und den damit verbundenen gesellschaftlichen Reaktionen und Reflexionen.

Der Autor recherchiert – wie es zu seiner Profession gehört – exakt und nicht spektakulär.

Aus gegebenem Anlass zitiert LN einige Gedanken und Schlussfolgerungen aus

seinem Tatsachen-Buch „Der Kannibale“ und stellt diese somit zur Diskussion:

- *Beginnend mit den 1960er Jahren, forcierten DDR-Kriminologen, Gerichtsmediziner, Psychologen und Psychiater die Untersuchung des sexuellen Kindesmissbrauchs (wie überhaupt der Gewalt gegen das Kind). Eine Reihe von Fachpublikationen entstand.*

- *Unter den Sexualdelikten in der DDR hatte der Kindesmissbrauch vor der Vergewaltigung den größten Anteil: In den 80er Jahren betrug die Belastung 6 gerichtlich verfolgte Delikte pro 100 000 Einwohner (Vergleich „alte“ BRD 19, Westberlin 28 pro 100 000 Einwohner).*

- *Bei Vergewaltigungen lag die Belastung hingegen bei 3,7 (Vergleich: BRD 8 pro 100 000 Einwohner).*

- *Im Vergleich zur kriminologischen*

Situation in der Bundesrepublik (die geschätzte Dunkelziffer überstieg dort schon in den 80er Jahren fast das 30fache der polizeilich bekannt gewordenen Delikte) schienen die Verhältnisse in der DDR nicht ganz so besorgniserregend zu sein, denn es ist anzunehmen, dass die Maxime vom solidarischen Zusammenleben aller, die sich in vielfältigen, obligatorischen, aber auch freiwilligen Formen der Bildung von Gruppenbeziehungen äußerte, die Menschen enger zueinander führte und damit weitgehend gegenseitige Aufmerksamkeit und somit Kontrolle gewährleisteten.

- *In der DDR spielte die Frage des Rückfalls bei Triebtätern, wie überhaupt bei Gewalt- und Sexualdelikten, keine bedeutende Rolle. Das hatte zwei Gründe: Zum einen führten hohe Freiheitsstrafen zu langer Isolation von der Gesellschaft. Freigang, Urlaub und andere Vergünstigungen kannte das Strafvollzugssystem der DDR für diese Täterkategorie nicht. Zum anderen unterlag der Haftentlassene den rigorosen Maßnahmen der Wiedereinglie-*

derung. Dazu gehörten vor allem: Arbeitsplatzbindung, Zuweisung von Wohnraum, Verbot des Aufenthalts an bestimmten Orten oder des Umgangs mit bestimmten Personen, Meldepflicht gegenüber der Volkspolizei, Duldung polizeilicher Durchsuchung des Wohnraums.

Auf diese Weise entstand ein so engmaschiges Netz staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle, Aufsicht und Betreuung, dass eine Wiederholung praktisch ausgeschlossen war.

- *Die Frage ob Serientäter resozialisiert werden können bzw. sollen, wird heute in der internationalen Fachwelt, aber auch in den Medien, ebenso diskutiert wie die nach dem Sinn der Todesstrafe. Konträre Meinungen prallen aufeinander und haben zu einem erbitterten Streit zwischen den Befürwortern und Gegnern geführt. Im jetzigen Deutschland besteht mehrheitlich Einigkeit über den Sinn der Resozialisierung. Jedoch fehlen einheitliche theoretische Positionen und praxisnahe Konzepte, wie sie erreichbar werden kann. Dennoch gibt es Ansätze.*

Gegen Politisierung eines Verbrechens

LN.: Nach dem tragischen Tod der kleinen Michelle haben Rechtsextreme auf unerträgliche Weise versucht, die Bürgerinnen und Bürger für ihre menschenfeindliche und undemokratische Propaganda zu mobilisieren. Die Bürgerinitiative „Buntes Reudnitz“ reagierte mit einem offenen Brief an alle Leipziger.

Sie verurteilte darin die Instrumentalisierung des Verbrechens an der achtjährigen Michelle durch Rechtsextreme und rief die Reudnitzer und Leipziger zur Besonnenheit auf.

Die Resonanz war groß, die Liste der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner erstreckt sich von Oberbürgermeister Burkhard Jung über Vertreter von Parteien, Gewerkschaften und Kirchengemeinden bis hin zu vielen Vereinen und Institutionen.

Offener Brief

Rechtsextreme instrumentalisieren den Tod von Michelle

Wie alle Leipziger Bürgerinnen und Bürger sind wir tief betroffen und entsetzt über den schrecklichen Mord an der 8-jährigen Michelle in unserer Stadt. Unser Mitgefühl gilt den Eltern und Angehörigen des Opfers, deren Leid niemand ermessen kann.

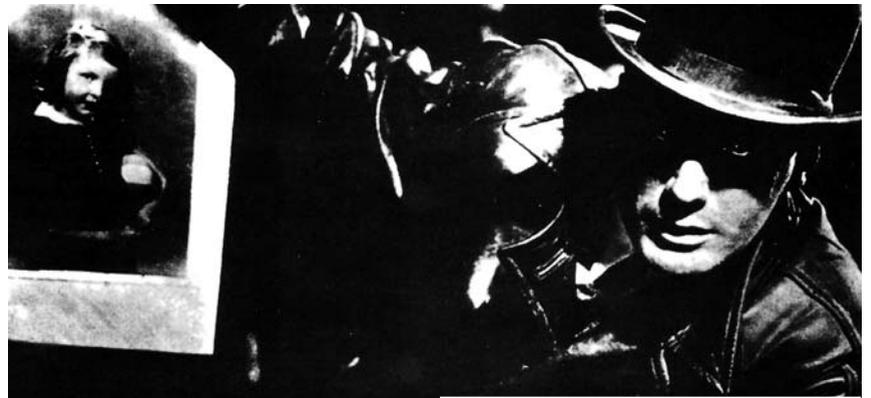
Mit großer Sorge erfüllt uns, dass Rechtsextreme das Verbrechen an dem Mädchen ausnutzen, um ihre menschenverachtende und demokratiefeindliche Ideologie zu verbreiten. Der Schock, die Wut und die Ratlosigkeit in der Bevölkerung werden von Rechtsextremen in ungeheurer Respektlosigkeit gegenüber dem ermordeten Kind für ihre politischen Zwecke missbraucht. In den vergangenen Tagen fanden in Reudnitz mehrere Demonstrationen statt, die Rechtsextreme offen vereinnahmt haben, um auf Transparenten unverhohlen einen „Nationalen Sozialismus“ zu fordern. Noch bevor die schreckliche Vermutung zur Gewissheit wurde, dass Michelle einem Gewaltverbrechen zum Opfer gefallen ist, forderten sie die „Todesstrafe für Kinderschänder“. Diese Forderung darf nicht verwechselt werden mit dem verständlichen Ruf nach einer harten Bestrafung der Täter. Sieht man solch eine populistische Phrase in Verbindung mit Plakaten wie „Nationaler Sozialismus jetzt!“, so wird deutlich, worum es den Neonazis wirklich geht: Nicht in erster Linie um den Schutz unserer Kinder, sondern um den Aufbau eines totalitären Staates.

Wir alle verurteilen dieses furchtbare Verbrechen. Dennoch sollten wir in dieser aufwühlenden Situation besonnen bleiben und uns nicht von Rechtsextremen vereinnahmen lassen. Demokratie und freiheitlicher Rechtsstaat sind und bleiben die Grundlage für den Schutz unserer Kinder und die gerechte Bestrafung von Menschen, die ihnen Leid antun.

Bürgerinitiative Buntes Reudnitz

Dieser Brief wird u. a. unterstützt von ...

Oberbürgermeister der Stadt Leipzig Burkhard Jung - Prof. Dr. Thomas Fabian Bürgermeister - Dr. Georg Giradet Bürgermeister - Edda Möller Leipzig Courage zeigen - Frank Kimmeler Erich-Zeigner-Haus e.V. - Bürgerinitiative Plagwitz/Lindenau MIT-EINANDER JETZT - Bürgerinitiative Buntes Grünau - Bürgerinitiative Großschocher - Kinderschutzgruppe Caroline Team Leipzig für Michelle i.G. - Sebastian Krumbiegel Die Prinzen - Friedrich Magirius - Juliane Nagel Landesvorstand DieLinke - Marco Forberger Roter Baum e.V. - Susanne Runge Bezirksvorstand Ver.di Nordsachsen - Anke Kästner Vorsitzende des SPD Ortsvereins Leipzig Ost - Team der interkulturellen Beratungsstelle Dialog - Hermann Kügler Leiter der Orientierung - Sieglinde Merbitz IG Metall Leipzig - Gernot Borriss Vorsitzender SPD Stadtverband Leipzig - Dr. Volker Külöw Vorsitzender DieLinke Leipzig - Frauenkultur e.V. Leipzig - Marga Friedrich Bürgerverein Leipziger Ostvorstadt - Kulturcafé Knicklicht Reudnitz - Begegnungsstätte Mühlstraße e.V. Karin Hörning - Frank Schott Arbeit u. Leben Sachsen - Otto Herz Stiftung Civil-Courage - Stefan Klenk Forikolo e.V. - Richard Gauch GruppeGedenkmarsch - Thomas Härtel Pfarrer Ev.-methodistische Kreuzkirche - Falk Elstermann NaTo e.V. - Die Villa Oliver Reiner - SPD Jusos (Daniela Kolbe) - RAA (Brigitte Moritz) - DGB-Jugend Leipzig - Geysershaus e.V. Thomas Farken - Igor Münter Rechtsanwalt - LOFFT (Verein zur Förderung des Leipziger Off-Theaters e.V.) - Martin Henker Superintendent - SPD Stadtverband Leipzig (Ingo Reitmann) - Bernd Günther Vorsitzender DGB Region Leipzig - Anker e.V. Heike Engel - Netzwerk für demokratische Kultur e.V. Wurzen - Attac Leipzig - Monika Lazar MdB Bündnis 90/Die Grünen - Gesellschaft für bedrohte Völker Leipzig Silvia Beckert - Brückenschlag e.V. Anke Kops-Horn - Euriert e.V. Karolin Sengebusch - Swen Morlock Kreisvorsitzender FDP Leipzig - Marcus Viefeld Kreisvorsitzender Junge Liberale Leipzig - Die Grüne Jugend Leipzig Matthias Rampke - IK Leipzig gegen Krieg - Halle 5 e.V. Ines Lufsky - Ev.-methodistische Bethesdakirche Pastorin Katrin Schneidenbach - Christian Wolff Pfarrer an der Thomaskirche - Friedenszentrum Leipzig e.V. - NGG Region Leipzig-Halle-Dessau Jörg Most Geschäftsführer - Stadtelternrat Leipzig - Theater der jungen Welt Matthias Schiffner - Axel Dyck SPD-Stadtratsfraktion - IG Metall-Jugend Leipzig Jörn Valenta - Kulturbüro Sachsen e.V., mobiles Beratungsteam - Mehr Demokratie e.V. Sachsen Margarete Gallhoff - Rüdiger Ulrich Stadtrat u. Geschäftsführer DieLinke - BI Leipzig braucht ein Sozialticket Petra Weißfuß - Four Rooms Leipzig - Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V. Heide Steer - Prof. Dr. Alfred Winter Pfarrgemeinderat kath. Pfarrgem. St. Laurentius - TRANSNET Gewerkschaft Christine Stutzer - Gisela Kallenbach Mitglied des Europäischen Parlaments - Hauke von Grimm, Autor - Marlis Michel - Steffen Held Kultur und Begegnungsstätte Ariowitsch-Haus e.V.



Szenen aus „M“: Kriminelle fordern die Todesstrafe / Der „gezeichnete“ Täter vor einem Schaufenster (rechts)

„M“ – Eine Stadt sucht einen Mörder

Über historische
Parallelen in Film und Politik
denkt ein Vater
dreier Kinder nach

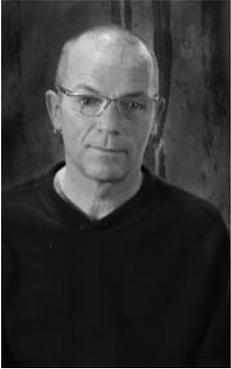
Diese Bestie hat kein Recht zu existieren, die muss ausgerottet werden.“ Das fordert der Gangsterboss in Fritz Langs Filmklassiker von 1931 „M - eine Stadt sucht einen Mörder“. Kinderschänder sollten nicht wie Menschen behandelt werden, „keine Gnade“ für sie, gar am besten die Todesstrafe – das forderten Zettel und Plakate rund um die 25. Grundschule und den Hort in der Anger-Crottendorfer Martinstraße, in die Michelle ging. Wie in Fritz Langs Film, wie bei den später von den Nazis eingeführten Volksgeschichtshöfen steht das Urteil schon vorher fest: „Unschädlich bist du nur, wenn du tot bist.“ (Zitat aus „M“) Dass sich in die Trauer über den gewaltsamen Verlust eines Kindes Wut und Empörung mischen, hilft vielleicht niemandem, ist aber menschlich und mir als Vater dreier Kinder nachvollziehbar. Wenn aber Rechtspopulisten und Nazis als Trittbrettfahrer die ohnehin hysterisch angeheizte Stimmung im Leipziger Osten zu Propagandazwecken nutzen, dann ist das unerträglich, denn hier sollen rechtsstaatliche Güter zur Disposition gestellt werden: Es geht eben nicht um „Gnade“, Gnade ist ein Begriff aus dem religiösen Bereich bzw. aus der Gerichtsbarkeit in einer Monarchie. Es geht um rechtsstaatliche, republikanische Grundwerte, nämlich darum, dass jedem Menschen stets eine menschenwürdige Behandlung zusteht, niemand vorverurteilt werden darf, und es geht um den Verzicht auf die Todesstrafe, da diese (nicht zuletzt aus Angst vor Justizirrtümern) zu vollstrecken sich aus humanistischer wie auch christlicher Gesinnung heraus verbietet. Nehmen wir an, der gesuchte Kindermörder würde gefasst, dann gefoltert, dann hingerichtet - wem wäre genützt? Fritz Langs Mörder sagt während seines

Tribunals: „Ich will vor mir selber davonlaufen, aber ich kann nicht! Kann mir nicht entkommen! (...) Wenn ich's tue, dann weiß ich von nichts mehr... Dann stehe ich vor einem Plakat und lese, was ich getan habe, und lese. Das habe ich getan?“ Wären die von Vielen geforderten „härteren Strafen“ wirklich abschreckend gegenüber zwanghaft Handelnden? Wohl kaum, aber eine Genugtuung für diejenigen, die sie fordern: Man kann schon, so die Logik, nichts tun gegen die soziale Chancenlosigkeit und Umweltzerstörung; der jährlich mehrere hundert Kinder tötende Straßenverkehr wird als notwendiges Übel gesehen, statt ebenfalls als zwanghaftes Verhalten; wer spricht in diesen Tagen von struktureller und nicht selten auch sexueller - dann jahrelanger! - Gewalt in den Familien, hinter den Wohnungstüren? Aber wenn es wie jetzt um eine konkrete Person geht, statt um gesellschaftliche und kulturelle Strukturen, da sind ebenso simple wie vorzivilisatorische Lösungen zur Hand. Und damit meine ich gewiss nicht, dass nicht das eine oder andere psychologische Gutachten über Sexualstraftäter kritisch auf den Prüfstand gestellt werden sollte. Innenminister Buttolo ruft nun zu allgemeinem Misstrauen auf, statt zu gesellschaftlicher Solidarität und gesellschaftlichem Zusammenhalt – aber anderes würde auch schlecht zu seiner neoliberalen Parteidoktrin passen. „Man muss eben noch besser auf die Kinder achtgeben...Ihr!“ So der letzte Satz in Fritz Langs Film, geäußert von einer Mutter. Man muss eben auch noch besser auf Rechtsstaat, Solidarität und Demokratie achtgeben ... Ihr! Auch das hat Fritz Lang gemeint und selten spürte man dies so klar und aktuell wie in Leipzig dieser Tage.

• JENS- E. JAHN

Wie lebt man?

Gibt es einen unterschiedlichen Ost-West-Blick?
LN sprach mit dem Ost-Berliner Regisseur Thomas Heise



Thomas Heise, Jahrgang 1955, Regieassistent bei der DEFA 1975 bis 1978. Seit 1982 freiberuflicher Autor und Regisseur. Mitglied der Akademie der Künste Berlin-Brandenburg

LN: Ihr Film verlässt in Leipzig zunächst das Kino und wird im Schauspielhaus erstauffgeführt. Ein Testfall im neuen, alten „Central-Theater“?

TH.: Der Intendant Sebastian Hartmann hat mir diese Möglichkeit angeboten, und ich finde sie sehr reizvoll. In Theaterräumen gibt es doch eine andere Wahrnehmung als in „Pop-Korn-Dielen“, sie sprechen zum Teil auch ein anderes Publikum an. Das kann meinem Film nur gut tun. Man weiß ja, ins Kino kommen die Leute auch oft zu spät.

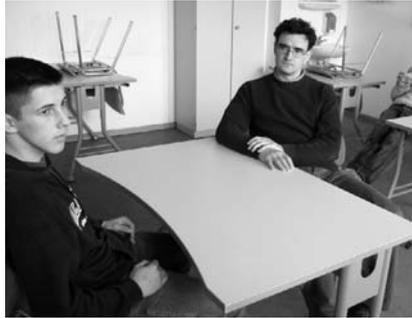
Manches in Ihren neuen Filmgeschichten hat mich als Zuschauer beunruhigt. Gerade bei einigen jungen Leuten kam mir Günter Kunerts Gedanke „von der verlorenen Generation“ in den Sinn. Sie selbst sind Jahrgang 1955, wie ist da Ihr Blick auf die Nachgeborenen?

Das ist schon merkwürdig mit den persönlichen Gedanken, weil ich ja praktisch über längere Zeit – auch über Jahre – mit den Leuten zu tun hatte und an ihren Leben teilnahm. Da hüte ich mich vor vordergründiger Bewertung. Ich stelle auch keine insistierenden Fragen in irgendeine Richtung, sondern versuche möglichst präzise zu beschreiben, wie meine „Helden“ schlicht und ergreifend leben. Der Film beginnt mit der Frage: „Wie lebt man?“ Das ist der erste Satz von Jeanette im Prolog. Und das ist die Überschrift für den gesamten Film. Ich zeige den Alltag von Menschen, die in ihrem Leben nicht immer auf der Sonnenseite spazierten. Das

muss ich aushalten ... auch der Zuschauer. Man kann dabei sehen, wie sie das tun oder auch nicht tun.

Ratlos machte mich da die Plan- und Ziellosigkeit eines Jugendlichen. Wobei ich den Eindruck hatte, hier gibt sich sein Lehrer richtig Mühe. Trotzdem kam so ein „Null-Bock“ Verhalten rüber...

Die „Mühe“ des Lehrers täuscht etwas. Das hängt auch mit dessen Vermögen zusammen, sich vor einer Kamera zu ver-



Schüler und Lehrer... scheinbar sprachlos.

Foto:GM-films

halten. Es gibt im Film eine längere Schweigeszene innerhalb dieses Gespräches, und die Kamera schwenkt dann wieder zurück, und dann schaut der Lehrer erwartungsfroh ins Bild. Er hatte die Sätze gesagt, die er dem Schüler sagen muss und dachte, damit wäre das Ganze beendet, doch dann ging's erst richtig los. Soweit zum Pädagogen. Das andere Problem: der Junge war tatsächlich vier Wochen nach dem Dreharbeiten raus aus der Schule. Er ist auf mehreren gewesen, und keine ist mit ihm so richtig klar gekommen. Andererseits erfährt man auch, dass dieser jetzt so antriebsarme Tommi mit acht Jahren seinen kleinen Bruder Paul in den Kindergarten gebracht hat. Er war also schon früh in der Lage Verantwortung zu übernehmen ... will sagen, so einfach liegen Wahrheiten nicht auf der Hand. Außerdem erzähle ich nicht die Geschichte einer missglückten Erziehung. Ich finde es übrigens absurd, dass man bereits in der vierten Klasse auf Grund der Deutsch- oder Mathe-Zensur entscheidet, was aus jemandem wird. Das ist geradezu aberwitz-

zig, zumal, wenn Schüler aus sozialen Verhältnissen kommen, die nicht „schlecht“, sondern „gefährdet“ sind.

Wie beeinflussten Sie die früheren Filme ihrer Trilogie?

Mich hat einfach dieses „Schade drum“ aus meinem anderen Film „Neustadt“, der kam im Jahr 2000 raus, interessiert. „Schade drum“, weil bestimmte Wege nicht eingeschlagen wurden.

Würde es vielen Ihrer Filme gut tun, wenn man sie nach 20 Jahren wieder sieht? Halten die Bilder das aus?

Ich denke schon. Das hat natürlich etwas mit mir zu tun. Weil ich auch Filme gemacht habe, die lange in der DDR eingebunkert waren. Von daher ist mir der gegenwärtige Moment eigentlich egal, ich freu' mich, dass wir jetzt diese Premiere in Leipzig haben. Ich weiß natürlich, dass dann am nächsten Tag vieles wieder vergessen ist. Wenn ich mir alte Dokumentarfilme angucke, werden plötzlich Dinge wichtig, auf die die Intention ursprünglich gar nicht ausgerichtet war. Ich frage mich vor dem Drehen schon: Was wäre eigentlich interessant in 50 Jahren? Das müssen meine Bilder aushalten.

Der „Warenanteil“, das Austauschbare an der Filmkunst ist ja größer geworden. Das sind nur noch Industrieprodukte, die abgeliefert werden. „History“ im Fernsehen sieht immer gleich aus. Das ist besserer Unterricht, das ist aber nicht meine Art, Zeit zu reflektieren.

Ich will den Leuten Bilder an die Hand geben. Nicht sofort auf alles Antworten wissen, sondern Fragen stellen, über die das Publikum nachdenkt, auch wenn der Film vorbei ist.

Somit ist der Ort des Geschehens, in diesem Fall der Mitteldeutsche Raum, nebensächlich?

Ja, denn es geht mir weniger um die Region sondern darum, Bilder anzubieten, die man von diesem Deutschland beim Jahrtausendbeginn bekommen kann. Es gibt in dem Film überhaupt keine Ortsangaben. Das ist für mich ein wichtiger

„Kinder. Wie die Zeit vergeht.“ Dritter Teil einer umfangreichen Film-Beobachtung im Raum Halle - Leipzig wurde am 25. September im Leipziger „Central-Theater“ erstauffgeführt.

Punkt. Das hat natürlich auch etwas mit dem Ost-West-Blick zu tun. Wenn ich Filme drehe, die im Osten sozialisiert sind, passiert es, dass die Wahrnehmung in den alten Bundesländern die ist, es gehe scheinbar nur darum, etwas über den Osten zu erzählen. Das Ganze wird von diesen Zuschauern überhaupt nicht auf sich bezogen. Das, was auch dieser Film zeigt, das ist genau so gültig für andere Teile dieses Landes. Die von mir beobachteten Familiengeschichten finde ich in jeder Industrielandschaft.

Wie sparsam waren Sie mit dem Aufnahme-Material?

Sehr sparsam. Wir haben mit richtigem Filmmaterial gearbeitet, was relativ selten ist. Da gibt's ein Drehverhältnis von eins zu sieben. Beim Video-Dreh würde die Kamera viel länger laufen, und man wartet auf die „tollen Stellen“. Beim Film ist die Rolle nur knapp 10 Minuten lang, das bedeutet für mich und das Team eine ganz andere, viel intensivere Konzentration. Das tut einem Dokumentarfilm gut.

Wieviel Fördergelder bekam diese Projekt?

Die Verleihförderung von 8000 Euro ist fast nichts. Damit müssen wir leben. Es gibt zahlreiche Festivalanfragen, wie beispielsweise aus Neubrandenburg und Einladungen aus dem Ausland. Das reicht bis nach Buenos Aires oder Teheran. Der Film lief in Warschau, Paris und Zürich.

Folgt eventuell noch ein vierter Teil?

Es kann durchaus sein, dass mir in sieben Jahren einfällt: Lass uns doch mal wieder hin gucken! Was mich beschäftigt ist ja nicht nur vordergründig die Geschichte der Leute. Ich frage mich: Wie kriegen wir Lebenssituationen und Lebensverhältnisse in den Griff? Und im Abstand der Jahre habe ich einen anderen Blick auf meine Geschichten. Der Blick muss sich ändern, denn sonst entsteht ein Fotoalbum, das ist langweilig. Mich reizt es zu zeigen, wie eigener Zugriff auf Realität sich ändert.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE
MICHAEL ZOCK



Wir gratulieren JOHANNA LANDGRAF herzlich zum 100. Geburtstag und wünschen ihr zum hohen Ehrentage alles Gute für die weitere Zukunft. Geleitet von sozialistischen Idealen, kann Johanna auf ein jahrzehntelanges Wirken für andere Menschen, besonders für Kinder, zurückblicken. Eng verbunden mit Erich Zeigner, hat sie sein Andenken bis in die Gegenwart lebendig erhalten. Wir danken ihr dafür und wünschen ihr Kraft, die Bürde des Alters mit Würde zu tragen.

Es gratulieren, stellvertretend für viele Freunde, Genossen und Weggefährten, Hildegard Siercke, geb. Zeigner (Hamburg); Hildegard Winkler und Ilse Voigt als ehemalige Mitarbeiterinnen bei OBM Zeigner; Martina Schneider, Die Linke, Leipzig-Südwest; Dr. Manfred Hötzel und Dr. Hans-Joachim Wienhold als Mitglieder des Vereins Erich-Zeigner-Haus e. V.; Dr. Volker Külow, Die Linke, Stadtverband Leipzig; Dr. Dieter Chitralla, Bund der Antifaschisten, Leipzig; Dr. Till Böttger; Frank Kimmerle, Dr. Helmut Warmbier

Aktion zur Reichspogromnacht
Einst brannten Synagogen ...
Wir entzünden am 9. November 2008 ab 18 Uhr an jedem „Stolperstein“ in Leipzig eine Kerze zur Erinnerung an die Opfer der NS-Diktatur.

Was bleibt bis dahin zu tun?

- Einen Stolperstein aus der Liste „Mahnwache/Akteure“ aussuchen (www.vvn-bda-leipzig.de unter Gruppe „Gedenkmarsch“), an dem Sie die Mahnwache halten möchten.
- Eine E-Mail an richard.gauch@web.de senden mit Name des Ansprechpartners, Nr. sowie Name des Stolpersteins. Bitte die persönlichen Kontaktdaten nicht vergessen.
- Sie erhalten bis Mitte Oktober die Biografie des Opfers, dem der Stolperstein gewidmet ist, und werden in unsere Liste eingetragen.

Vielen Dank für Unterstützung und Engagement!
Richard Gauch
Projektleiter

CSU und LINKE Hand in Hand?

OWUS-Leute in Leipzig stellen Pendlerpauschale in Frage

Was die derzeitigen CSU-Wahlkämpfer und linke sächsische Unternehmer eint, lässt sich auf wenige Punkte bringen. An erster Stelle steht dabei die Forderung, die Pendlerpauschale wieder ab dem ersten Kilometer gelten zu lassen. So haben es jedenfalls Mitglieder vom Leipziger OWUS (Offener Wirtschaftsverband der Unternehmer, Freiberufler und Selbstständigen) auf ihrer jüngsten Veranstaltung verlangt. Der der Linken nahe stehende Verband lud sich fachlichen Beistand mit der Leipziger Bundestagsabgeordneten Barbara Höll sowie dem Spezialisten der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Leipzig Gert Ziener, Referent für Wirtschaftsförderung und Wirtschaftspolitik.

Die OWUS-Leute haben einige Forderungen an die Politik, bei denen sie gewiss in den üblichen Unternehmerkreisen Gehör

fänden, sie wollen aber ausdrücklich als linke Unternehmer gehört werden, die einige Probleme unabhängig von ihrer politischen Überzeugung drücken. Das reichte von der Absetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers bis zum Inflationsausgleich bei über Jahre gleichen Aufwendungen, von konkreten Überlegungen zum Bürokratieabbau bis zu Gesetzen, um die Rolle der Polizei bei der Sicherung der öffentlichen Ordnung zu unterstützen.

Bei der Forderung, die Politik möge durch ihre Steuergestaltung längerfristige Planungssicherheit gestatten, fanden die Unternehmer durchaus offene Ohren bei ihren Gästen. Auch bei der Ansicht, die Mehrwertsteuer generell erst nach Zahlungseingang zu gestatten, so dass Unternehmer nicht auf Forderungen zahlungsunwilliger Kunden sitzen bleiben, gab es keinen Widerspruch.

Weder die Abgeordnete der Linken noch der IHK-Vertreter konnten aber die Wünsche einiger Unternehmen akzeptieren, im Steuerrecht, bei Sozialabgaben und anderem mit Angestellten gleich gestellt zu werden. Dafür seien sie nun mal Unternehmer, dass sie auch anders behandelt würden. Insofern sollten beispielsweise Forderungen zur Gleichstellung bei der Krankenversicherung mit Vorsicht betrachtet werden.

Über vereinfachte Abrechnungsformen könne man reden, solange sie nicht nur darauf hinausliefen, Abgaben zu verkürzen. Mehr Gerechtigkeit sei wünschenswert. Übrigens wurde das den Unternehmern auch bei all den Fragen zugestanden, die sie zum Thema Rechtssicherheit aufwarfen. Dem Umstand, dass beispielsweise Versicherungen ihre Leistungen oft verzögern, könne man wahrscheinlich durch pauschale Maßnahmen kaum beikommen, räumte aber ein, dass dadurch manche Unternehmen in den Ruin getrieben würden. Mehr Öffentlichkeit bei solchen Themen sei anzustreben.

Vorschläge für Gesetzesinitiativen und parlamentarische Aktivitäten der Fraktion der Linkspartei im Sinne Selbständiger

und KMU wurden mitgenommen, aber es zeigte sich auch, dass manche Initiative gar nicht bekannt ist. Barbara Höll versicherte überdies: „Wir können einbringen, was wir wollen – es wird erst einmal abgelehnt. Später taucht es dann in leicht veränderter Form bei anderen Parteien wieder auf. Wir lehnen das dann nicht ab, nur weil es andere bringen.“ Aber ein bisschen frustrierend sei es schon.

Jens Hendrik Teubert, der vor allem polnische Firmen auf dem hiesigen Markt vertritt, hat ein Problem, das kaum durch politische Entscheidungen hierzulande beeinflusst werden kann: Es liege in den Köpfen vieler Unternehmer, meint er, dass ausländische Firmen sowohl wegen ihrer niedrigen Preise als auch ihrer Qualität unlauterer Methoden verdächtigt werden. „Was aus dem ehemaligen sozialistischen Wirtschaftsgebiet kommt“, meint Teubert, „kann man ja nicht nur deshalb verdächtigen. Und Qualität lässt sich in Ausschreibungen konkret festlegen.“ Immerhin mahnte er bei seinen Unternehmerkollegen an, solchen Vorurteilen zu begegnen, wo das möglich ist. Einziges Kriterium sollte das Preis-Leistungs-Verhältnis sein.

• KARL KRAFT

„Wer“ ist denn dieses Köln überhaupt?

Games Convention 2008 – ein Erlebnisbericht



Vor meinem Besuch werde ich eingestimmt auf die besondere Situation der diesjährigen Games Convention, denn über den Messehallen schwebt ein Flugzeug mit einem riesigen Werbebanner für die GC nächstes Jahr in Köln. Überall ist das Team des Leipziger Umfrageinstituts präsent, T-Shirts mit der Aufschrift „Wer ist denn dieser Köln überhaupt?“ werden verteilt und das Logo „Die Spiele gehören nach Leipzig“ prangt den Besuchern überall entgegen. Aber auch die Kölner sind aktiv. Vielleicht haben die Ankündigungen vor Beginn der GC, dass es die letzte in

Leipzig sein soll, mitgeholfen, dass es einen neuen Besucherrekord gab. Die Messehallen empfangen mich mit Gedränge und Geschiebe, lauter Musik unterschiedlichen Genres, leuchtenden Reklamen zu den einzelnen Spielezentren... Die Jugendlichen kommen aus allen Bundesländern auf die GC, um hier nach Herzenslust zu daddeln, d.h. die neuentwickelten Spiele auszuprobieren. Bei den begehrtesten bilden sich Schlangen, in denen man sich geduldig bis zu drei(!) Stunden anstellt, um dann für zehn Minuten das neue Spiel ausprobieren zu kön-

nen. Aber die Messe ist mehr als ein Spielerparadies, hier treffen sich junge Leute das erste Mal persönlich, die sich beim Spielen am Computer kennengelernt haben. Für viele ist deshalb dieser Termin längst fest gebucht. Mich zieht es zuerst in die Halle 2 zu einer Ausstellung über die Entwicklung der Spielkonsolen. So haben wir auch in unserer Familie mit dem Spielen angefangen- Ping-Pong auf dem Fernsehschirm.

Es ist schon beeindruckend, welche Entwicklung diese Konsolen in den letzten Jahren genommen haben. An Infoständen vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und verschiedenen Universitäten kann man sich über Ausbildungen z. B. in Richtung Spieleentwickler kundig machen. Auch das Jugendamt Leipzig ist vertreten. Fragen zum Jugendmedienschutz werden hier gerne beantwortet und mehrere Spielinseln laden Großeltern, Eltern und Kinder zum gemeinsamen Probieren ein.

Zu einer Messe, die überwiegend männliche Jugendliche anzieht, fehlt natürlich nicht ein Stand der Bundeswehr, die hier für eine „Karriere der Zukunft“ wirbt und Berufsbilder „harter Männer“ zeigt: Offiziere, Marinesoldaten, Feldjäger. Mit in einer Halle wo das spielbegeisterte

Publikum die neuen Strategiespiele ausprobiert, wo man auf fiktiven Kriegsschauplätzen seine Feinde mit allen nur erdenklichen Waffen besiegen kann, muss man die Präsentation der Bundeswehr als sehr bedenklich ansehen. Hier ist die Grenze zwischen Spiel und Gegenwart verlorengegangen.

Doch es gibt auch ganz andere Spielentwicklungen. Dazu zählen für mich die vielen schweißtreibenden Bewegungsspiele bei denen man jetzt sogar Yogaübungen und Gymnastik zu Hause intensiv betreiben kann und mit Punkten belohnt wird. Auch die Lernhilfen per Computer sind nicht zu verachten, die es vom Vorschulalter bis Studium gibt. Mich wird so manch langer Winterabend zu klassischen Brett- und Kartenspielen am PC einladen, die man als Neuentwicklungen ausprobieren konnte.

Mein Besuch auf der Games Convention war trotz schmerzender Füße sehr interessant und ich wünsche mir, dass sich mehr Großeltern und Eltern für diese wichtige und attraktive Freizeitbeschäftigung von Kinder und Jugendlichen interessieren und da bitte auch etwas Einfluß nehmen.

Bei mir steht der Termin für die GC 2009 in Leipzig bereits rot im Kalender.

• PETRA RADTKE

Notizen aus dem Stadtrat

- **KEINE GLEICHSTELLUNG**
Eine Mehrheit lehnte den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur rechtlichen Gleichstellung von Stadtbezirks- und Ortschaftsräten der eingemeindeten Ortsteile ab. Damit gibt es weiterhin Bürger erster und zweiter Klasse, da Ortschaftsräte im Gegensatz zu den Stadtbezirksbeiräten Antrags- und Rederecht im Stadtrat haben sowie über eigene Haushaltsmittel verfügen können.
- **ANTRÄGE BESCHLOSSEN**
Der Stadtrat beschloss Anträge von SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Grüne zur Finanzierung von Quartiers- und Stadtteilmanagement in Lindenau, Leutzsch und Plagwitz, für familienfreundliche Hausord-

nungen bei Wohnungseigentümern, Pflegestützpunkte bei der Stadtverwaltung und für ein Mediationsforum zum Flugverkehr im Raum Leipzig.

- **SANIERUNG UNGEWISS**
Weil die Sanierung von Gebäuden nach 1949 durch Bund und Land nicht mehr förderfähig sind, ist der Umbau des Schwimstadiongebäudes zum Sportmuseum derzeit finanziell nicht gesichert. Umfangreiche Sanierungen im Kulturzentrum "Anker" sind 2008 nicht möglich. Nun sollen aber die Gelder für dringende Maßnahmen im Haushalt 2009 „verankert“ werden.
- **NEUE AMTSLEITER GEWÄHLT**
Mathias Kredt wurde zum Leiter des Amtes

für Geoinformation und Bodenordnung (Vermessungsamt) und Kerstin Kirmes zur Leiterin des Sportamtes gewählt. Beide trugen seit Jahren innerhalb dieser Ämter Verantwortung.

- **WILDWUCHS IM STADTBILD**
Durch B-Planverfahren soll der ungezügelte Wildwuchs von neuen Einzelhandelsflächen an der Magdeburger-/Lindenthaler Straße in Gohlis und im Löwencenter in Burghausen verhindert werden. Wegen dem wachsenden Bedarf nach mehr Einzel-Eigenheimen statt Reihenhäusern werden Bebauungspläne angepasst, so in der Thomas-Müntzer-Siedlung in Knauthain, „Am Auensee“ in Wahren und „Am Heidegra-

ben“ in Lützschena.

- **ÄNDERUNGEN BEI LINIE 14**
Der Rat stimmte der Einstellung des Betriebes auf dem Streckenabschnitt der Linie 14 in der Wittenberger Straße/Apelstraße und der Bedienung des Gebietes durch die Linien 9, 16 oder 90 nur unter der Bedingung zu, dass Engpässe durch zusätzliche Busersatzfahrten behoben werden. Mit der Stilllegung wird mindestens eine zusätzliche Fahrt früh zum Schulbeginn vom Hauptbahnhof zur Heimerer-Schule in der Hohmannstraße eingesetzt. wie dies Mitglieder des Fachausschusses Stadtentwicklung und Bau beantragt hatten.

Aus den Daten eines „alten“ Hauses

- 1859: Die Braustraße findet erstmals im Leipziger Adressbuch Erwähnung.
- 1867: Am 1. April zieht die Familie Wilhelm Liebknechts in die Braustraße.
- 1868: Seit Jahresbeginn wird die Wohnung Liebknechts zur Redaktion des „Demokratischen Wochenblattes“ mit August Bebel als Mitarbeiter
- 1871: Am 13. August wird hier Karl Liebknecht geboren.
- 1874: Karl Marx ist mit seiner Tochter zu Besuch. Er ist der Pate von Karl L.
- 1881: Auf Grund einer Ausweisung geht W. Liebknecht nach Borsdorf und die Familie zieht zum Südplatz. Im gleichen Jahr entsteht im Hof eine Tischlerei.
- 1910: Das Gebäude befindet sich im Besitz von Bäckermeister Dammhahn.
- 1944: Teilerstörung des Hauses durch Bomben im Zweiten Weltkrieg.
- 1946: Eine Gedenktafel wird durch Wilhelm Pieck eingeweiht: „In diesem Haus wurde Karl Liebknecht, der Sozialistenführer, der Rufer gegen Krieg, der Sprecher der Jugend, am 13. August 1871 geboren.“
- 1951: Beginn des Wiederaufbaus des teilerstörten Gebäudes initiiert u.a. durch OBM Max Opitz und den 1. Sekretär der SED-Stadtleitung Fritz Bayer.
- 1953: Eröffnung als Erinnerungsstätte der deutschen Arbeiterbewegung am 13. August. Leipzigs OBM Uhlich hielt die Rede. Er bedankte sich u.a. bei „den sowjetischen Freunden, die uns Anregung für die Errichtung dieser Gedenkstätte gegeben haben“.
- 1971: Im Vorfeld des 100. Liebknecht-Geburtstages Konzipierung einer neuen Ausstellung, die aber die vorhandene dogmatische Enge aus den 1950er Jahren noch nicht überwinden konnte.
- 1983: Das Museum bilanziert seit der Wiedereröffnung 79 560 Besucher.
- 1991: Die Ausstellung wird geschlossen. Die Bestände gelangten in den Fundus des Stadtgeschichtlichen Museums einige Exponate verblieben am Ort.
- 1995: Beginn intensiver Verhandlungen des PDS-Stadtvorstandes um die Freigabe des Gebäudes verbunden mit einer Veräußerung an die damalige PDS.
- 1998: Die Geschäftsstelle des Stadtvorstandes zieht im Mai in das Liebknecht-Haus. LEIPZIGS NEUE wird Mieter.
- 2008: Am 29. August kauft DIE LINKE das Gebäude über ihre Immobilienfirma „Vulkan“.



Schlüssel-Zeile: „Mögen die heutigen Nutzer stets im politischen Sinne von Karl Liebknecht handeln, der in diesem Hause am 13. August 1871 das Licht der Welt erblickte.“

Es brauchte einen langen Atem

Bei der Hofparty in der Leipziger Braustraße kamen nicht nur in den offiziellen Reden sondern auch bei den zahlreichen Gästen viele Erinnerungen über einen schier endlos scheinenden Weg und langen Atem bei der Suche nach einer Heimstatt für die Leipziger LINKE auf.

So zeigte sich seinerzeit die PDS als Verwalter des SED-Vermögens in der Wendezeit zunächst erst einmal andernorts äuberst spendabel. Allein die Leipziger Genossen spendeten mehrere Hunderttausend Mark. Mit den Beträgen konnten sich die Besucher der Thomaskirche in den Folgejahren „die Füße wärmen“ oder wurden Ausstattungsgegenstände für das Klinikum St. Georg und das Krankenhaus in Markkleeberg gekauft. Letzteres wurde allerdings später geschlossen.

Zur Erinnerung: Obwohl Parteien zuerst in der Sowjetischen Besatzungszone zugelassen wurden, begehrten die in den westlichen Besatzungszonen oft später gegründeten Parteien nach 1989 das Vermögen und die Mitgliedschaften der Parteien (CDU, LDPD, NDPD und DBD) und Massenorganisationen der DDR. Die SPD interessierte vor allem die Immobilien der Vorkriegs-SPD auch im Leipziger Raum. Ende 1994 bekam sie die alte LVZ-Redaktion und Lenin-Gedenkstätte in der Rosa-Luxemburg-Straße zugesprochen. Vorher war der PDS in einem „Vergleich“ jeglicher Verzicht auf Vermögenswerte und Immobilien abgenötigt worden. Ausnahmen bildeten vier Gebäude, darunter das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin sowie Ausstattung und Kunstgegenstände in den Geschäftsternen. Auch ein Ergebnis des Wirkens der ostdeutschen Ausverkäufer im Rahmen der Verhandlungen zum deutsch-deutschen Einigungsvertrag 1990. So wurde der PDS-Stadtverband zum 30. Juni 1995 vor die Tür seines eigenen Hauses gesetzt, obwohl er vorher auf diese rechtmäßig erworbene Immobilien verzichtet hatte. Als Interim wurden Räume in der Brandvorwerkstraße 52/54 angemietet. Der damalige Stadtvorsitzende, Dietmar Pellmann, ging mit Unterstützung der Stadtratsfraktion auf Suche nach Kauf oder zur langfristigen Anmietung von



Eine historische Aufnahme fotografiert im Jahre 1960

Räumlichkeiten. Zwischenzeitlich gab es bereits Sammlungen für ein eigenes Haus. Neben Gebäuden, die in den Nachkriegsjahren von der SED genutzt wurden, kamen auch neu errichtete Bürogebäude kurzzeitig ins Visier. Für die Standortwahl war eine möglichst zentrale Lage wichtig. Im Dezember 1995 wurde schließlich das Geburtshaus von Karl Liebknecht ins Gespräch gebracht.

Anfang 1996 wurden Kaufanträge an den Kulturbeigeordneten und den Oberbürgermeister, mit der Zusage in dem ehemaligen Museumshaus eine Gedenkstätte einzurichten, gestellt. Nach mehreren Gesprächen, an denen auch der Fraktionsvorsitzende Lothar Tippach beteiligt war, signalisierte die Stadtspitze schließlich Verkaufsbereitschaft.

Gleichzeitig gab es auch Bestrebungen der gewerkschaftseigenen Immobiliengesellschaft das ganze Areal unter Einschluss des Liebknecht-Hauses im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens als Wohnungs- und Bürostandort zu entwickeln. (Nicht auszudenken, wenn der Coup geklappt hätte und der DGB im Rahmen des Kaufes des Gesamtareals auch das Liebknecht-Haus mit erworben hätte. Dann wäre es ebenso wie das gleichermassen historisch bedeutsame ehemalige „Thälmann-Haus“ an einen Fonds versil-

bert worden.) Vor diesem Hintergrund gab es aber vor allem Widerstände in der SPD-Fraktion. Es folgte ein monatelanges zähes Hin und Her im Grundstücksverkehrsausschuss der Stadt obwohl die Verwaltung selbst hätte entscheiden können. Deshalb war es bei den Verhandlungen mit der LWB nicht nur Absicherung seitens der Geschäftsführung, dass später der Aufsichtsrat der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft in die Entscheidungsfindungen immer mit einbezogen und beteiligt war. Um nun einen endgültigen Verkauf nicht zu gefährden, wurde zunächst ein langjähriger Pachtvertrag mit Vorkaufrecht für die PDS geschlossen. Durch den Verkauf der Dresdner Wohnungsbaugesellschaft entstanden auch in Leipzig Bestrebungen zum Verkauf der LWB. Deshalb wurden seit Anfang 2007 erneut Verhandlungen zum Kauf des Liebknecht-Hauses geführt, was letztlich zum Erfolg führte. Der Erwerb durch DIE LINKE wurde möglich, weil von Anbeginn sehr viele Engagierte in Ost und West dieses Projekt zur Schaffung eines Begegnungszentrums der LINKEN mit Sympathie unterstützten. Deshalb ist es auch nicht uninteressant, dass sowohl über den langjährigen Pachtvertrag mit Verkaufsoption sowie der Verkaufsbeschluss (wegen Betroffenheit) völlig ohne Stimmen der PDS/Die Linke durch den Aufsichtsrat der LWB gefasst werden musste. Neben der Tatsache, nicht politisch gegen die Kaufabsicht der PDS vorzugehen, dürfte für die Entscheidungsträger von Bedeutung gewesen sein, auch durch den Verkauf von gründerzeitlichen Einzelobjekten eine ökonomische Stabilisierung der LWB zu erreichen. In der Presse war in den letzten Tagen etwas über den Kaufpreis des Liebknecht-Hauses zu lesen. Wichtig ist aber nicht allein die Höhe, sondern ebenso, dass die Linkspartei beim Kauf nicht privilegiert wurde, sondern den Verkehrswert bezahlt hat. Das Liebknecht-Haus hat zunächst keinen Denkmalstatus. Dieser erwächst vielmehr aus der Tatsache, ein Standort von überragender Bedeutung der nationalen und internationalen Geschichte der Arbeiterbewegung sowie als ein Beispiel für den Wiederaufbau nach 1945 zu sein. Deshalb müssen in Verhandlungen mit der Stadtverwaltung für die Sanierung des Hauses Kompromisse für die denkmalgerechte Rekonstruktion erreicht werden.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

Gelehrter von unikater Geltung

Werner Berthold zum 85. Geburtstag

Am 15. September beging Prof. Dr. sc. Werner Berthold seinen 85. Geburtstag, an der Seite seiner Frau fernab von aller Geschäftigkeit und dem unausbleiblichen Trubel solcher Anlässe.

Wir, seine Freunde und Weggefährten über viele Jahrzehnte, fühlen uns aus diesem Anlass auf eine ganz besondere Weise mit ihm verbunden. Die Glückwünsche schließen unser aller Dank ein für all' das, was er uns an Wissen und Können, an Lebenserfahrung und Lebensweisheit, an Charakterstärke, Willenskraft und Durchhaltevermögen vorgelebt und vermittelt hat.

In Leipzig als Sohn einer Köchin und eines Schlossers geboren, wurzeln seine lebensgeschichtlichen Erinnerungen noch im Endstadium der Weimarer Republik.

Während seiner Berufsausbildung in der grafischen Industrie ergaben sich erste Kontakte zu Hitlergegnern. Ihr Mut, ihre Opferbereitschaft und die Lauterkeit ihrer Gesinnung haben den jungen Werner Berthold beeindruckt. Hier liegt der Grundstein für seine Gesinnung, die während seiner mehrjährigen französischen Kriegsgefangenschaft, auch in vielen Diskussionen mit älteren erfahreneren Genossen, zu einer zutiefst antifaschistischen Haltung reifte.

Der Jubilar hatte den Krieg überlebt und durchlitten, das Sterben, den Hunger und das Elend. Sein Entschluss, alles in seinen Kräften stehende zu tun, um so etwas künftig verhindern zu helfen, hat er immer wieder mit der Frage nach den Wurzeln und Ursachen verbunden. Er verachtete dafür das kapitalistische System und spürte zugleich, dass das nicht ausreichte. Er wollte mehr wissen über die Welt, ihre Menschheitsgeschichte und deren philosophische Interpretationen.

1948 nach Leipzig zurückgekehrt, absolvierte Werner Berthold die Arbeiter- und Bauern-Fakultät und studierte an der Karl-Marx-Universität Philosophie, Geschichte und Erwachsenenbildung.

Seine akademischen Lehrer, von denen nur noch Ernst Engelberg lebt, waren Ernst Bloch und Walter Markov. Schon während des Studiums hatte Berthold am von Bloch geleiteten Institut für Philosophie als Hilfsassistent gearbeitet.

Er zeigte großartige Fähigkeiten in Lehre und Forschung, arbeitete sehr gewissenhaft, zeigte gesunden Ergeiz und Ausdauer, wenn es galt, den Dingen auf den Grund zu gehen; dabei bestach sein scharfer Verstand, Fakten zu werten, zuzuordnen, in geschichtlichen Zusammenhängen zu denken und gründlich zu analysieren.

Was seine Freunde bis zum heutigen Tage an ihm bewundern, ist das Vermögen, Gedankenketten druckreif zu formulieren. Ernst Bloch hat das seiner Zeit einmal in einer Beurteilung Bertholds mit einem handschriftlichen Zusatz so ausgedrückt:

„Hervorzuheben ist die Breite der Interessen, die Frische der Problemstellungen, womit Herr Berthold an sein Geschäft heranging. Er gehörte in seiner Weise zum Geschlecht Nicht-Schmalspur, das wir so dringend benötigen.“ Die Staatsexamenarbeit würdigten Engelberg und Bloch mit dem höchsten Prädikat.

Trotzdem verlief der weitere akademische Weg Bertholds nicht geradlinig und konfliktlos. Seine Sicht auf die historische Wahrheit kollidierte mit so manchem Parteibeschluss. Er musste die Partei verlassen und fand schließlich eine Anstellung als Dozent an der Volkshochschule. Dank der Initiative Engelbergs konnte er durch die Aufnahme einer Aspirantur am Institut für Geschichte des deutschen Volkes 1956 an die Universität zurückkehren.

Seine Promotionsschrift „Großhungern und gehorchen! Zur Entstehung und politischen Funktion der Geschichtsideologie des westdeutschen Imperialismus, untersucht am Beispiel von Gerhard Ritter und Friedrich Meinecke“, die 1964 auch in russischer Sprache erschien, war, wie Gerald Diesener im Rundbrief 2/03 der Karl-



Lamprecht-Gesellschaft schrieb, „vielleicht sogar der zentrale Meilenstein auf dem Weg der Überwindung einer kaum von der tagespolitisch operierenden Polemik zu scheidenden Auseinandersetzung mit dem anderen deutschen Staat auf dem Felde der Historiografie“ geworden.

Bertholds Habilitationsschrift 1957 „Marxistisches Geschichtsbild, Volkfront und antifaschistisch-demokratische Revolution“, die drei Jahre später auch als Buch erschien, weist bereits im Herangehen auf das in den folgenden zwei Jahrzehnten dominierende Arbeitsgebiet in seinem Gesamtschaffen hin: die marxistische Erforschung der Historiografie von ihren Anfängen bis zur Gegenwart.

Werner Berthold war 1969 zum außerordentlichen und 1973 zum ordentlichen Professor auf den neugegründeten Lehrstuhl für Geschichte der Geschichtswissenschaft an der KMU berufen worden. Beim Aufbau und der inhaltlichen Ausgestaltung dieses deutschlandweit einmaligen Lehrstuhls leistete er mit seinen Mitarbeitern Großes. Enge Arbeitsverbindungen entstanden in die CSSR, die UdSSR, mit Polen, später auch in andere Länder Ost- und Westeuropas sowie in die USA. Gastvorlesungen und Vorträge in Österreich und in der BRD informierten über die inhaltlich-methodische Arbeit und die Forschungsergebnisse dieses Lehrstuhls und seine zunehmend universelle Verschränkung vor allem mit Philosophie und Literatur. Der Jubilar bezeichnet es noch heute als einen Glücksumstand für sich

und seine Forschungsvorhaben, viele Jahre ständiger Diskussionspartner Leipziger Schriftsteller im Verband und am Literaturinstitut gewesen zu sein.

Berthold, inzwischen längst wieder dank eigener Hartnäckigkeit und ehrlicher Mitstreiter parteipolitisch rehabilitiert, hatte in den siebziger und achtziger Jahren auf Konferenzen im In- und Ausland seine Konzeption einer Gesamtdarstellung der Geschichte der Historiografie zur Diskussion gestellt und ein sehr positives Echo gefunden; das galt auch für Beiträge auf mehreren Weltkongressen der Historiker. Aus seiner Feder stammen Hochschul-Lehrbücher zur Geschichte der Geschichtswissenschaft vom Altertum bis zum zwanzigsten Jahrhundert.

Ungeachtet der objektiven Leistungsentwicklung in diesem von ihm geleiteten Lehrstuhl, der Forschungsergebnisse und ihrer weltweiten Beachtung, der Publikationen, Aufsätze, Artikel, Beiträge in Sammelwerken, Lexika und Zeitschriften, wurde dieser einmalige Lehrstuhl nach der politischen Wende „abgewickelt“.

Berthold, der 1978 den Goethe-Nationalpreis erhalten hatte, war da – seit 1988 emeritiert – nur noch Außenstehender. . Trotzdem schmerzte ihn die Arroganz mit der nunmehr einige westdeutsche Kollegen sein Lebenswerk in Frage zu stellen versuchten. Werner Berthold ist ein politischer Mensch geblieben. Nahezu bei allen Montagsdemonstrationen gegen den von Busch entfesselten Irakkrieg und gegen Hartz IV war er bei Wind und Wetter dabei.

Als Autor auch dieser Zeitung hat er sich regelmäßig in das politische Geschehen eingemischt, korrespondiert weltweit mit geachteten Kollegen der Historikerzunft und wenn dann noch Zeit bleibt, dann ist er mit seinem Fahrrad unterwegs, am liebsten zu seinen Pilzrevieren.

Für den verbleibenden Lebensabschnitt wünschen wir Werner Berthold, dass ihm alle seine Gaben, die ihn so liebenswert machen, erhalten bleiben: sein kritisch abwägender Verstand, seine erprobte Humanität und seine Treue zu den gemeinsamen unzerstörbaren Idealen.

• KURT MEYER

Freund und Vorbild

Ernst Springer starb im Alter von 86 Jahren

Der Bund der Antifaschisten e.V. Leipzig gibt in tiefer Trauer und ehrendem Gedenken den Tod seines Ehrenvorsitzenden, Prof. Dr. Ernst Springer, bekannt. Er verstarb am 23. August nach langer Krankheit.

Wir verlieren mit ihm den Gründer des Vereins, den langjährigen Vorsitzenden und Ehrenvorsitzenden. Voller Dankbarkeit und Hochachtung nehmen wir Abschied von einem engagierten und aufrechten Menschen. Wenn der BdA e.V., Sitz Leipzig, in Ost- und Westdeutschland bei zahllosen Antifaschisten und Sympathisanten Ansehen genießt, dann ist das vor allem auf das engagierte Wirken von Ernst Springer und seine Fähigkeit, viele Kameraden für diese Arbeit zu begeistern, zu-rückzuführen.

Er war in Leipzig aktiv an der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen gegen Neonazismus beteiligt, setzte

sich stets für die Erhaltung von Straßennamen von Antifaschisten ein, hatte mit seiner Frau Rahel den Hauptanteil an der Entstehung und Erweiterung der Bibliothek des Antifaschismus in Leipzig, sie gaben ihr bis 2007 eine sichere Heimstatt. Er setzte sich stets für eine Einbeziehung junger Menschen in die Arbeit des BdA ein. In verschiedenen Bündnissen gegen Rechts und gegen den Krieg stellte er seine Erfahrungen und Kompetenzen zur Verfügung und erwarb sich Achtung und Anerkennung bei den Mitstreitern aus verschiedenen politischen Richtungen. An der Gründung von LEIPZIGS NEUE war er und mit ihm der BdA Leipzig wesentlich beteiligt. Vehement kämpfte Ernst Springer für ABM für den BdA und sicherte dadurch, dass Geschichtsforschung betrieben werden konnte, dass Materialien nicht verloren gingen, die Verfolgte des Faschismus ihm übergaben, dass eine Übersicht zu



Gedenkstätten entstand, dass zu Rosemarie und Georg Sacke umfangreiche Broschüren und Bücher erschienen.

Stets setzte er sich für eine differenzierte Sicht auf die Geschichte ein, wandte sich aber immer gegen eine Gleichsetzung von Hitlerregime und DDR. Dafür versuchte er vor allem auch junge Antifaschisten zu sensibilisieren und ihnen in Vorträgen, Ausstellungen und am Rande von Demonstrationen Erkenntnisse zu vermitteln.

Gemeinsam mit anderen Initiativen gelang es Ernst Springer nach langem Kampf

1998 auf dem Ostfriedhof Leipzig einen Gedenkstein für die Opfer der nationalsozialistischen Militärjustiz zu errichten, an dem alljährlich am 1. September der Opfer, vor allem Deserteure, gedacht wird und der auch am 8. Mai in die offizielle Ehrung der Stadt einbezogen wird.

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ – diesem Teil des Schwurs von Buchenwald war er stets verpflichtet, das prägte sein Handeln. Schon als junger Soldat in der Hitlerarmee wagte er, sich dem Krieg durch Desertion zu entziehen. Damit setzte er bewusst sein Leben aufs Spiel, um nicht in einem sinnlosen Krieg Menschen zu töten.

Wir verlieren mit ihm einen guten Freund, ein Vorbild im Kampf für die Erhaltung und Ausprägung antifaschistischer Ideale und Werte. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

**Bund der Antifaschisten e.V.,
Vorstand**

**VVN-BdA Stadtverband Leipzig
Vorstand**

Ausschlussverfahren gegen Ronald Weckesser

LN.: Die Linksfraktion im Sächsischen Landtag hat Ronald Weckesser als haushalts- und finanzpolitischen Sprecher sowie aus der Funktion des Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses abgewählt.

Nach der Sitzung erklärte der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, André Hahn: „Es ist für die übergroße Mehrheit der Fraktion unvorstellbar, dass Ronald Weckesser weiter für sie spricht und agiert. Dies gilt um so mehr, als Ronald Weckesser in seiner persönlichen Erklärung deutlich gemacht hat, dass es sich bei der Abstimmung im Dresdner Stadtrat nicht um einen Blackout, sondern um einen bewussten Abwägungsprozess gehandelt hat. Daher ist die Fraktion meinem Vorschlag gefolgt, Ronald Weckesser aus allen parlamentarischen Ämtern und Funktionen abzugeben.“

Es ist bekannt, dass Landesvorstand, Landratsratsprecher und Kreisvorsitzende der LINKEN in Sachsen Ronald Weckesser einstimmig aufgefordert haben, binnen einer Woche Partei und Fraktion zu verlassen. Dies wäre auch aus meiner Sicht für alle Beteiligten die beste Lösung. Ich habe Ronald Weckesser dies in einem persönlichen Gespräch ans Herz gelegt. Er hat eine solche Entscheidung für sich

jedoch ausgeschlossen und dies gegenüber der Fraktion bekräftigt.

Dennoch stellt die Fraktion fest: Das Vertrauensverhältnis zwischen Ronald Weckesser und der Fraktion ist unbeschadet seiner Verdienste in der Vergangenheit zerrüttet. Uns erreichen zudem reihenweise vehemente Forderungen aus Parteigliederungen, Ronald Weckesser aus der Fraktion auszuschließen. Mehrere Kreisvorsitzende haben gegenüber der Fraktion die nahezu einmütige Position der Basis zum Ausdruck gebracht. Nachdem Ronald Weckesser in der heutigen Sitzung klar gemacht hat, dass er einer Aufforderung der Fraktion, selbst aus der Fraktion auszutreten, in keinem Fall folgen würde, haben wir beschlossen, das förmliche Ausschlussverfahren einzuleiten.

Ich bin persönlich kein Verfechter von Ausschlussverfahren. Wenn aber ein Abgeordneter ganz offensichtlich politisch und menschlich inzwischen der CDU nähersteht als der LINKEN und als Nebeneffekt dieser Konstellation bei Abstimmungen katastrophales Fehlverhalten zum Schaden des Rufes linker Politik auftritt – wie die gemeinsame Abstimmung mit der CDU für einen Nazi-Antrag –, ohne dass der Betroffene selbst Konsequenzen zieht, ist dieser Schritt unumgänglich.“

Untersuchungsausschuss bekommt 104 Aktenordner mit 10 684 Blatt

LN.: Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (LfV Sachsen) hat die angeforderten Akten über die Beobachtung der Organisierten Kriminalität an den zweiten Untersuchungsausschuss des Landtages übergeben. Damit kann der Ausschuss, der fast ein Jahr um die Einsicht in das vom Landesverfassungsschutz gesammelte Material gerungen hat, endlich seine Arbeit aufnehmen.

Die entsprechende Vorlage umfasst insgesamt 104 Aktenordner mit 10 684 Blatt. Der Untersuchungsausschuss erhält – wie er in zwei Beweisbeschlüssen gefordert hat – ein Doppel jener Akten, die das LfV an die Staatsanwaltschaft übergab. Dabei handelt es sich um die Akten zur Beobachtung der organisierten Kriminalität in den Fallkomplexen „Abseits III“, „Abseits II“, „Italienische OK“ und „Rocker“.

Die Akten enthalten teilweise Textsperrungen, teilt das Innenministerium mit. Solche Sperrungen einzelner Passagen seien notwendig, da sonst Leben und körperliche Unversehrtheit der Quellen sowie der Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz gefährdet seien oder der Funktionsfähigkeit des Verfassungsschutzes Schaden drohe.

Das war denn auch die Grenzziehung, jenseits derer die Landesregierung den

Antrag des Untersuchungsausschusses als verfassungswidrig definierte. Erst der Richtspruch des sächsischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. August schaffte hier für beide Seiten Klarheit, bestätigte dem Untersuchungsausschuss die Rechtmäßigkeit seines Vorgehens – und der Landesregierung ihr Recht, Teile der Akten zurückzuhalten, die mögliche Rückschlüsse auf Zeugen oder die aktuelle Arbeit des Verfassungsschutzes ermöglichen.

Deswegen werden auch nicht die gesamten 15 600 Blatt ausgehändigt. So wurde das Material zu zwei Fallkomplexen ausgedont, „die das Referat Organisierte Kriminalität beobachtet hatte, die jedoch unstreitig nicht an die Strafverfolgungsbehörden abzugeben waren, weil sie entweder nicht nach Maßstab des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes rechtmäßig erhoben oder unter dem Gesichtspunkt des Extremismus weiter zu beobachten waren“, wie es das Innenministerium formuliert.

Eigentlich fast schon wieder ein neuer Streitfall, denn Thema des Untersuchungsausschusses ist ja auch, zu untersuchen, inwiefern staatliche Behörden – in diesem Fall also der Verfassungsschutz – ihre möglichen Kompetenzen überschritten haben.

1. September

Annaberg-Buchholz: In Annaberg-Buchholz wurde der Grundstein für das künftige Zentrum erzgebirgischer Volkskunst und Volkskultur gelegt. Zentraler Bestandteil des Zentrums ist die Erzgebirgssammlung der in Sachsen geborenen Schweizerin Erika Pohl-Ströher. Dafür wird ein Gebäudekomplex in der Museumsgasse der Altstadt ausgebaut. Die Eröffnung ist für 2009 geplant. Die Sammlung Ströher gilt als umfangreichste Privatsammlung erzgebirgischer Volkskunst im deutschsprachigen Raum.

Plauen: Der Sozialausschuß des Plauener Stadtrates hat das Helios-Klinikum als Standort für eine Babyklappe ausgewählt. Auf Betreiben des Jugendparlaments der Stadt kam im Frühjahr der Grundsatzbeschluss zustande, eine anonyme Möglichkeit zur Abgabe von Neugeborenen zu schaffen. Hintergrund war das Drama um drei tote Babys Ende vergangenen Jahres. Plauen wäre nach Dresden, Leipzig und Chemnitz die vierte sächsische Stadt mit einer Babyklappe.

3. September

Leipzig: Der Weiterverkauf des einstigen Nobelhotels Astoria in der Leipziger Innenstadt an einen britischen Investor ist offenbar geplatzt. Die amerikanische Blackstone-Gruppe hatte das seit 11 Jahren leerstehende Hotel Anfang 2007 gekauft und wollte es weltweit anbieten. Im Mai 2008 hieß es, das Hotel will ein britischer Investor kaufen und für 300 Millionen Euro sanieren. Dieses Geschäft ist laut Blackstone nicht zustande gekommen.

4. September

Bautzen: Die Schafherden in der Oberlausitz sollen demnächst von Hunden aus der Schweiz vor Wölfen geschützt werden. Die drei Herdenschutzhunde bleiben im Rahmen eines Forschungsprojektes drei Monate im Freistaat. Sie sollen nicht nur Wölfe abwehren, sondern die Schäfer auch für den

SACHSEN-CHRONIK

Daten und Fakten

richtigen Schutz ihrer Herden sensibilisieren. In Sachsen leben vier Wolfsrudel mit etwa 15 Tieren. Sie haben seit Juni 31 Schafe gerissen.

5. September

Leipzig: Beim diesjährigen Städteranking der Zeitschrift Wirtschaftswoche landete Leipzig im Mittelfeld der 50 untersuchten Metropolen. Besonders gut schnitt die Stadt bei der Zahl der Gewerbeanmeldungen und den Investitionen ab, die in der Stadt getätigt werden. Negativ schlug die Arbeitslosenquote von fast 19 Prozent im vergangenen Jahr zu Buche sowie die geringe Kaufkraft. Sie liegt in Sachsen um fast 3 000 Euro niedriger als im Bundesdurchschnitt.

7. September

Zeithain: Der Kampfmittelbeseitigungsdienst hat 2007 sachsenweit unter anderem fünf Sprengbomben, 34 Minen und über 200 000 Granaten geborgen. Diese Bilanz legte die Anlage zur Beseitigung der Kampfmittel in Zeithain jetzt vor. Die Anlage galt bei ihrer Inbetriebnahme vor fünf Jahren als eine der modernsten in Europa. Untergebracht ist sie in streng gesicherten Stahlbunkern. 22 Mitarbeiter sind für die Verschrottung der Kampfmittel zuständig.

8. September

Leipzig: Am Montag begann die achte Filmkunstmesse, zu der 1000 Kinobetreiber und Verleiher erwartet werden. Organisiert wird das Festival von der AG Kino-Gilde. In den Passage Kinos, der Schaubühne Lindenfels sowie der Kinobar Prager Frühling haben die Besucher Gelegenheit, 41 noch

nicht veröffentlichte Filme zu erleben. Als Höhepunkt gilt der Besuch des Regisseurs Wim Wenders. Er stellt in Leipzig seinen neuen Film „Palermo Shooting“ vor.

Mittweida: Ein vom Amtsgericht Chemnitz im Februar zu 19 Monaten Haft verurteilter Anführer der verbotenen Neonazi-Kameradschaft „Sturm 34“ muss seine Strafe antreten. Das Amtsgericht hatte es als erwiesen angesehen, dass der Rechtsextreme an drei Überfällen beteiligt war. Unter anderem habe er zusammen mit etwa zehn weiteren Neonazis eine Schülergruppe in Mittweida angegriffen.

9. September

Chemnitz: Nach der Studie der Technischen Universität zur Hartz-IV-Unterstützung (132 Euro im Monat sollen reichen) sind in der Einrichtung zahlreiche Protestschreiben und Drohungen eingegangen. Das Dekanat und die Professur für Wirtschaftswissenschaften seien kaum noch arbeitsfähig. Professor Friedrich Thießen, der die Studie gemeinsam mit Studenten durchgeführt hat, ist derweil auf Tauchstation gegangen. Öffentliche Anfragen werden derzeit nicht beantwortet.

11. September

Leipzig: DHL will die Zahl ihrer Nachtflüge von und zum Flughafen Leipzig-Halle verringern. Ab Herbst sollen etwa 50 von 360 Flügen pro Woche wegfallen. Die Fracht soll stattdessen auf der Straße oder der Schiene befördert werden. Noch in diesem Jahr will DHL zwei Züge zwischen Frankfurt/Main und Leipzig verkehren las-

sen. An der Fracht-Umschlagmenge von werktäglich 1500 Tonnen wird sich jedoch nichts ändern. Die Tonnage soll sogar weiter ansteigen.

16. September

Görlitz: Der Borkenkäfer hat in der Oberlausitz doch größere Schäden angerichtet als vermutet. Allein im Landkreis Görlitz sind über achttausend Festmeter Holz vom Borkenkäfer befallen. Im toten Holz aus den Nachwirkungen von Kyrill kann sich der Käfer gut vermehren.

18. September

Klingenberg: Der Aufbau einer Ersatzwasserversorgung an der Talsperre Klingenberg steht kurz vor der Vollendung. Sie ist nötig, damit die Talsperre ab dem kommenden Jahr saniert werden kann. Wie die Landestalsperrenverwaltung mitteilte, beginnt im Oktober der Probetrieb des neuen Systems. Dabei werde das Wasser vor der Talsperre gestaut und um die Anlage herum geleitet. Die Talsperre Klingenberg versorgt Dresden und Freital mit Trinkwasser.

Hainichen: Ein Teil der stillgelegten Bahnstrecke von Hainichen nach Roßwein kann künftig von Radfahrern genutzt werden. Am Donnerstag wurde der Abschnitt zwischen Hainichen und Schlegel für die Radler freigegeben.

19. September

Dresden: Die Frachtschiffahrt auf der Elbe in Dresden ist wegen Niedrigwassers vorläufig eingestellt worden. Der Elbepegel lag heute bei 64 Zentimetern.

20. September

Eilenburg: In Eilenburg wurde der größte Bauabschnitt des neuen Hochwasserschutzsystems übergeben. Damit ist der Hochwasserschutz für die Stadt nahezu komplett.

Dieser LN-Ausgabe ist eine Petition der Links-Fraktion des Bundestages beigelegt. Wir bitten um Beachtung.

Wolfgang Abendroth im Widerstreit seiner Zeit

Eine neue beachtliche Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.



Nicht wenige, vor allem Jüngere, könnten fragen: wer war Wolfgang Abendroth? Am 2. Mai 1906 geboren, verkörpert Abendroths politischer Lebensweg sein Wiken für einen demokratischen Sozialismus in Deutschland. Zunächst Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes, tritt er 1920 der KPD bei, aus der er 1928 mit Heinrich Brandler, August Thalheimer u.a. als "Rechter" ausgeschlossen wird. Er schließt sich der KPD (Opposition) und später der Gruppe "Neu Beginnen" an und grenzt sich von der gegen die SPD gerichteten „Sozialfaschismus“-Theorie der KPD ab.

1933 wird er aus politischen Gründen aus dem Justizdienst entlassen, 1937 wegen Widerstandstätigkeit zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt und nach Haftende in das „Strafbataillon 999“ eingezogen, aus dem er desertiert. Nach seiner Entlassung aus englischer Gefangenschaft im November 1946 tritt er in Berlin der SPD bei. Ab Januar 1947 in der Justizverwaltung der SBZ tätig, wird er Dozent an der Uni Halle, von dort an die Uni Leipzig und im Oktober 1948 zum Professor für öffentliches Recht nach Jena berufen.

Uli Schöler, einer der besten Kenner der Schriften und Biografie Wolfgang Abendroths, setzt sich in der vorliegenden Publikation mit der ohne quellenkritische

Bewertung kolportierten Behauptung, Abendroth habe spätestens seit Herbst 1967 „innerhalb der westdeutschen Linken auf der Grundlage konkreter Absprachen mit der SED-Politbüro“ agiert, auseinander, wofür er eine umfassende Sichtung der Aktenbestände vornahm.

Schöler, der keine Gesamtbioographie vorlegt, weist nach, dass Abendroth während seiner Tätigkeit in Halle, Leipzig und Jena mit Bedenken und Argwohn bzgl. seiner politischen Haltung bedacht worden ist. Für ihn galt, wie in den Akten des ZK der SED vermerkt, dass er „zwar manchen rückschrittlichen Elementen gegenüber einen Fortschritt“ darstelle, „aber des engen Kontakts mit starken fortschrittlichen Kräften“ bedürfe, „um wirklich positiv zu wirken“. Abendroth, der es vermied, der SED beizutreten, verstand sich als unabhängiger Marxist, als Gegner des Stalinismus. Für ihn war Sozialismus und Demokratie eine Einheit, weshalb er wegen der einsetzenden umfassenden Stalinisierung bereits im Dezember 1948 die SBZ verlässt.

Zunächst als Rektor der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven tätig, wird er 1951 auf den Lehrstuhl für Politikwissenschaft nach Marburg berufen, wo er bis zu seiner Emeritierung 1972 blieb. Seine wissenschaftliche Arbeit wurde in der DDR, soweit sie überhaupt zur Kenntnis genommen wird, bis weit in die 60er Jahre hinein nahezu ausschließlich als „bürgerliche Wissenschaft“ abgehandelt. Schöler gelangt zur Ansicht, dass K.-H. Schöneburg wohl als einziger DDR-Wissenschaftler Abendroth Anfang der 80er Jahre öffentlich als „marxistischen Politikwissenschaftler“ gewürdigt hat. Erst nach Abendroths Tod 1985 sei in der DDR-Fachliteratur eine positive Bewertung feststellbar – eine vielleicht nicht ganz zutreffende Meinung. Der Leser kann konkrete Angaben über die Ursachen des Zustandekommens von Kontakten Abendroths zu DDR-Wissenschaftlern und zu wenigen DDR-Politikern entnehmen. Der DDR-Führung war im

Zusammenhang mit der Entwicklung linksoppositioneller Gruppierungen in der BRD klar geworden, „dass es sich bei Abendroth um eine der Schlüsselfiguren in diesem linkssozialistischen Sammlungsprozess handelte“. Obwohl Mitglied der Programmkommission der SPD wird er wegen seiner marxistisch fundierten Kritik an seiner Partei aus der SPD ausgeschlossen. Dennoch, Abendroth und die DDR bzw. SED waren, wie Schöler quellenanalytisch herausarbeitet, keine Partner, "die konspirativ an einem Strang hätten ziehen können, sondern Gegner aufgrund der jeweiligen Interessen an Projekten, die von vornherein im Gegensatz zueinander und sich immer mehr im Gegensatz zueinander entwickelten". Von einer möglichen konspirativen Zusammenarbeit zu sprechen, sei deshalb schlichtweg unreal, hat mit den realen historischen Entwicklungen und dem tatsächlich Geschehenen nichts zu tun. Abendroth war für die DDR "ein Bündnispartner - aber eben auch nicht mehr".

Seiner anfangs positiven Prognose über eine demokratisch-sozialistische Entwicklung der BRD folgte bald die Ernüchterung. Er erkennt und prangert die Situation an, in der es möglich geworden war, "dass sich nicht nur in Wirtschaft, Verwaltung und Justiz, sondern auch in die Legislative und in die Kabinette Männer eingedrungen sind, die durch Mitgliedschaft in der NSDAP oder sogar in deren Terrororganisationen Verantwortung in der NS-Periode getragen hatten". Er wandte sich gegen die Wiederbewaffnung, das KPD-Verbot, den Radikalenerlass und engagierte sich in der Friedensbewegung. Schöler sieht im Zeitraum 1954/55 den beginnenden Wendepunkt in Abendroths Sicht auf die innenpolitische und europäische Situation. Er ist im gleichen Maße der scharfe Kritiker sowohl der BRD als auch der DDR, was ihn jedoch nicht hindert, für die staatliche Anerkennung der DDR einzutreten.

Der abschließende Abschnitt behandelt sein Verhältnis zu Walter Ulbricht. Schöler schreibt dazu: „Ulbricht war für

ihn die Galionsfigur einer Partei, die - so schrieb Abendroth in einem in Italien erschienenen Aufsatz desselben Jahres (1962) - praktisch von Beginn an eine stalinistische Partei war.“ Später sieht er positive Veränderungen, auch „gewisse Fortschritte hin zur objektiven geschichtlichen Darstellung“. Mitte der 70er Jahre hegte er sogar einige Hoffnungen, dass sich im Zuge anhaltenden ökonomischen Aufschwungs und sozialer Verbesserungen auch die staatlichen und Parteistrukturen der DDR demokratisieren könnten. Eine Interpretation jedoch, die besagt, dass der Inhalt seiner 2007 in den Beständen des Bundesarchivs aufgestöberten Kondolenzkarte zum Tode von Walter Ulbricht, gerichtet an Albert Norden, der „endlich vorliegende Beweis für Abendroths DDR- und SED-gesteuertes politisches Wirken“ sei, weist Schöler strikt zurück. Dass Abendroth rückblickend Walter Ulbricht in vollem Ernst als einen der Größten der deutschen Arbeiterbewegung, ja des ganzen deutschen Volkes betrachtet haben könnte, hält er „für schlichtweg abwegig, für völlig unreal“. Abendroth sei keinesfalls vom Saulus zum Paulus geworden, daran änderte auch sein milderer Blick auf die Verfasstheit des „realen Sozialismus nichts“.

324 größtenteils umfangreiche Fußnoten und eine ausführliche Quellen- und Literaturübersicht ergänzen die rundum kompakte inhaltsreiche Untersuchung, auf die an dieser Stelle nur lückenhaft eingegangen werden konnte.

• KURT SCHNEIDER

Uli Schöler: Die DDR und Wolfgang Abendroth - Wolfgang Abendroth und die DDR. Kritik einer Kampagne. Offizin-Verlag in Verbindung mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. Hannover/Leipzig 2008. 130 Seiten, 12,80 Euro

Des Lebens Lauf in Ost und West



ERIKA MAIER, geboren 1936 in Dresden, gelernte Bankkauffrau, wird mit 32 Jahren eine der jüngsten Professorinnen der DDR. Nach der Abwicklung der Hochschule für Ökonomie befasste sie sich mit Markt- und Standortanalysen für Unternehmen und Institute. Nun engagiert sie sich seit mehr als 10 Jahren in der Berliner Kommunalpolitik.

In ihrem – wie ein Rezensent anmerkte – „stille Buch“ protokollierte sie jetzt auf 128 Seiten nicht schlechthin 24 Lebensläufe, sondern sie folgte des Lebens Lauf in Ost und West. Welche Menschen begegnen da dem Leser unter anderen?

- **Die Ärztin** – aus Meiningen und Augsburg
- **Die Architektin** – aus Marzahn und Kreuzberg
- **Der Autobauer** – aus Eisenach und Wolfsburg
- **Die Bäuerin** – aus Thüringen und Nordrhein-Westfalen
- **Der Bürgermeister** – aus Wasungen und Ostheim
- **Der Handwerker** – aus Chemnitz und Hamburg
- **Die Lehrerin** – aus Storkow und Bad Salzuflen
- **Der Offizier** – aus Neuseddin und Aachen
- **Der Pfarrer** – aus Schwerin und Bad Salzuflen

Prof. Dr. Erika Maier ist am 7. Oktober zu Gast in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Leipzig und liest ab 18 Uhr in der Harkortstraße 10. MODERATION DR. MONIKA RUNGE

Kaukasus-Konflikt

SARKIS LATCHINIAN war am 4. September zu Gast in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und sprach über historische Hintergründe und aktuelle Geschehnisse im Kaukasus sowie die entsprechenden Auswirkungen auf die politische Weltlage. Bei vielen Teilnehmern der anregenden zwei Stunden kam nach der Diskussion der Wunsch auf, die Fakten und Gedanken noch einmal nachzulesen. LN bat Prof. Latchinian um eine Lesevariante. Er kam dieser Bitte gern nach ... (Siehe Seiten 12 /13)



Der Kaukasus-Krieg Jahrgang 2008

Folgen und Hintergründe – von Sarkis Latchinian

Pulverfass Kaukasus

Die latente Instabilität des Kaukasus erwächst vor allem aus dem anormalen Umstand, dass die ethnischen Konflikte dieser Region noch keine endgültige politische Lösung gefunden haben. Die Konflikte zwischen Georgiern und Abchasen, Georgiern und Osseten, Georgiern und Adsharen, Georgiern und Russen, Armeniern und Aserbaidshanern, Tschetschenen und Russen, Russen und Tscherkessen u. a. bergen die Gefahr in sich, jederzeit zu offenen militärischen Auseinandersetzungen führen zu können. So geschah es im Mai 2004 zwischen Südosseten und Georgiern, im März 2005 zwischen Armeniern und Aserbaidshanern um Berg-Karabach und nun 2008 im Krieg zwischen Georgiern, Südosseten, Abchasen und Russland. Jenseits der ethnischen und sozialen Konflikte in dieser Region sind es die reichen Öl- und Gasvorkommen des Kaspischen Meeres, die das internationale Augenmerk im neuen Jahrhundert auf die Kaukasusregion lenken. Die Investitionen im Energiesektor rückten diese Region noch stärker ins Blickfeld der USA, die, seit 2001 die tragischen Ereignisse um den 11. September nutzend, hier auch militärisch Fuß fassten.

Für die USA ist der Kaukasus in mehrfacher Hinsicht von strategischem Interesse: Als Bastion gegen die wieder erstarkende russische Großmacht. Als Energieregion, die mit ihren reichen Quellen dazu beiträgt, den Bedarf an fossilen Brennstoffen für die USA zu sichern und diese zu diversifizieren. Und schließlich als Basis für die US-Streitkräfte im Norden des so genannten Großen Mittleren Ostens unmittelbar an der Grenze Russlands.

Russland und die USA liefern sich hier seit dem Ende der Sowjetunion 1991 einen knallharten Verdrängungswettbewerb, der die Lösung der ethnischen Konflikte des Kaukasus extrem erschwert. Jede Ethnie hat in dieser regionalen Kräftekonstellation den eigenen favorisierten Großpartner, die eine Russland, die andere die USA u.s.w.

So hatte das 50 000 bis 100 000 zählende Volk der Osseten, das seine Wurzeln im iranischen Reitervolk der Alanen hat und das kurz vor Beginn unserer Zeitrechnung in den Nordkaukasus eingewandert ist, sich bereits 1774 dem russischen Zaren unterstellt. Anders als Tschetschenen und Tscherkessen hat es sich nie an antirussischen Erhebungen beteiligt, die den Nordkaukasus seit dem 18. Jahrhundert erschüttern. 1918 war auf Anordnung Stalins die Südhälfte Ossetiens an Georgien gefallen. Die Auflösung der Sowjetunion, die das Parlament des Autonomen Gebietes Südossetien nicht erstrebte, bewog es Ende

1991 für die völlige Trennung von Georgien zu stimmen. Seitdem kam es mehrfach zu Kämpfen mit Georgien, 2004 zu einem Waffenstillstand. Ein Referendum, bei dem die Bevölkerung Südossetiens Ende 2006 fast einhellig für die Unabhängigkeit stimmte, wurde von Georgien nicht anerkannt. Ähnlich verhält sich Georgien auch gegenüber den Abchasen. Seit dem abchasisch-georgischen Krieg 1994 wird unter der Schirmherrschaft der UNO um eine politische Lösung in dem Konflikt gerungen. Auch hier stimmten mehr als 90 Prozent der Bevölkerung für die Souveränität. Eine neuerliche Anbindung an Georgien ist für sie undenkbar.

Der neueste Kaukasus-Krieg und seine Hintergründe

Der Auslöser der aktuellen Eskalation im Kaukasus ist jüngsten Datums. Sowohl die Osseten als auch die Abchasen nahmen die seit Herbst 2007 absehbare Abspaltung des Kosovos von Serbien zum Anlass, um auch für ihre Territorien auf die Anerkennung der Eigenstaatlichkeit zu drängen. Abchasen und Osseten sind sich sicher, dass ihnen diese nur deswegen vom Westen abgesprochen wird, weil sie – anders als die Albaner Kosovos – Anlehnung an Russland und nicht an die USA und EU suchen.

Mit der Proklamation der „Republika Kosova“ Mitte Februar 2008 beschleunigte sich die Entwicklung im Kaukasus. Russland hob Anfang März 2008 eine Regelung aus dem Jahr 1996 auf, die es den staatlichen russischen Stellen untersagte, in wirtschaftliche Beziehungen zu den abtrünnigen Regionen in Georgien zu treten. Am 16. April 2008 verfügte Wladimir Putin – damals noch Präsident – die Aufnahme von Hilfslieferungen und direkter Regierungskontakte zu Südossetien und Abchasien.

Georgiens Präsident Saakaschwili drohte angesichts dieser „Anerkennungsmanöver“ Russlands, wie er sagte, die „Separatisten“ notfalls mit militärischer Gewalt wieder in den Schoß der Mutter Georgien heimzuholen.

Was ein Blitzkrieg Saakaschwilis hatte werden sollen, endete für den Aggressor in einem Fiasko. Der blutige Militärkonflikt führte zu einer humanitären Katastrophe mit vermutlich mehreren Hunderten Toten und Verletzten sowie zehntausenden Flüchtlingen. Das mit Unterstützung vor allem der USA und Israels in den vergangenen Jahren militärisch stark aufgerüstete Georgien musste einräumen, den Krieg verloren zu haben. Russisches Militär hatte massiv eingegriffen, um den Überfall auf Südossetien zurückzuschlagen, und auch Orte im Kernland Georgiens bombardiert. Nach georgischen Angaben waren 150 bis 300 Panzer und 6000 Soldaten aus dem Nachbarland Russland eingerückt und hatten damit die territoriale Oberhoheit Georgiens verletzt. Schiffe der russischen Schwarzmeerflotte blockierten die abchasische Küste. Die abchasische Führung hatte georgische Einheiten mit Flugzeugen angegriffen und Freiwillige nach Südossetien entsandt.

In der Nacht vom 7. zum 8. August hatten georgische Einheiten ohne Vorwarnung mit dem Beschuss Zchinwalis, der Hauptstadt der Region Südossetien, durch Rake-

tenwerfer begonnen, dem sie einen Panzerangriff und schließlich ein mörderisches Luftbombardement folgen ließen. Am nächsten Tag, dem 9. August, behauptete der georgische Präsident vor der Presse, sein Land sei Opfer einer „großangelegten militärischen Aggression“ seitens Russlands geworden. Zu diesem Zeitpunkt hatte noch kein russischer Soldat georgisches Territorium betreten – das sollte erst am Nachmittag des 9. August passieren. In der NATO führte die militärische Niederlage ihres Beitrittsaspiranten Georgien zu teils wütenden Reaktionen. Das Weiße Haus warnte Moskau, dass sich die Beziehungen „bedeutend und nachhaltig verschlechtern“ werden. „Die imperialistische Politik“ Russlands müsse „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ zurückgeschlagen werden, hieß es unisono seitens der Regierungen Polens, Estlands, Lettlands und Litauens.

Was ein Blitzkrieg Saakaschwilis hatte werden sollen, endete für den Aggressor in einem Fiasko.

steht, nämlich die Beziehungen Russlands zum Westen, seine Mitwirkung im Verband der wichtigsten Wirtschaftsnationen der Erde (G-8-Gruppe), das Verhältnis zur Supermacht USA und zur Europäischen Union wie auch die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin. Der russische NATO-Botschafter Dmitri Rogosin erteilte ihr die nötige Nachhilfe, indem er feststellte: „Die Georgier versuchen, ihre Minderheitenprobleme ganz offenkundig mit militärischen Mitteln zu lösen. Damit nicht genug. Sie reißen auch noch andere Staaten mit rein, nicht nur Russland, auch die NATO ... Wir haben nicht die Absicht, die georgische Führung zu wechseln oder Land besetzt zu halten. Russland ist ein riesiges Land, das kein zusätzliches Territorium benötigt. Die territoriale Integrität Georgiens ist übrigens nicht eine Angelegenheit Russlands oder des Westens, das müssen Georgier und Osseten selbst regeln“.

Russland, das diverse NATO-Osterweiterungen und die Raketenabwehrpläne der USA für Osteuropa als Neuaufgabe der alten Blockkonfrontation wahrnimmt, betrachtet die Kaukasus-Region als die Südflanke seines eigenen Einflussbereichs.

Das neuerliche Morden im Kaukasus fand auf halber Strecke zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer statt, wo sich die NATO etabliert hat, Drei Anrainernstaaten des Schwarzen Meeres sind bereits NATO-Mitglied (Türkei, Bulgarien und Rumänien), zwei sitzen im Warteraum der NATO (Georgien und die Ukraine). Russland sieht sich einer offenen Bedrohung gegenüber, indem das Schwarze Meer zunehmend zu einer Art Binnengewässer des westlichen Militärpaktes wird. Vor allem die USA provozieren Russland,

letztlich aber auch den Iran und China mit der Frage, wie weit und wie tief sie den Zugriff der NATO auf Zentralasien erlauben. Der neuerliche Krieg im Kaukasus hat der Hauptmacht der NATO auf diese Frage eine eindeutige Antwort gegeben: Bis hierher und nicht weiter!

Europas Chancen zur Vermittlung im Kaukasuskonflikt

Der durch Georgien entfesselte Krieg im Kaukasus hat eigentlich keines der real existierenden Probleme ethnischer und militärstrategischer Natur abgeschwächt, geschweige denn gelöst. Im Gegenteil wurden jahrzehntelang verdrängte regionale Feindschaften und tabuisierte potenzielle Konfliktstoffe wieder belebt und in den Vordergrund gerückt.

Anders als die USA, die Georgien als Vermittler in seinem Konflikt mit Russland angerufen hat, verfügt Europa über gewisse Chancen, zwischen den Fronten zu vermitteln und dem Konflikt zwischen Georgien und Russland die Spitze zu nehmen. Auf Initiative der EU-Ratspräsidentschaft haben sich Russland und Frankreich auf einen Sechs-Punkte-Rahmenplan zur Entschärfung des militärischen Konflikts um Südossetien festgelegt. Dieser wurde auch von Georgien unterschrieben.

Diese Vereinbarung ist keine Friedenslösung. Sie soll helfen, die Kämpfe zu beenden, den Rückgriff auf Gewalt zwischen den Protagonisten auszuschließen, die Feindseligkeiten definitiv einzustellen, die Gewährung des freien Zugangs für humanitäre Hilfe zu garantieren. Sie soll dafür sorgen, dass sich die georgischen und die russischen Streitkräfte zu ihren vor Beginn der Feindseligkeiten eingenommenen Stationierungsorten zurückziehen. Der Friedensplan gesteht Russland zu, „in Erwartung eines internationalen Mechanismus“ mit seinen Friedenstruppen in diesem Raum vorläufig „zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen“ zu ergreifen.

Zur Kontrolle des Waffenstillstandes kämen nach russischer Auffassung nur die OSZE und die Europäische Union in Betracht. Die NATO hätte hier nichts verloren.

Die Europäische Union täte gut daran, ihrer Vermittlerrolle gerecht zu werden und dem Prinzip der Neutralität in der Auseinandersetzung im Kaukasus zu entsprechen. Dies schließt natürlich ein, dass es auch im Interesse Russlands liegen muss, sich ausschließlich im Rahmen des Völkerrechts zu bewegen.

Eine „empfindliche Abkühlung“ des Klimas zwischen der NATO-Allianz und Russland war in der Krisensitzung der NATO-Außenminister in Brüssel am 19. August festzustellen. Hilfreicher wäre hier, den Akzent stärker auf Schadensbegrenzung, auf eine offene Tür zum Dialog mit Russland zu legen, auf einen „strategischen Dialog mit Moskau“, wofür sich Außenminister Steinmeier in Brüssel hartnäckig eingesetzt hat. Wie wahr ist doch seine Mahnung, eine „Isolierung Russlands wegen des Konflikts mit Georgien“ sei „kein Rezept für die Zukunft“.

Fortsetzung: Seite 13

Russlands Wiederkehr auf die Weltbühne

Der neuerliche Kaukasus-Krieg hat der Weltgemeinschaft unmissverständlich vor Augen geführt, dass die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit im Kaukasus, in Europa und Zentralasien heute nur noch unter Mitwirkung Russlands gelingen kann. Dabei kommt es aus russischer Sicht mindestens auf drei Erfordernisse an:

- Die NATO-Beitrittsperspektive für Georgien und die Ukraine auf Eis zu legen;
- die NATO-Expansion nach Osten zu beenden;
- Russlands Rückkehr auf die Weltbühne zu respektieren und den Versuchen seiner Isolierung ein Ende zu setzen.

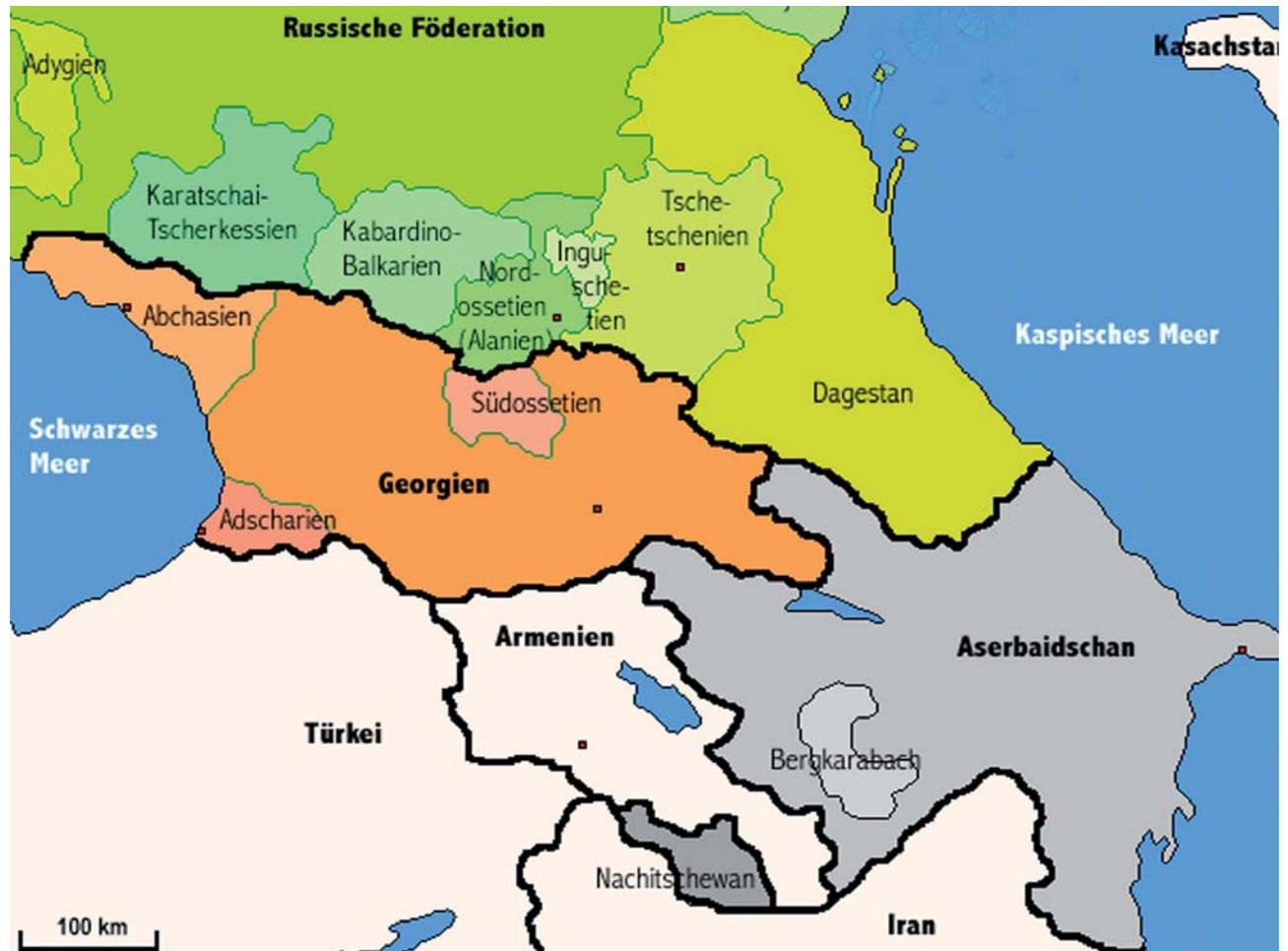
Denn nach seinem wirtschaftlichen Wachstum in den letzten Jahren und seinem Aufstieg zum globalen Energiegiganten findet sich Russland zunehmend mit einer Politik der Umzingelung seitens des Westens konfrontiert. Befremden löst in Russland aus, es weiter im Zerrspiegel alter Ängste und Vorurteile zu sehen - nach dem Motto: Moskau zeige Muskeln, eine neue Eiszeit habe mit Putin begonnen, ein neuer Kalter Krieg stehe bevor, ein russischer „Energiefanatismus“ drohe, gar der „Dritte Weltkrieg“, wie Präsident Bush Ende 2007 sich nicht scheute zu warnen.

Russland beharrt vielmehr darauf, vom Westen als ein Land verstanden zu werden, das sich jeglicher politisch-sozialen Einmischung widersetzt und das sich nur von innen heraus reformieren will. Und schließlich erhebt Russland den Anspruch auf eine Politik der gleichen Augenhöhe mit dem Westen. Die russische politische Klasse ist nicht bereit, die Hegemonie der USA zu akzeptieren, die Russland weiterhin nur die Rolle des Juniorpartners überlassen möchten.

Für Russland ist deshalb auch das unipolare Modell für die heutige Welt nicht nur unannehmbar, sondern überhaupt unmöglich. Mit seiner entschiedenen Reaktion auf die georgische Aggression gegen Südossetien hat Russland einmal mehr bestätigt, dass es auf dem postsowjetischen Territorium dominieren möchte, gehört doch diese Einflussnahme seit Jahrhunderten ganz natürlich zu seinem Selbstverständnis.

Integration bedeutet heute für Russland aktives und gleichberechtigtes Mitwirken in globalen Clubs wie den Vereinten Nationen, der G-8-Gruppe oder der Welthandelsorganisation, jedoch nicht das Abtreten nationaler Souveränität an internationale Institutionen. Man spricht sich für eine multipolare Außenpolitik aus, die Russlands Handlungsfähigkeit in allen Richtungen ermöglicht, lehnt jedoch ein Aufgehen in institutionalisierten europäischen Strukturen ab. In seinem kategorischen NEIN zu den NATO-Plänen, in Polen und Tschechien ein US-Raketabwehrsystem zu bauen, findet sich Russland auch dadurch bestätigt, dass sich Polen und die USA im Schatten des georgischen Krieges gegen Südossetien so schnell ei-

Die russische politische Klasse ist nicht bereit, die Hegemonie der USA zu akzeptieren ...



nigten und den Beweis dafür lieferten, dass das System nicht, wie propagiert, gegen den Iran, sondern gegen Russland gerichtet ist. Das US-Raketensystem kann nach russischer Deutung nur einen Sinn haben: Das zu neuer Stärke erwachsende Russland an seinen Grenzen in Schach zu halten.

Russland steht hiermit vor einem neuen Zugzwang seitens der westlichen Allianz. Es muss sich darauf einstellen, im Nachhinein einen, wie Präsident Medwedjew sagte, „hohen Preis“ für seine Niederlage im überwunden geglaubten Kalten Krieg zu bezahlen. Dies werde nicht zuletzt Abstriche an den großen, bis 2020 geplanten Aufwendungen für sein Modernisierungs- und Sozialprogramm bedeuten. Das heutige System der internationalen Regulierungsinstitute wie UNO, Weltbank, G-8-Gruppe und Welthandelsorganisation entspreche nach russischer Auffassung nicht mehr den Herausforderungen der Zeit. Russland sei in der Welt seit langem ein „globaler Spieler“, sagte Präsident Medwedjew und kündigte an: „Wir wollen nun die Spielregeln mitbestimmen“. Die nach dem jüngsten Krieg im Kaukasus getroffene Entscheidung Russlands, die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens anzuerkennen, folgt dieser Logik neuer russischer Weltpolitik.

Integration bedeutet heute für Russland aktives und gleichberechtigtes Mitwirken in globalen Clubs wie den Vereinten Nationen, der G-8-Gruppe oder der Welthandelsorganisation, jedoch nicht das Abtreten nationaler Souveränität an internationale Institutionen.

Unkommentiert zitiert

Georgien wird einer Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens nicht zustimmen, das machte Georgiens zugeschalteter Präsident Saakaschwili in der ZDF-Sendung "Maybrit Illner" deutlich. Der ehemalige Verteidigungsminister Rühe (CDU) räumte Fehler der EU im Kaukasus-Konflikt ein.

Talk „Maybrit Illner“

Der Westen muss sich fragen, ob er nach diesem Krieg ein Land wie Georgien wirklich in die Nato aufnehmen will – mit der Konsequenz, bei einem ähnlichen Konfliktfall militärisch selbst im Kaukasus eingreifen zu müssen.

„Der Spiegel“ im September

„Zeitweise äußerst spannungsgeladen“ - so beschreiben übereinstimmend Beobachter die Verhandlungen zwischen dem russischen Staatschef Dmitrij Medwedew und dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy über eine Umsetzung des Friedensplans für Georgien. An einem Punkt seien die Auseinandersetzungen zwischen der russischen Seite und der EU-Delegation um Sarkozy so heftig gewesen, dass der französische Präsident damit gedroht habe, die Gespräche sofort zu beenden, berichteten Vertreter der Europäischen Union und Frankreichs.

spiegel-online

Der georgische Politologe David Aprasidze von der Universität Tiflis im „heutejournal“: Seine Landsleute verlangten eine internationale Untersuchung des Konflikts, sagt er. Auch was die Rolle der eigenen Regierung angehe.

dpa

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy hat den Durchbruch geschafft: Mit dem Abzug russischer Truppen aus Georgien und der Entsendung von EU-Beobachtern

nach Südossetien und Abchasia wird der Kaukasus vorläufig zur Ruhe kommen. Die Normalisierung der europäisch-russischen Beziehungen liegt voll im Interesse der deutschen Wirtschaft, die im Osten weiter gute Geschäfte machen will.

Wirtschaftswoche

Ein enger Mitarbeiter des polnische Präsidenten Lech Kaczynski sagte, die Gespräche zwischen Sarkozy und Medwedew über die Umsetzung des EU-Friedensplans hätten nur „mittelmäßige Ergebnisse“ hervorgebracht. Kaczynskis Büroleiter Piotr Kownacki sagte im polnischen Fernsehsender TVN 24, der polnische Präsident werde sich in der EU für eine stärkere Reaktion gegenüber Moskau stark machen.

phoenix

Das Raketensabkommen zwischen Polen und den USA hätte in Europa eine ebenso heftige Debatte verdient wie der Georgien-Konflikt. Warum gab es keinen Sondergipfel der Allianz zu der Frage, was eigentlich der Grundvertrag noch wert sei? Weshalb fragt kaum einer, worin der Sinn einer zusätzlichen Schutzverpflichtung der Amerikaner zugunsten ihres treuen Vasallen besteht?

Wochenzeitung FREITAG

Im Kaukasus leben so viele Völker auf einem Raum wie sonst nur in Papua Guinea und im Amazonas-Gebiet. Alle sprechen unterschiedliche Sprachen.

Deutsche Welle

„Das Wiederaufrüsten Georgiens durch die NATO zeigt, dass der Westen keine Lehren aus dem Kaukasus-Krieg gezogen hat“, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow.

RIA Novosti

Keine Sommerpause im Leipziger Musikleben

... mit quicklebendigen, exzellenten, manchmal auch nur bescheidenen Beiträgen

Sommerferien gab es nur für die beiden großen Orchester, nicht aber für das Leipziger Musikleben. Zu den Montagskonzerten am Bachdenkmal gehörten die von der Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater veranstalteten Konzerte mit internationalen Lehrkräften und Teilnehmern.

Zu Beginn des MDR-Musiksommers fand in der Schaubühne Lindenfels die von Steffen Schleiermacher mit erstklassigen Ensembles ideenreich gestaltete Konzertfolge „Klang! Bild!(?) - Musik und Film“ statt. Orgelkonzerte in der Thomas- und der Nikolaikirche, aber auch kleineren Veranstaltungsorten gehörten ebenso zum Leipziger Musiksommer.

Anfang September eröffnete das Gewandhausorchester seine 228. Saison und zugleich die „Mendelssohn-Festtage 2008“. Mit ihnen verbunden begann zudem die „Schumann-Festwoche 2008“. Beide Festwochen werden weitgehend von der Mendelssohn-Stiftung und dem Schumann-

Verein in den Musiksalons beider Häuser gestaltet. Aber auch in den Motetten der Thomaner, in der Mendelssohn-Hochschule und im Musikinstrumenten-Museum der Universität waren beziehungsreiche Programme mit Chor-, Kammer- und Klaviermusik sowie Liedern zu erleben. Die Mendelssohn-Hochschule führte im Großen Saal in Zusammenarbeit mit dem Westsächsischen Sinfonieorchester Mendelssohns jugendlich-unbekümmertes, musikalisch urfrisches Singspiel „Die beiden Pädagogen“ unter Leitung Fabian Enders' quicklebendig auf.

Das Mendelssohn Kammerorchester Leipzig widmete sein von Peter Bruns energisch geleitetes „Konzert für Neugierige“ diesen Festwochen. Es begann mit Mendelssohns „Hebriden“-Ouvertüre. Peter Bruns faszinierte als Solist im Violoncellokonzert von Robert Schumann. Als Uraufführung erklang Steffen Reinholds motivisch und klanglich reizvolle Kammermusik „Fingals Schatten“ für Flöte, Oboe und Streichquartett. Den Ausklang bildete die vierte Sinfonie des von Mendelssohn für Leipzig entdeckten Dänen Niels Wilhelm Gade.

Den bescheidensten Beitrag zu diesen Festwochen bot das Gewandhaus. Im Eröffnungskonzert der neuen Spielzeit erklangen unter Leitung Riccardo Chailly vor Maurice Ravels großartig gespielter vollständiger Ballettmusik „Daphnis und Chloé“ die Ouvertüre und Sätze der Schauspielmusik zu Shakespeares „Sommertraum“ nicht eben glänzend. Großzügig gedacht lässt sich im Sinne Mendelssohns auch die Uraufführung der für das Gewandhausorchester und das Lucerne Festival geschaffenen vierten Musik für Violine und Orchester „Col“

Arco“ von Wolfgang Rihm den Mendelssohn-Festwochen zuordnen. Es ist ein melodisch fast überströmendes Werk, in dem die Solistin Carolin Widmann ihre Violine nach den ersten Pizzicato-Akkorden in durchaus neuartige, origineller Weise singen lassen kann.

Inzwischen eröffnete auch das MDR-Sinfonieorchester unter seinem Chefdirigenten Jun Märkl die Saison mit der Reihe „Zauber der Musik“. Mit der zauberhaft gespielten Suite aus Leos Janáček's Oper „Das schlaue Füchslein“, dem rhythmisch und melodisch vitalen Konzert für Streichquartett und Orchester von Bohuslav Martinu und der von jugendlichem Überschwang erfüllten, in Leipzig wohl noch nie gespielten ersten Sinfonie von Antonín Dvorák war es ganz der reichen Musikkultur des tschechischen Nachbarlandes gewidmet.

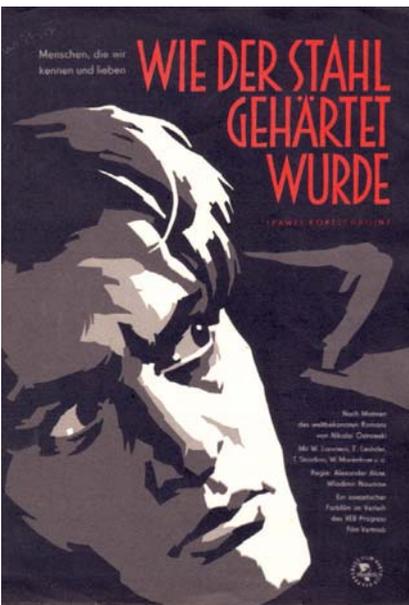
Auch das nicht (mehr) zum Rundfunk gehörende, als eingetragener Verein wirkende Rundfunk-Blasorchester begann im Gewandhaus seine neue Saison. Nach exzellent gespielten Werken von Dmitri Schostakowitsch, Joseph Canteloube und Hans Werner Henze erklang die fast einstündige „Queen Symphony“ für Soli, Chor und Orchester. Tolga Kashif verarbeitete in ihr die populärsten Songs der Rockgruppe „Queen“ mit kräftigen harmonischen und klanglichen Anleihen aus Sinfonik und Oper des späten 19. Jahrhunderts. Jan Cober führte die Solisten Antje Perscholk (Sopran), David Timm (Klavier), Neta Rudich (Violine), Alexander Kreß (Violoncello), den von Martin Krumbiegel vorbereiteten Leipziger Oratorienchor und das Blasorchester zu einer klanglich opulenten Gestaltung.

• WERNER WOLF

Düster-komplizierter Neubeginn im umgetauften Schauspielhaus

„Ende Neu“ signalisieren die schwarz-weißen Großplakate am Straßenrand. Der Betrachter weiß, was den abgebildeten urzeitlichen Echsen droht: Eine Generation tritt ab, die neue kommt. Neue Namen sind aber nicht alles, wie die Saisonöffnung im Centraltheater mit Sebastian Hartmanns Triptychon „Matthäuspassion“ zeigt. Der viereinhalbstündige Abend, der Bergmans „Abendmahlsgäste“, Ibsens „Brand“ und Texte aus dem Neuen Testament verbindet, wird in der nächsten Ausgabe ausführlich besprochen.

• D. M.



Progress - Plakat aus dem Erstaufführungsjahr. Die Produktion nach dem gleichnamigen Roman von Nikolai Ostrowski kam am 20. September 1957 in die DDR-Kinos.

Sie wurde 1956 in den Kiewer Studios gedreht. Regie: Die Absolventen der Filmhochschule Alexander Alow und Wladimir Naumow. Hauptdarsteller: Wassili Lanowoi (Jahrgang 1934). Jetzt gibt es bei ICESTORM die DVD.

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

„Das Wertvollste, was der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird ihm nur einmal gegeben, und leben soll er so, dass nicht sinnlos vertane Jahre ihn schmerzen, dass nicht die Scham um eine schäbige und kleinliche Vergangenheit ihn brennt und dass er im Sterben sagen kann: Mein ganzes Leben und all meine Kräfte habe ich hingegeben für das Schönste der Welt – den Kampf um die Befreiung der Menschheit.“

Dieses Credo des todkranken, jungen Revolutionärs Pawel Kortschagin diente viele Jahre als gedankliche Vorgabe für Schüleraufsätze in der DDR. Noch heute können es viele der ehemaligen Schulgänger auswendig. Der „Erfinder“ Nikolai Ostrowski starb 1936 mit 32 Jahren. Der „Stahl“ hat autobiografische Züge und machte den Schriftsteller weit über die Grenzen der Sowjetunion bekannt. Eine frühe deutsche Übersetzung ist 1937 datiert. Eine – heute vergessene – erste Verfilmung kam noch während des Zweiten Weltkrieges in die sowjetischen Kinos.

Soll man sich nun 2008 die inzwischen 52 Jahre alte zweite Verfilmung wieder oder auch erstmalig ansehen? Verschiedene Gründe sprechen dafür. Zunächst entstand der Film in einer für die sowjetische Kultur interessanten Zeit. Er steht am Beginn

der so genannten „Tauwetterperiode“, die sich durch spätere Produktionen wie „Die Kraniche ziehen“ und „Ballade vom Soldaten“ auszeichnete. Mag ei-

nem heute dieser Kortschagin mit seinem übertriebenen Verzicht auf Liebe, Körperlichkeit und Selbstverwirklichung fremd erscheinen, so ist doch das Resultat – er verliert schließlich alles – tragisch und deutet Lebensirrtümer an. Außerdem verzichtet der Film auf vordergründiges Pathos, ist gut fotografiert und bleibt somit ein interessantes Zeitdokument. Hinzu kommt, dass mit Wassili Lanowoi ein fotogener und begabter Hauptdarsteller agierte, der später an der Seite von Tatjana Samoilowa als Wronski in „Anna Karenina“ weltbekannt wurde.

Kortschagin

von
Michael Zock



„22. Januar 1990“ – Montagsdemo, erster Auftritt von rechtsgerichteten Jugendlichen

(Foto: Stadtgeschichtliches Museum)

„Wendejahr“-Fotos von Martin Naumann

Das Stadtgeschichtliche Museum zeigt eine Auswahl von Fotografien, die der damalige LVZ-Fotograf Martin Naumann 1989/90 aufgenommen hat. Aufschlussreich jene Fotografien, die die immer wieder geleugnete westdeutsche Einflussnahme auf die Montagsdemonstrationen dokumentieren, z. B. durch das Verteilen von Deutschlandfahnen. Allerdings nehmen jene Fotos einen breiten Raum ein, die das Klischee auf die Sicht des Oktober 1989 bedienen. So macht leider die Deutungslosigkeit der selbsternannten Bürgerrechtler auch um diese Ausstellung keinen Bogen und erschwert damit eine historisch objektive Aufarbeitung der damaligen Vorgänge in Leipzig.

• D. M.

„Brennpunkt Leipzig“ bis 2. November, Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Neubau Böttchergässchen, Di - So (auch feiertags) 10-18 Uhr.



Laokoon im Antikenmuseum

LN.: Der Laokoon-Mythos und seine Rezeption stehen im Mittelpunkt einer Ausstellung des Antikenmuseums der Universität Leipzig. Der Priester warnte seine Landsleute vor dem hölzernen Pferd der Griechen und wurde gemeinsam mit seinen Söhnen von Schlangen erwürgt. Laokoon ist Kristallisationspunkt für ästhetische Debatten und Quelle künstlerischer Inspiration. Auch für Donald von Frankenberg - Jahrgang 1951, Studium der Philosophie, Geschichte und Medizin sowie Graphik und Malerei - der sich mit dieser Werkschau als Vertreter der zeitgenössischen Kunst in die Antikenrezeption einreicht. Seine graphischen Arbeiten verwenden eine abstrahierte Bildsprache und setzen weniger auf Nachahmung im engeren Sinne als auf Erfahrbarmachung des Schmerzes.

Noch bis 5. Oktober, Alte Nikolaischule

MelanKomiker aus Leipzig „Damenwahl“

Mittwoch, 15. 10., 20.00, Frosch-Café



DAMEN-WAHL - der Mann als solcher hofft zu den Auserwählten zu gehören, die Frau als solche weiß, daß größtenteils aussortiertes minderwertiges Material ihrer harrt. Hart im Nehmen zeigen sich aber „Die MelanKomiker“ Jürgen Denkewitz und Waldemar Rösler, denn ihre bereits im vorigen Programm ausgiebig gehuldigten Alabaster-Körper werden begehrt, umschwärmt und herbeigesehnt. Von der Damen-Welt.

Dieser Illusion geben sich die beiden Leipziger Lieder-Kabarettisten ausführlich hin, rechnen gnadenlos mit allem Weiblichen ab und erleben gleichzeitig die Anerkennung des ach-so-anderen Geschlechts. Wie immer vergeblich. Wie immer aber mit viel Größenwahn, Selbst-Ironie, Wortwitz, Nonsense, Musikalität und (melankomischem) Charme. So wird diese Damen-Wahl wohl eher zu einem Tanz auf dem Vulkan ...

(Einige) Vorverkaufsstellen:
Ticket Service Leipzig
Richard-Wagner- Str. 1
Ticket- Galerie Barthels Hof
Hainstraße 1

Gisela Oechelhaeuser



Liebe Zuschauer!

Wir hatten eine erfolgreiche Premiere mit unserem neuen Kabarettprogramm „ALLGEMEINE MOBILMACHUNG“. „Das ist böse. Das ist gut. Das ist politisches Kabarett“, schrieb das Neue Deutschland. „Brillant“ und „Klassisch“, meinte die Leipziger Volkszeitung. Es ist das geworden, was wir wollen, sagen wir. Wir sehen uns wieder zur Lachmesse.

Ihre Gisela Oechelhaeuser
und Ihr Philipp Schaller

Do., 16. 10., 20.00 Uhr: FUNZEL

„Das Geld läuft weg, der Index verhungert, der Dax beißt ins Gras, die Börse kippt um, die Spitze vermerkt ... das Chaos nimmt seinen Lauf.“

... klagt Gerd Weismann am Donnerstag, 16. 10. 20.00 in der Pfeffermühle

Lachmesse 2008

Über „weglaufendes Geld“ könnte auch Lachmesse-Chef Arnulf Eichhorn dieses Jahr eine Szene schreiben. Brach doch mit dem Zigarettenmogul Reemtsma ein wichtiger Sponsor unrlötzlich weg. Das dies dem „Europäischen Humor- und Satirefestival“ die Pointen finanziell verhaseln könnte liegt auf der Hand. Mit Engagement und Findigkeit aller Beteiligten konnte jedoch das Portfeuille wieder etwas aufge bessert werden. Man schaue genau auf die Plakate und lese bei den Sponsoren dankbar nach. Zum 18. Male findet vom 9. bis 19. Oktober Deutschlands größtes internationales Kabarett- und Kleinkunstfestival, die Leipziger Lachmesse, statt. In elf Tagen gastieren über 160 Künstler aus sieben Ländern und garantieren Kabarett, Comedy, Clownerie, Musik und Spaß vom Feinsten. Aus Ost, West, Nord und Süd. Der organisierende Verein behauptet selbstbewußt – und es besteht kein hinreichender Grund ihm zu widersprechen – dass der diesjährige Festivaljahrgang erneut einen gelungenen Mix aus brisantem aktuell-politischen Kabarett, qualitativvoller Kleinkunst und sehr unterhaltsamer Comedy darstellt.

Zum Auftakt des Festivals erhält der renommierte Kabarettist Matthias Deutschmann für das beste Programm der Lachmesse 2007 den begehrten Kleinkunstpreis „Leipziger Löwenzahn“. Bisherige Lachmesse-Preisträger waren u.a. die Missfits, Georg Schramm, Tom Pauls, Bruno Jonas, Avner Eisenberg, Thomas Freitag, Schwarze Grütze und die Magdeburger Zwickmühle.

Die Brett'l, die die Welt bedeuten, befinden sich im Gewandhaus, der Oper, dem Centraltheater und den Spielstätten der Kabarett: „academixer“, „Pfeffermühle“, „Funzel“ und „SanftWut“. Hinzu kommen Moritzbastei, Werk II, Krystallpalast-Varieté, Froschcafé sowie Gohglmohsch, Spizz und die Kunsthalle der Sparkasse. Und es gilt immer wieder dem Gerücht – so Arnulf Eichhorn auf der Pressekonferenz – entgegenzutreten, alles wäre bereits ausverkauft. Nachfragen lohnt sich ab sofort. In diesem Sinne bitte einsteigen ins „Sachsen Taxi oder sgladdschdglei“, um den Leipziger Meigl Hoffmann zu zitieren der am 10. Oktober abend um Acht im gohglmohsch vorfahren wird.

• JOACHIM MICHAEL

Fotos:Lachmesse

Marco Tschirpke Neue Lapsuslieder „Lauf, Masche, lauf!“

Samstag, 11. 10., 20.00, Frosch-Cafe



LN
TIPP!

ES GIBT LEUTE, die in jeder wie auch immer eingerichteten Welt Protestlieder schreiben würden.

Die Lyrik von Marco Tschirpke operiert vom anderen Ende her: Er kritisiert nicht die Zustände, sondern lobt die Utopien. Ihn dabei straucheln zu sehen ist nur eine der Freuden, die der studierte Pianist seinem Publikum gewährt.

Geboren 1975 in der Nähe Brandenburgs schickte ihn ein freundlicher Herr vom Arbeitsamt nach dem Abitur ins Emsland zu einer Berufsausbildung als Verkäufer, doch Tschirpke fühlte sich zu Höherem berufen und ging in die Altenpflege. Folgt ein Studium der Musiktheorie und die Einsicht, daß es bei der Theorie nicht bleiben müsse.

Seit etwa dieser Zeit hat die deutschsprachige Kabarettwelt einen Querschläger zu erdulden, dessen Projektil das geschliffene Wort ist, und dessen eigensinniger Klavierstil nicht zuletzt die Frage aufwirft, ob dergleichen der Gesundheit noch zuträglich ist.

Katrin Weber



Personality-Show!

Spätestens seit ihrem Doppelkonzert im Herbst 2006, im Gewandhaus mit Tom Pauls, ist sie DIE Weber in Leipzig. Aber sie hat lange auch ein umwerfend komisches und musikalisch hochkarätiges Solo, das sie jetzt erstmals mit Rainer Vothel zur Lachmesse präsentiert. Wie bei so vielen DDR-Biographien trat sie zunächst erst einmal eine praktische Lehre an. Sie wurde Schneiderin mit Abitur. Erst danach begann sie wie geplant mit dem Studium.

Do., 16. 10., 20.00 Uhr: SANFTWUT



TOLLKIRSCHEN – „Premiere“

Der schwule Chor aus LE!

Warum sind die Tollkirschen gefährlich? Sie sehen interessant aus, sind aber giftig. In kleinen Mengen wirkt ihr Gift berausend. Berausend sind ihr Gesand und ihr Tanz. Giftig sind ihre Texte. Man muss davon lachen. Einen Abend lang die Tollkirschen und man hat am nächsten Morgen keinen Kater und fühlt sich (vielleicht) ein wenig gesünder! Das jedenfalls ist die Absicht. Lachen Sie mit uns über das, was in Ihrem und unserem Alltag nicht zu ändern ist und wovon wir alle ein Liedchen singen

könnten: der lästige Nachbar, der aufdringliche Verkäufer, die langweilige Vereinsitzung, der alberne Fernsehstar, die bucklige Verwandtschaft ...

Sie dürfen die Liste in Gedanken selbst ergänzen. In unserem neuen Programm werfen wir auch einen scharfen Blick auf Nachbars Blumenbeete, was zur Frage Anlass gibt: „Hat der 'ne Hacke?“ Wir fühle uns als Teil der internationalen Gay-Community und freuen uns immer über neue Mitsänger.

Sa., 11. 10., 20.00 Uhr: MORITZBASTEI

September 1938 Hitlers Trojanisches Pferd

Die von dem Berliner Historiker Werner Röhr vorgelegte Monografie ist die wichtigste in einer Vielzahl von Publikationen zu „München 1938“, die der Konferenz vom 29. September sowie ihren Voraussetzungen und Nachwirkungen gewidmet sind. Die Ergebnisse dieser Literatur einbeziehend, stellt Röhr die irredentistischen Umtriebe der faschistischen Sudetendeutschen Partei (SdP), ihres Freiwilligen Schutzdienstes (FS), einer Art SA, und der Terrororganisation des am 18. September 1938 auf reichsdeutschem Territorium gebildeten Sudentendeutschen Freikorps in den Mittelpunkt seiner Untersuchungen.

Mit der vom Oberkommando der Wehrmacht nach den Richtlinien Hitlers ausgearbeiteten Weisung „Grün“ vom Mai 1938 zur militärischen Zerschlagung der Tschechoslowakischen Republik (CSR) enthielt nach Meinung Röhrs erstmals in der Militärgeschichte ein solcher Kriegsplan Aufgaben für die psychologische Kriegführung in der Vorbereitungsphase. Die CSR sollte durch Drohungen eingeschüchert und ihre Widerstandskraft zermürbt, die nationalen Minderheiten bis hin zu bewaffneten Aktionen mobilisiert und die Verbündeten wie Neutrale entsprechend beeinflusst werden. Röhr betont, dass unter den Instrumenten für „Grün“ die SdP „eine einzigartige und unersetzbare Rolle“ spielte. Sie bot Hitler den Vorteil, „den Konflikt zwischen dem deutschen

Expansionsstreben und dem Lebensinteresse der demokratischen Tschechoslowakei als einen rein innerstaatlichen Konflikt auszugeben“. Die in engster Kooperation mit Berlin agierende SdP spielte „die Rolle des Trojanischen Pferdes“ und „Hitlers direkt gesteuerter Sprengsatz in der CSR“. Unter Verarbeitung der internationalen Forschungsliteratur gibt der Autor einen sehr informativen Überblick zur Geschichte der deutschvölkischen, nationalistischen Parteien und Organisationen in den böhmischen Ländern und dann der CSR von 1918 bis zur Gründung der SdP 1933 (bis 1935 Sudetendeutsche Heimatfront - SHF) und ihrer Entwicklung bis zum Frühjahr 1938.

Entgegen apoletischen Behauptungen beweist Röhr, dass die SdP von der Hitlerregierung finanziert und gesteuert wurde und deren Führung sich Hitler direkt anbot, entsprechend dem Plan „Grün“ ihren Massenanhang im tschechoslowakischen Grenzgebiet in Bewegung zu setzen. Im Prager Parlament bildeten die Vertreter der slowakischen, ungarischen und polnischen Nationalparteien eine irredentistische Front, die mit der SdP unter der Losung „Autonomie“ faktisch zur Zerschlagung der CSR tendierte. Als die CSR-Regierung auch unter Einwirkung der Westmächte mit dem Entwurf eines Nationalitätenstatuts den „Autonomisten“ entgegenkommen wollte, lehnte die SdP auf Weisung Hitlers mit immer weitergehen-

deren Forderungen jeden neuen Entwurf Prags ab. Sie organisierte demonstrative Proteste, Zwischenfälle und Gewaltakte, um der Welt zu zeigen, dass ein friedliches Zusammenleben zwischen Tschechen und Deutschen in einem Staat nicht möglich sei. Diese Umtriebe, darunter zahlreiche Gewaltaktionen des FS, steigerten sich bis zum Putschversuch vom 13. September 1938, der unmittelbar nach Hitlers Parteitagshetze vom Vortag unternommen wurde. Röhr spricht zu Recht von einem bewaffneten Aufstand, der zur „Machtergreifung“ im Sudetengebiet führen sollte. Er scheiterte jedoch am entschiedenen Widerstand der tschechoslowakischen bewaffneten Organe, inklusive der Verhängung des Standrechts.

Das am 18. September von Henlein gebildete Sudetendeutsche Freikorps, formiert von der Wehrmacht aus Henleinanhängern, die illegal die Grenze überschritten hatten, setzte nun den bewaffneten Terror über die Grenze hinweg fort. Es besetzte im Zusammenwirken mit Einheiten der Waffen-SS einige Quadratkilometer tschechoslowakischen Territoriums, aus dem sich die CSR-Organe zurückgezogen hatten. Das SFK, zum Schluss 34 500 Mann stark, ermordete 110 CSR-Bürger, verschleppte über 2000 ins Reich, zerstörte zahlreiche Grenzanlagen der CSR und raubte aus der Staatsbank Warnsdorf 18 Millionen Kronen. Es waren aber nicht diese Verbrechen, die Prag schließlich den „Anschluss“-Forderungen Hitlerdeutschlands nachgeben ließ, sondern die Kapitulation der Londoner und Pariser Regierungen vor Hitler, die so ihren Verbündeten verriet.

Ein spezielles Kapitel stellt die politisch-psychologische Kriegsvorbereitung vom 5. bis 30. September 1938 in Form eines synchron-optischen Szenarios dar. Als besonders infam erweisen sich die Orientierungen des Goebbelsministeriums, die sich in der entwürdigenden Diffamierung der Tschechen als „bolschewistisch-hussitische Untermenschen“ und der CSR als „Verbrecherstaat“ subsumieren lassen.

Das letzte Kapitel untersucht die weitere Zerstückelung und schließliche Liquidierung der CSR nach dem Münchner Diktat, wobei der Internationale Ausschuss der vier Botschafter und sein Agieren nach der „Logik von München“ erstmals die nötige Aufmerksamkeit erfährt. Zu Recht wird neben den separatistischen slowakischen Klerikalfaschisten die mit Hitlerdeutschland abgestimmte aggressive Politik der herrschenden Kreise Polens und Ungarns stärker als bisher ins Licht gerückt. Ein Blick auf den entstehenden „NS-Mustergau“ Sudetenland rundet das Bild. – Insgesamt eine verdienstvolle Arbeit, die mit einem Anhang von 43 Dokumenten und neun Karten dem Leser auch noch nicht publizierte Quellen aus tschechischen Archiven zugänglich macht. Ein Nachwort erörtert recht kritisch den Charakter der bundesdeutschen Außenpolitik gegenüber der CSFR bzw. CR seit dem Nachbarchaftsvertrag von 1992. Nachwirkungen von „München“ spielen hierbei eine nicht geringe Rolle.

• GERHARD FUCHS

Werner Röhr: *September 1938. Die Sudetendeutsche Partei und ihr Freikorps. Edition Organon, Berlin 2008. XXV, 319 Seiten. (Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung: Beiheft 7)*

„Was haben wir falsch gemacht?“

Beide sind Historiker. Wolfgang Wippermann, Jahrgang 1945, lehrt noch an der FU Berlin. Kurt Pätzold, Jahrgang 1930, war bis 1992 Lehrstuhlinhaber für deutsche Geschichte an der Berliner Humboldt-Universität. Ein „Wessi“ und ein „Ossi“ mit sehr verschiedenen Lebenswegen. Das widerspiegeln auch beide Bücher, bei denen es sowohl um Geschichte als auch um das Heute geht. Wippermanns Titel „Autobahn zum Mutterkreuz“ ist ironisch gemeint. Er nimmt Bezug auf den Auftritt von Eva Hermann, die in einer Talk-Show Hitlers „Mütterverehrung“ und die „von ihm gebauten Autobahnen, auf denen wir heute fahren“, als „Gutes aus dieser Zeit“ pries. Dass daraus mit Medienunterstützung (besonders BILD) eine PR-Aktion wurde, die Hermann außer vielfacher Sympathiebekundung eine Riesennachfrage nach ihren Büchern eintrug, mag bei derart geringem Geist- und Wissensinsatz schon erstaunen.

Doch die Demonstration von Medienmacht hatte noch eine schockierende Kehrseite für diejenigen, die gewagt hatten, Hermann öffentlich zu widersprechen. Dazu zählte auch Wippermann, der, ebenso wie auch andere, privat und über BILD mit einer Flut von Drohbrieffen überschüttet wurde, deren Tonart („kommunistische Ratte“, „Judenknecht“) dem „Stürmer“-Jargon in nichts nachsteht. Ein fatales Gemisch aus Hass, Ignoranz, Antikommunismus und Intoleranz! Da war wohl „miten in der Gesellschaft“ ein Nerv getroffen

worden.

Wippermann, von solcher Reaktion der „schweigenden Mehrheit“ überrascht, fragt am Ende ein wenig hilflos: „Was haben wir falsch gemacht?“ Er könnte, läse er das Buch von Pätzold, dort auf seine (leider von der Politik niemals gestellte) Frage kompetente Antwort erhalten. Der bekannte marxistische Faschismus-Forscher kennt nicht nur die Versäumnisse aus 80 Jahren deutscher Geschichte. Er weiß auch, dass Geschichte, von Menschen gemacht, nicht alternativlos ist. Soll in Zukunft Faschismus, Rassismus, Krieg und Missbrauch von Macht verhindert werden, bedarf es sowohl der Geschichtskennntnis (und richtiger Lehren daraus) wie auch einer anderen Politik. Pätzolds Buch, das kritisch und selbstkritisch den eigenen Werdegang sowie Leistungen und Grenzen der DDR-Geschichtswissenschaft analysiert, stimmt nachdenklich. Denn die Geschichte kennt bei offenen Rechnungen „kein Pardon“.

• HEINZ SÄNGER

Wolfgang Wippermann: *Autobahn zum Mutterkreuz. Historikerstreit der schweigenden Mehrheit. Rotbuch Verlag, Berlin 2008. 128 S., 9,90 Euro.*

Kurt Pätzold: *Die Geschichte kennt kein Pardon. Erinnerungen eines deutschen Historikers. berlin ost, Berlin 2008. 320 S., 19,90 Euro*

Kritische Sicht auf „DIE LINKE“

Als Mitglied der DKP und als ehemaliger Professor für Politikwissenschaft in Marburg gibt Georg Fülberth einen Abriss der Vorgeschichte, der Entstehung, der gegenwärtigen Position und der Perspektive der Partei DIE LINKE. Einerseits zuweilen holzschnittartig und wenig differenzierend auf die Herausarbeitung von Grundlinien und Problemen zugeschnitten, hält er andererseits eine Fülle wenig bekannter Fakten bereit, besonders die Situation im Westen betreffend.

Beschrieben wird zunächst die Geschichte der PDS von 1989 bis 2007 (unter der irritierenden Überschrift „Abwicklung der SED“) – ihre Situation 1989/90, sowie die Hauptetappen und einschneidende Ereignisse ihrer komplizierten Entwicklung. Er kommt dabei für die Zeit vor dem Zusammengehen mit der WASG zu den Feststellungen: „In der Fläche des Westens ist die PDS ... nie angekommen“ und „Der Blick auf das Innenleben der PDS außerhalb des Gebietes der ehemaligen DDR war niederschmetternd.“ Aus intimer Kenntnis reflektiert der Autor die wechselvolle Geschichte der Linken in der SPD, die sich in zahlreichen unergiebigem Versuchen der organisatorischen Verselbständigung manifestiert, und den fortschreitenden Verfall der Partei mit der „Reformpolitik“ Schröders, der zu innerparteilichen Konflikten und Mitgliederverluste führte, in deren Folge sich die WASG formierte und mit der PDS zusammenfand.

Fülberth stellt DIE LINKE in den Kontext gesellschaftlicher Prozesse und beschreibt

die – besonders im Westen durchaus widerspruchsvolle – Annäherung und Vereinigung, analysiert die Rolle Lafontaines (als „Retter“), erörtert aktuelle politische Optionen, die unsicheren Reaktionen der SPD, der Gewerkschaften und der gesamten bundesdeutschen Gesellschaft auf die neue Situation, die durch die Erfolge der LINKEN im Westen sichtbar wurde. Dabei geht er auch auf das komplizierte Verhältnis zur DKP ein, das durch scharfe Abgrenzung bestimmt ist. Ohne nähere Erläuterungen äußert sich Fülberth zur Programmatik: Das Parteiprogramm der PDS hält er „für den belanglosesten Text dieser Art, den die deutschen sozialdemokratischen und sozialistischen Bewegungen seit 1848 hervorgebracht haben“. Auch die vom Gründungsparteitag beschlossenen Eckpunkte seien bedeutungslos. Fülberth verweist in diesem Zusammenhang auf eine ideologische Zersplitterung, die sich bereits innerhalb der PDS zeige. Das Profil der neuen Partei charakterisiert er u.a. so: „Sie ist die zweit(,) neosozialdemokratische Partei einer kapitalistischen deutschen Gesellschaft“, die linke Variante der deutschen Sozialdemokratie.

Die Schrift ist – ungeachtet ihrer sehr subjektiver Urteile – ein hilfreicher Blick von außen, der die Partei besser in die Lage versetzen kann, ihre Entwicklung zu bewerten und ihre Strategie zu bestimmen.

• GÜNTER LIPPOLD

G. Fülberth: „Doch wenn sich die Dinge ändern“ – *Die Linke. Papyrossa Verlag, Köln 2008. 169 S. 12,90 Euro*

Leipzigs schönster Salon ...

Ein Leipziger fragen, ob er Leipzig kennt, klingt wie ein Witz. Doch ist es tatsächlich einer? Was heißt denn, Leipzig zu kennen? Wissen, wo eine bestimmte Straße, ein bestimmtes Gebäude ist? Sei es, wie es sei. Mit Sigrid und Hansdieter Hoyer auf dem Sofa sitzend (oder wo auch immer) eine Lesereise durch Leipzig zu machen, das kann auch einem Messestädter nicht schaden. Über zwölf Stationen führen sie den lesenden Reisenden, beginnend - nein, nicht am Hauptbahnhof, den lassen sie glücklicherweise links liegen - mit der Mädler-Passage.

Mädler-Passage? Die kennen wir doch aus dem ff, sagt sich der Leipziger und ist dann überrascht, was die beiden Flaneure über die Welt hinter den Schaufenstern der Passage zu erzählen haben. Ist „Leipzigs schönster Salon“ durchschritten, geht es flugs nach Plagwitz in die ehemalige Baumwollspinnerei, in deren Hallen sich bekanntlich die Kunst breit gemacht hat. Weitere Stationen nach dem Besuch der Spinne sind Leipziger Villen, wie die von Werner Tübke oder Max Klinger, und das Literaturinstitut in der Wächterstraße. Von dort bis in die Karl-Liebknecht-Straße zu den Buchkindern ist es nur ein Katzensprung. Weiter geht es zu den „Inselbüchern in der Bücherinsel“ von Jens Förster, zu Richard Wagner auf den Fockeberg und zurück ins Zentrum zur Speck'schen Sammlung im Bildermuseum. Die beiden Hoyers erzählen des Weiteren von "Nervenkränzchen, einer goldenen Meise und anderen Merkwürdigkeiten", von

denen sie beim Besuch des Psychiatriemuseums erfahren haben, von einem „unauffhaltsamen Aufstieg eines ostdeutschen Unternehmers“ (Knut Lösche, PC-Wa-re), von einem Gewandhausmusiker der „Leipziger Schokoladenseiten“ entdeckte und von vier ehemaligen Ballett-Tänzern, die „Lust aufs Altwerden“ machen.

Entstanden ist ein Büchlein mit Geschichten über Leipzig, das zu Lesen Spaß macht und anregt, diese und jene Station der Lesereise selbst erneut einmal (vielleicht auch erstmals) in Augenschein zu nehmen.

P. S. Wer nun Lust auf weitere imaginäre Reisen bekommen hat, dem kann geholfen werden. In der vom Picus Verlag herausgegebenen Reihe Lesereisen und Reportagen finden sich bereits über hundert Ziele, die im Sessel sitzend - oder wo auch immer - besucht werden können.

• **ESCH.**

Sigrid und Hansdieter Hoyer: Links, wo Fausts Schuh blitzt. Leipziger Passagen. Picus Verlag, Wien 2008. 131 S., 13,90 Euro.



Jeder Mensch hat Harmonie in sich ...

Mikis Theodorakis hat mit seiner besonderen Gabe, mit dem, was sein musikalisches Genie schuf, nicht nur dem Volk der Griechen, sondern der ganzen Welt ein großartiges und großzügiges Geschenk gemacht.

So beginnt die autorisierte Biografie von Hansgeorg Hermann. Schön, wenn man so einen Satz auch persönlich nachvollziehen kann. So erinnere ich mich an ein lange zurückliegendes Konzert im Gewandhaus, als Theodorakis in den 1980er Jahren mit „Canto General“ am Dirigentenpult stand.

Das jetzt vorliegende Buch hat eine schwierige Vorgeschichte, oft war der Befragte (Jahrgang 1925) krank und Gesprächstermine mussten verlegt werden.

Hansgeorg Hermann spricht auch mit anderen Künstlern über Theodorakis, so mit der berühmten Sängerin Maria Farantouri. Sie beschreibt ihren Freund Mikis als „eine Insel, er verkörpert das besondere Licht, das über dem Wasser zu schweben scheint“. Dieses Licht soll angeblich nur in Griechenland zu beobachten sein.

Gegen Ende des Buches mit den vielen nachdenklichen, längeren und kürzeren Kapiteln stößt man auch auf Hoffungslosigkeit, die Mikis Theodorakis in seinen letzten Lebensjahren offenbar immer wieder überfällt. Denn daheim sterben ihm nun die alten Wegbegleiter weg. „Ich bin täglich umgeben von Chaos, und doch ... plötzlich unerwartet fällt mir eine Melodie



ein. Ein Wunder. Jeder Mensch hat Harmonie in sich, er will sie und er braucht sie.“

Es gibt wohl nur sehr selten einen Lebensweg, der so stark die Zusammenhänge zwischen revolutionärer Kunst und politischer Freiheit aufzeigt.

In Chemnitz gibt es ein „Künstler-Kollektiv Quijote“, das hat unter dem Titel „Sonne der Gerechtigkeit“ jetzt ein Theodorakis-Programm in deutscher Sprache vorbereitet. Die Astrophysiker der Universität Kreta haben angekündigt, einem unbekanntem Asteroiden den Namen „Theodorakis“ zu geben. Also: Eine Begegnung mit der Unendlichkeit. Dieses Buch ist leider endlich.

• **MIZO**

LN-TIPP: Der Autor der Biografie liest am 28. 9. 20 Uhr im Leipziger Kulturtreff Mühlstraße 14 – „Quijote“ ist mit Liedern ebenfalls dabei.

Hansgeorg Hermann: Der Rhythmus der Freiheit- Die autorisierte Theodorakis-Biographie. Verlag: Neues Leben 2008, 300 S. 19,90 Euro

1968 – Jahr einer „Weltrevolution“

Die Veröffentlichungen und Debatten zum „Prager Frühling“ bestätigen ohne Zweifel die Auffassung von Stefan Bollinger, dass das Jahr 1968 „von Deutungen und Deutern okkupiert“ ist, die eher zu vernebeln, als zu klären bemüht sind, was damals geschah und vor allem, was historische Chancen erwirkte und verwirklichte. Dem müsse kritische Geschichtsschreibung gegenhalten. Statt aus der Sicht von heute zu moralisieren und zu werten, gelte es, „die Erinnerung an dieses Jahr und seine Nah- wie Fernwirkungen zu historisieren“.

Das erfordert, komplexere Zeithorizonte im Blick zu haben, um das tatsächliche Geschehen und seine Nachwehen mit der notwendigen Tiefenschärfe zu erfassen. An Stelle des zu verzeichnenden provinziellen Blicks ist eine kosmopolitische Sicht notwendig, die Bollinger mit Nachdruck annimmt. Das Zeitfenster 1968 stehe für einen längeren Zeitraum. Selbst die Triade 1967/68/69 erfasse lediglich einzelne Prozesse eines Geschehens, das eine Weltrevolution, ausgelöst durch die revolutionäre Entwicklung der Produktivkräfte, gewesen sei.

Die Produktivkraftrevolution in den Industrieländern, die mit weitgehenden sozialen, geistigen und politischen Folgen verbunden war, stellte die sozialistischen Länder vor existentielle Herausforderungen. Es waren somit objektive Gründe, den Realsozialismus zwingend zu reformieren und dabei der untrennbaren Verknüpfung von Ökonomie und Politik gerecht zu werden.

Die Problemlage für die sozialistischen Länder bestand vor allem darin, dass das immer größere Gewicht der Ökonomie und damit die wachsende Rolle der Arbeitsproduktivität in der internationalen Systemauseinandersetzung notwendigerweise mit Konsequenzen für das politische System, insbesondere mit einer Neubestimmung der Funktion der Partei verbunden war. Im Unterschied beispielsweise zur SED, die mit dem Neuen Ökonomischen System befasst war, sahen die Prager Reformkommunisten „ihre Partei in einer neuen Funktion, in einem neuen Verständnis von Hegemonie, nicht auf Macht und Gewalt beruhend, sondern auf dem ständigen Neuerringen von Überzeugungen und Vertrauen“ – ein schwieriges Unternehmen mit unsicherem Ausgang.

Vereinfacht erscheint jedoch die bloße Feststellung, dass 1968 die herrschenden politischen Kräfte in Moskau und im Ostblock nicht begriffen haben, worum es damals ging. Das machtpolitisch herrschende Sozialismusverständnis, die innenpolitische Instabilität der sozialistischen Länder in der Hochzeit des Kalten Krieges und die drohende Gefahr eines atomaren Krieges ließen m.E. für Moskau keinen anderen strategischen Handlungsraum zu. Wer der Auffassung war, dass in dieser Situation eine Wende vom „stalinistisch geprägten Sozialismus“ zu einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ – die Auffassungen davon waren sehr vage – im Bereich des Möglichen lag, übersah die politischen Zwänge, in denen sich Moskau und der gesamte Ostblock befanden. Das

erfordert zwangsläufig, den militär-politischen Komplex – die CSSR und die DDR waren in hochexplosiver Zeit Länder an der Grenzlinie der sich absolut feindlich gegenüber stehenden atomar hochgerüsteten Militärblöcke der Großmächte – und ebenso die forcierte antisozialistische Strategie der politisch-ideologischen Diversionstätigkeit, Tatsachen, die maßgeblich zu Entscheidungen beigetragen haben, in die Beurteilung einzubeziehen. Dennoch war die Entscheidung, mit militärischen Mitteln der Entwicklung in der CSSR ein Ende zu bereiten, eine Weichenstellung, die den europäischen Realsozialismus aufs schwerste belastete, ja, sich letztlich gegen ihn selbst kehrte - eine bittere Wahrheit.

Die Frage, was in der CSSR passiert wäre, wenn die Bruderstaaten es bei der Polemik hätten bewenden lassen, wird nicht direkt gestellt. Michael Jäger, der die Militärintervention verurteilte, hat sie kürzlich im „Freitag“ erörtert. Seine Antwort: Eine nur ausgeschlossene, nicht unterworfenen CSSR wäre natürlich vom Westen nicht militärisch angegriffen worden, aber er hätte sie in von ihm ökonomische Abhängigkeit gebracht. „Das Land wäre in der Umarmung falscher Freunde erdrückt worden.“ Darin drückt sich aus: Ein im Alleingang beschrittener sozialistischer „Prager Frühling“ war in einer zerteilten Welt auf Dauer nicht möglich. Sein Ende war so oder so absehbar.

Und die revolutionierte westliche Bewegung, die sich antikapitalistisch und anti-imperialistisch verstand und als eine NEUE LINKE für eine andere Art von Sozialismus eintrat, hat das Jahr 1968 nicht lange überlebt, „aber sie hat eine

intellektuelle und populistische NEUE RECHTE herausgefordert, die heute weit stärker ist, als es alte und NEUE LINKE in der 1960er Jahren jemals waren“. Den konservativen Kräften gelang es, „das politische und soziale wie kulturelle Leben zu pluralisieren und zugleich die Macht des Kapitalismus auf eine modernere, individuellere, egoistischere Art zu begründen“.

Für den Realsozialismus war das Jahr 1968 mit seiner außerordentlichen Verdichtung dramatischer Ereignisse, wie Bollinger mit Bedacht resümiert, möglicherweise „jenes gesprengte Kettenglied zwischen 1917 und 1989, dessen Fehlen das Scheitern des sozialistischen Ausbruchs aus der Ausbeuterordnung und die kapitalistische neo-liberale Restauration begründet“.

Rudi Dutschke, von Stefan Bollinger abschließend zitiert, ist zuzustimmen, wenn er sagte: „Die alten Konzepte des Sozialismus müssen kritisch aufgehoben, nicht vernichtet und nicht künstlich konserviert werden. Ein neues Konzept ... kann nur im praktischen Kampf, in der ständigen Vermittlung von Reflektion und Aktion, von Theorie und Praxis erarbeitet werden.“ Das ist keine zeitweilige Aufgabe, sondern ein ständiges Erfordernis. Die Problemstellungen des Jahres 1968 - umfassende Demokratisierung der Gesellschaft, soziale Gerechtigkeit und Frieden - bleiben präsent.

• **KURT SCHNEIDER**

Stefan Bollinger: 1968 - die unverstandene Weichenstellung. Karl Dietz Verlag Berlin 2008. 142 Seiten. 14,90

Kalenderblatt

Vor 40 Jahren:

DKP-Gründung

Als am 26. September 1968 in Frankfurt/Main die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) gegründet wurde, entstand erstmalig wieder in der BRD eine legale kommunistische Partei. Auf Antrag der Adenauerregierung am 28. November 1951 hatte das Karlsruher Verfassungsgericht in einer verschärften Phase des Kalten Krieges die KPD für verfassungswidrig erklärt, ihre Auflösung angeordnet und die Bildung von Nachfolgeorganisationen verboten. Mit dem KPD-Verbot, das voll in der Nazitradition gegenüber dieser antifaschistischen Partei lag, hatte der staatlich verordnete Antikommunismus seine giftigste Blüte getrieben. 1968 wurde die BRD-Gesellschaft durch die breite Bewegung gegen das bundesdeutsche Herrschafts- und Traditionssystem erschüttert. Im Interesse der Bewahrung der entscheidenden Herrschaftsstrukturen sah sich die damalige Große Koalition zu Zugeständnissen an die 68er Bewegung, zu Veränderungen gezwungen. So kam es zur Gründung der DKP. Ihr gehörten zahlreiche frühere Mitglieder der verbotenen KPD an. Die Führungsschicht der neuen kommunistischen Partei war naturgemäß durch das Wirken in der vorherigen Illegalität geprägt. Viele der jüngeren Mitglieder kamen aus der damals sehr aktiven Außerparlamentarischen Opposition (APO). Als Vorsitzende fungierten von 1968 bis 1973 Kurt Bachmann und von 1973 bis 1990 Herbert Mies. Heute steht Heinz Stehr an der Spitze der DKP. Mit der Zulassung der DKP war jedoch keinesfalls die Aufhebung des KPD-Verbots von 1956 verbunden und die ist auch bis heute nicht erfolgt.

In der antikommunistisch geprägten politischen und gesellschaftlichen Atmosphäre der Bundesrepublik vermochte es die DKP trotz Unterstützung durch die DDR im Allgemeinen und die SED im Besonderen nicht, bundesweit spürbar Fuß zu fassen. So blieb sie bei Bundestags- und Landtagswahlen erfolglos, konnte aber kommunale Mandate erringen. Beachtlich war ihr Einfluss auf außerparlamentarische Aktivitäten, beispielweise in der Friedensbewegung, aber auch unter Studenten einiger Universitäten und Hochschulen sowie nicht zuletzt in den Gewerkschaften. Um 1980 hatte die DKP knapp 50 000 Mitglieder - trotz des gegen DKP-Mitglieder verhängten Berufsverbots.

Die DKP sah ihr Sozialismus-Modell in der DDR verwirklicht. Deshalb geriet sie ihrerseits mit der sich Ende der achtziger Jahre in der DDR ausbreitenden gesellschaftlichen Krise gleichfalls in eine existenzielle Krise. Sie musste nach dem Untergang der DDR aus finanziellen Gründen ihre Aktivitäten stark einschränken und ihr politisches Profil unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen einer kritischen Betrachtung unterziehen. Heute hat sie bundesweit nur noch 4 500 Mitglieder. Die aus dem Zusammenschluss von PDS und WASG gegründete Partei DIE LINKE und die DKP wären gut beraten, einen solchen Umgang miteinander zu finden, der es ermöglicht, die Potenzen aller deutschen Linken gegen den von den regierenden Parteien betriebenen antisozialen Neoliberalismus konstruktiv zu bündeln.

• WINFRIED STEFFEN

Wilhelm Weitling

- der Begründer des deutschen Kommunismus

Vor 200 Jahren geboren:

Das politische Wirken Wilhelm Weitlings ist untrennbar mit den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung, dem utopischen Arbeiterkommunismus, verbunden, deren Theoretiker, politischer Wortführer und einer ihrer Organisatoren er war.

Er wurde am 5. Oktober 1808 in Magdeburg geboren, wurde Schneidergeselle und ging auf Wanderschaft. Im Oktober 1835 gelangt er nach Paris, der revolutionären Hauptstadt des damaligen Europa, wo er dem „Bund der Geächteten“ beitrug. 1836 gehört er zu jenen Kräften, die sich vom alten Bund trennen und den „Bund der Gerechten“ gründen. Ende 1838 gibt er dem neuen Bund mit seiner Schrift „Die Menschheit, wie sie ist, und wie sie sein sollte“ ein Programm – verfasst im Auftrag der Centralbehörde des Bundes – das als die Geburtsurkunde der frühproletarischen Bewegung in Deutschland, in der sich ihre Weltanschauung, ihr Protest und Zukunftsanspruch manifestiert, in die Geschichtsschreibung eingeht. Mit ihm setzt Weitling die soziale Frage auf die politische Tagesordnung der bürgerlichen Umwälzung und macht die sozialen Belange des arbeitenden Volkes zum Gegenstand öffentlicher Erörterung. Es war ein Programm, das, wie seine Biografin W. Seidel-Höppner vermerkt, „die politische Position der Arbeiter auf dem linken Flügel der demokratischen Vormärzopposition absteckte und ihren Zukunftsanspruch nach einer menschlichen Gesellschaftsordnung in einem Alternativentwurf zusammenfasste“. Weitling durchbrach die Auffassung, dass den arbeitenden Klassen nur geholfen werden könne durch die Einsicht und das Wohlwollen der besitzenden Klassen, indem er den Sozialismus auf den Gegensatz der arbeitenden und besitzenden Klassen begründete und offen verkündete, dass die Arbeiterklasse nur durch sich selbst emanzipiert werden kann.

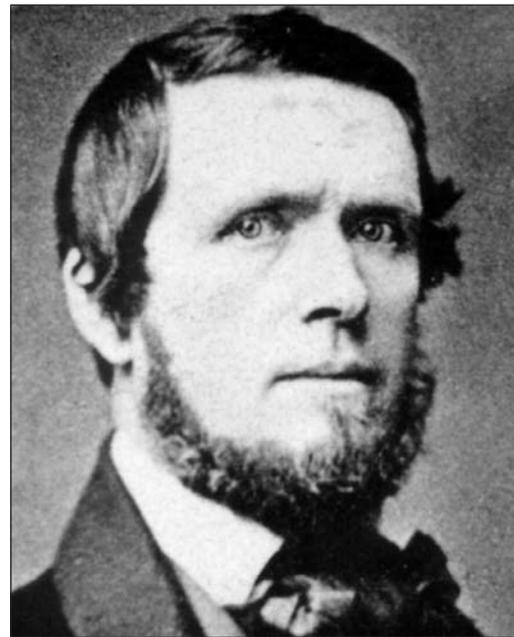
Utopisch war die Weitlingsche Vision, weil sie Aufgaben enthielt, für deren Lösung die gesellschaftlichen Bedingungen noch nicht herangereift waren. Die Träger der frühproletarischen Bewegung waren vor allem die mit dem Kleingewerbe verbundenen proletarisierten Handwerksgehilfen. „Die Antipode dieser Kleinproduktion ist noch nicht der Industrieunternehmer“, charakterisiert W. Seidel-Höppner diese Zeit, „sondern der wuchernde Bankier und der profitgierige Kaufmann als Händler und Verleger.“ Diese geschichtlichen Bedingungen bestimmten den Blickwinkel, die Problemsicht und die Akzentsetzung des gesellschaftskritischen Weitlingschen Zukunftsmodells. Weitling war noch kein moderner Proletarier.

Im Mai 1841 geht er im Auftrag des Bundes in die Schweiz, wo er unter den

dortigen Handwerkern Einfluss und Anhänger gewann, Bundeszellen und Vereine gründet. Im Vereinsleben sieht Weitling ein Mittel zu der von ihm angestrebten „Aufklärung des Arbeiterstandes“, eine Stätte zur Schulung des sozialen Denkens und des Lernens, sich eine politische Meinung zu bilden und diese zu vertreten. Er errichtet vereinseigene Lokale, in denen Arbeiter und Arbeitslose ein warmes Essen zum Selbstkostenpreis erhalten, aber auch Bücher und

der ausgetretenen Schuhe der deutschen Bourgeoisie, so muss man dem deutschen Aschenbrödel eine Athletenge-stalt prophezeien.“

Mit seiner dritten Schrift „Das Evangelium der armen Sünder“ interpretiert er das Neue Testament kommunistisch. Er belegt die Bibel getreu seine Überzeugung, dass „das Prinzip, welches man kommunistisch nennt, ein uraltes und rein christliches“ ist. Daher lautet sein Fazit: „Die Religion muss also nicht zerstört, sondern benutzt werden, um die Menschheit zu befreien.“ Daraufhin in der Schweiz verhaftet und im Juni 1843 wegen Aufreizung zum Aufruhr und Übertretung des Fremdengesetzes zu Haft und fünfjähriger Ausweisung verurteilt, wird Weitling nach fast einem Jahr Gefängnis im Mai 1844 den deutschen Behörden ausgeliefert und von diesen ausgewiesen. Im August 1844 geht er nach London, wo er als Begründer des deutschen Kommunismus gefeiert wird, aber dennoch bald mit den Londoner Bundesmitgliedern in theoretischen Streit gerät. Anfang 1846 lässt er sich in Brüssel nieder und wird Mitglied von Marx und Engels gegründeten Kommunistischen Korrespondenz-Komitees. Diese versuchen Weitling davon zu überzeugen, dass es nicht genügt, an das Gefühl der Arbeiter zu appellieren, sondern dass nunmehr wissenschaftlich begründete Erklärungen notwendig sind. Als es zwischen



Wilhelm Weitling 1808 - 1871
Das Original des einzig erhaltenen Porträts befindet sich im Internationaal Instituut voor sociale Geschiedenis Amsterdam

Zeitschriften vorfinden.

Im September 1841 gibt er als Bundesorgan die erste deutsche, von Arbeitern für Arbeiter geschriebene kommunistische Monatszeitschrift heraus, zunächst unter dem Titel, „Der Hülfesruf der deutschen Jugend“, später als „Die junge Generation“.

Im Dezember 1842 erscheint sein von den Handwerkern selbst finanziertes theoretisches Hauptwerk „Garantien der Harmonie und Freiheit“, seine unumstrittene Glanzleistung, die zum Besten der vormarxistischen sozialistischen Literatur des 19. Jahrhunderts gehört. In ihm charakterisiert er das Privateigentum als Ursache aller ökonomischen, politischen und moralischen Übel, darunter insbesondere der Krieg, und begründete die Grundzüge einer kommunistischen Gesellschaft der Harmonie und Freiheit auf der Basis sozialer Gleichheit. Karl Marx schreibt, tief beeindruckt von diesem Buch, dass die Bourgeoisie kein ähnliches Werk in bezug auf ihre Emanzipation aufzuweisen habe. „Vergleicht man die nüchterne kleinlaute Mittelmäßigkeit der deutschen politischen Literatur mit diesem maßlosen und brillanten literarischen Debüt der deutschen Arbeiter; vergleicht man diese riesenhaften Kinderschuhe des Proletariats mit der Zwerghaftigkeit

ihnen zum Bruch kommt, geht Weitling nach New York, wo er unter den deutsch-amerikanischen Arbeitern für seine Auffassungen wirbt.

Mit Ausbruch der Revolution von 1848 kehrt er nach Europa zurück und gibt in Berlin die Wochenzeitschrift „Der Urwähler“ heraus. Erneut politisch verfolgt, geht er zurück nach New York, wo er von Januar 1850 bis Juni 1855 die Zeitschrift „Die Republik der Arbeiter“ redigiert. Er propagiert eine Gewerbetauschbank und Produktionsgenossenschaften. Er selbst leitet eine nach seinen Vorstellungen verfasste kommunistische Kolonie, die jedoch scheitert. Resigniert zieht er sich von der Arbeiterbewegung zurück. Seine letzten Lebensjahre verbringt er mit seiner Frau und sechs Kindern in ärmlichen Verhältnissen. Am 25. Januar 1871 stirbt Wilhelm Weitling in New York.

Vieles an Weitlings Kritik, viele gesellschaftlichen Probleme, mit denen er sich auseinandersetzte, sind noch oder wiederum die unsrigen.

• KURT SCHNEIDER

Verfasst unter Verwendung der empfehlenswerten Schrift von Waltraud Seidel-Höppner: „Wilhelm Weitling - Leben und politisches Wirken“. Erhältlich in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Harkortstr. 10, 04107 Leipzig für 2,00 Euro.



Die Sühne für die Reichstagsbrandstiftung

Leipzig, 10. Jan. Die durch Urteil des 4. Strafenats des Reichsgerichts vom 23. Dezember 1933 gegen den Maurer Marinus van der Lubbe aus Leiden in Holland erkannte Todesstrafe ist, da der Herr Reichspräsident von seinem Begnadigungsrechte keinen Gebrauch gemacht hat, heute morgen um 1/8 Uhr in einem Hofe des Landgerichtsgebäudes in Leipzig durch Fallbeil vollstreckt worden.

van der Lubbe heute früh hingerichtet

In der Leipziger Abendpost (2. Ausgabe) vom 10. Januar 1934 schildert eine „Reportage“ minutiös die Tötung mittels Fallbeil in einem Hofe des Landgerichtsgebäudes, obwohl die Presse offiziell nicht zugelassen war.

Faksimile: Fiebelkorn / Quelle LN-Archiv

Die Kontroversen gehen weiter

Zur Auseinandersetzung um den Reichstagsbrand gestern und heute

Es ist schon ein dreiviertel Jahrhundert her, seit vom 21. September bis 23. Dezember 1933 in Leipzig und Berlin der Reichstagsbrandprozess stattfand. Mit ihm verfolgten die deutschen Faschisten das Ziel, eine neue antikommunistische Pogromstimmung zu erzeugen und den Mordterror der SA- und SS-Banden zu legitimieren.

Im Zentrum der Beweisführung gegen die faschistischen Brandstifter stand die mutige Selbstverteidigung des vor dem Leipziger Reichsgericht angeklagten Bulgaren Georgi Dimitroff, der die Hintergründe sowie die politischen Folgen der Brandstiftung enthüllte.

Georgi Dimitroff entlarvte vor der Tribüne des höchsten deutschen Gerichts - mit Göring und Goebbels von Angesicht zu Angesicht konfrontiert - die provokatorische Rolle der Nazi-Führung und löste durch seine mutige Haltung eine breite internationale antifaschistische Solidaritätsbewegung aus.

Dutzende Protestdemonstrationen vor deutschen Botschaften im Ausland, Hunderte politische Meetings, Massenkundgebungen und Versammlungen fanden insbesondere in Europa (Paris, London, Amsterdam, Brüssel, Stockholm, Kopenhagen u. v. a.), aber auch in Amerika und Asien statt. Der Londoner Gegenprozess unter Vorsitz des britischen Kronanwalts D.N. Pritt sammelte Beweismaterial und vernahm zahlreiche Zeugen zur politischen Situation im Umfeld der Brandnacht. Der Untersuchungsbericht, der den dringenden Verdacht einer faschistischen Brandstiftung erhärtete, wurde auch dem Reichsgericht in Leipzig zugestellt.

Zahlreiche antifaschistische Kampfschriften, etwa die beiden „Braunbücher“ über Reichstagsbrand und Hitlerterror bzw. „Dimitroff contra Göring“ oder „Das Fanal“ von Ernst Fischer, waren den Nazi-

Brandstiftern auf der Spur. Auch wenn solche Publikationen, die Zeugnisse des antifaschistischen Kampfes waren, nicht den Anspruch auf eine letzte juristische Beweisführung erheben konnten, legten sie eine eindeutige Indizienkette gegen die faschistischen Brandstifter vor.

Selbst der Konsul der USA in Leipzig, Ralph C. Busser, jeglicher Sympathien mit Kommunisten unverdächtig, übersandte dem State Departement im Februar 1934 einen analytischen Bericht, „The Riddle of the Revolution“, der einen Schuldspruch über die Nazis fällte und die allgemeine Auffassung durch eine politische Analyse und eigene Recherchen belegte, dass nur die Faschisten die Urheber des Reichstagsbrandes sein konnten.

Die Tatsache der faschistischen Brandstiftung im Reichstag, bei welcher der Holländer Marinus van der Lubbe die Rolle eines missbrauchten Werkzeugs gespielt hatte, war auch allgemeine Erkenntnis der Geschichtswissenschaft. Solche deutschen Historiker wie Walther Hofer, Eugen Kogon, Karl-Dietrich Bracher und Golo Mann haben die faschistischen Brandstifter entlarvt. Ernst Fischer wertete den Reichstagsbrand als „Fanal“ für die künftige faschistische Kriegsbrandstiftung, ganz abgesehen von späteren Veröffentlichungen der DDR-Historiker.

Auch in den 50er und 60er Jahren hielten weiterhin seriöse westdeutsche Forscher an der Urheberschaft der Nazis am Reichstagsbrand fest, so Robert Wolff und Hans Schneider, der letztgenannte zunächst sogar vom „Münchener Institut für Zeitgeschichte“ (IfZG) mit weiteren Recherchen beauftragt, ehe der Druck seines Manuskripts einer Intrige des Instituts zum Opfer fiel, wobei der damalige Direktor Helmut Krausnick und der Historiker Hans Mommsen eine sehr unschöne Rolle spielten.

Mommsen trug der Institutsleitung an,

eine Veröffentlichung des Manuskripts von Schneider zu verhindern. Das Institut müsse daran interessiert sein, dass eine solche Publikation, die an der Urheberschaft der Nazis an dieser Brandstiftung festhalte, „aus allgemein-politischen Gründen ... nicht wünschenswert und zu verhindern sei“, weshalb gegen Schneiders Vorhaben „rasch und energisch alle Druckmittel einzusetzen sind“ - etwa ein Abfindungshonorar, eventuell ein Nutzungsverbot für das Institutsarchiv, Regressforderungen für Dienstleistungen des Instituts, oder auch Denunziationen bei der zuständigen Schulbehörde, dem Dienstherren Hans Schneiders.

Demgegenüber unternahm es Mommsen selbst, in einem späteren Beitrag für die „Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte“ die offiziöse Position des Instituts für Zeitgeschichte zum „Reichstagsbrand und seinen Folgen“ kundzutun sowie der absurden „Alleintäterthese“ von Fritz Tobias zustimmend beizustehen. Danach sei van der Lubbe der alleinige Brandstifter gewesen, was erstaunlich schnell Eingang in die Schulbücher der Bundesrepublik fand - als vermeintlich „endlich gefundene Wahrheit“.

Diese Position dominiert die westdeutsche Publizistik im wesentlichen auch heute noch, obwohl deren Inspiratoren und Hintermänner als alte Nazi-Seilschaften längst entlarvt sind, nämlich die geheimdienstlichen resp. polizeilichen Nazi-Beamten Zirpins, Gisevius, Diels u. a., während die Quellenbasis von Tobias, der sich eben darauf stützt, diesbezüglich ziemlich einseitig und ziemlich armselig ist.

Natürlich gab es auch öffentlichen Widerstand gegen die Alleintäterthese von Tobias, so vom „Internationalen Komitee zur Erforschung der Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkrieges“, dem sog. „Luxemburg-Komitee“, geleitet von Pierre Gregoire, das 1972 und 1978 zwei Dokumentenbände herausgab: „Der Reichstagsbrand.

Eine wissenschaftliche Dokumentation“ und „Der Reichstagsbrand - die Provokation des 20. Jahrhunderts“. Hier wurden alte wie neue Belege für die Schuld der Nazis an der Brandstiftung vorgelegt.

Die dezidiert antifaschistischen Positionen des „Luxemburg-Komitees“ fanden freilich angesichts der Woge des Geschichtsrevisionismus in der BRD keine Gnade; sie waren vielmehr dem lautstark vorgebrachten Verdacht ausgesetzt, „kommunistisch unterwandert“ zu sein. Das war gegenüber solchen Leuten wie Walther Hofer, Edouard Calic, Christof Graf, Karl Stephan und Friedrich Zipfel, die hinter der Dokumentation standen, ein gleichermaßen geschmackloser wie unhaltbarer Vorwurf.

Erstmals veröffentlichte die „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler“ unter Federführung des Bundesverwaltungsrichters Dieter Deiseroth im Jahre 2004 das bisher im IfZG München sekretierte Manuskript von Hans Schneider „Neues vom Reichstagsbrand“ und zwar in der seriösen Schriftenreihe „Wissenschaft in der Verantwortung“, zusammen mit analytischen Beiträgen von Iring Fetscher, Dieter Deiseroth, Hersch Fischler und Wolf-Dieter Narr, die unter verschiedenen Aspekten die politische Funktionalisierung des Reichstagsbrandes und die Manipulation bisheriger „Untersuchungen“ zur Brandstiftung enthüllten.

Am 9. Dezember 2003 fand im Gebäude des Leipziger Reichstags heute Bundesverwaltungsgerichts eine vom BVG einberufene Veranstaltung mit einerseits Hersch Fischler und Alexander Bahar sowie andererseits mit Hermann Graml (IfZG) und dem Schriftsteller Erich Loest statt, die nochmals ihre unterschiedlichen, zum Teil diametralen Ansichten bezüglich der Brandstiftung im Reichstag vortrugen. Dabei fielen die kriminologisch neuen Recherche-Details von Fischler und Bahar, das Lavieren des Münchener Hermann Graml und die schlicht unseriöse und antikommunistische Position von Loest auf, der zwar den Tagebüchern von Goebbels Beweiskraft zugestand, dagegen den Braunbüchern jede Beweiskraft absprach. Auch Fritz Tobias und Hans Mommsen waren zu der öffentlichen Veranstaltung in Leipzig eingeladen, sagten aber beide ab.

Dem Bundesverwaltungsgericht gebührt das Verdienst, diese Gegenüberstellung am historischen Ort herbeigeführt zu haben, vielleicht auch zur nachträglichen Abgrenzung vom damaligen Urteil des Reichsgerichts.

Schließlich erschien 2006 der wiederum von Dieter Deiseroth, namhafter Richter am BVG, herausgegebene Band „Der Reichstagsbrand und der Prozess vor dem Reichsgericht“, der die erweiterten Beiträge vom Hermann Graml, Hersch Fischler und Alexander Bahar auf der Leipziger Veranstaltung sowie ergänzende Aufsätze von Ingo Müller, Dieter Deiseroth und Reinhard Stachwitz umfasst, die neue detaillierte Beweise enthalten, mit denen die sog. „Alleintäterthese“ erneut ad absurdum geführt wird.

Der Beitrag von Erich Loest, der schon im Leipziger Forum wenig Sympathien fand, wurde zum Glück in diese seriöse Publikation nicht aufgenommen.

Neuigkeiten im Sport? Zum Beispiel: Die Sportschuhfirma adidas hat sich den Vertrag über die Ausrüstung der russischen Fußballnationalmannschaft gesichert! Und in dem neuen Dress und den Dreistreifen-Schuhen gewannen die Russen ihr WM-Qualifikationsspiel gegen Wales mit 2:1. Außer den Walisern können also alle zufrieden sein: Die Russen mit dem Resultat und auch mit dem Geld, das künftig aus Herzogenaurach nach Moskau fließt - Eingeweihte wollen wissen, dass es sich um rund 50 Millionen Euro im Jahr handeln soll - und die adidas-Bosse mit der Werbung, die sie künftig mindestens 90 Minuten hintereinander im Fernsehen präsentieren können. Wer wissen will, was Globalisierung ist, kann es hier lernen: Schalke spielt im Dress von Gazprom und die Russen in drei Streifen.

Zugegeben: Es gibt natürlich auch noch andere Sport-Nachrichten. Ein renommierter Hamburger Profi-Boxstall hat seinen Cheftrainer gefeuert. Niemand weiß warum. Vielleicht ist auch das gar nicht so wichtig.

Über Peking wird immer noch intensiv geredet. Über die grandiosen Spiele, die die Chinesen arrangierten und denen brillante Spiele für die Behinderten folgten. Sogar Bundespräsident Köhler ließ seine Bundeswehmaschine auftanken - bei den Kerosinpreisen... - und flog noch in die chinesische Hauptstadt. Die Chinesen erwiesen sich als unübertreffliche Gastgeber, denn sie fragten ihn nicht einmal, was er mit der Bemerkung über "China und Tibet" bei der Verabschiedung der deutschen Olympiamannschaft gemeint haben könnte, dieweil Tibet doch in China liegt. Nein, sie hatten es schlicht überhört, auch das können die Chinesen.

Hierzulande aber hörte man mit dem Medien-Feldzug gegen China auch nicht auf, als die Spiele längst vorüber waren.

Ein gewisser Justus Krüger mailte 48 Stunden nach dem Erlöschen des olympischen Feuers einen "Nachtritt" an die "Berliner Zeitung" und die druckte ihn auch prompt. Nämlich: "Frau Ouyang gehört zum Nachbarschaftskomitee in der Chrysanthemengasse. ... Von ihrem Beobachtungsposten aus hat die gestrenge Großmutter das Geschehen auf der Kreuzung fest im Blick ... Zwei Wochen hat China ein Spektakel ohnegleichen in Szene gesetzt. Die minutiös durchgeplante Schau - eine Parade, die unter dem Titel Best of Totalitarismus hätte laufen können - war beeindruckend. Doch jenseits der grandiosen Imponierarchitektur war von Chinas Hauptstadt ebensowenig zu sehen, wie vom Alltagsleben ihrer Bewohner. ... Auch die Öffentlichkeit war im Grunde nicht erwünscht. Die Behörden forderten die Pekinger gar auf, während der Veranstaltungen zu Hause zu bleiben. ... So still wie während der Spiele war es in der Metropole nie. ... denn es ging ja nicht um ein Fest für Peking. Ziel war

eine perfekt gestylte Medienschau, um die Fernsehbevölkerung zu Hause und im Ausland zu beeindrucken. ... Bei den Olympischen Spielen in der eigenen Stadt blieben die Bürgersteige hochgeklappt."

Der Mann muss irgendwo durch die Wüste Gobi spaziert sein und die "Berliner Zeitung" muss einen schwarzen Tag gehabt haben, als sie das druckte. Vergeblich suchte ich in

Tungs und überhaupt nicht geöffnet. Jetzt war ich an den verschiedensten Orten, in Stadtteilen und auf Märkten, wo man nur Chinesen trifft, habe mit chinesischen Studenten diskutiert, die mir frei ihre Meinung gesagt haben - auch zu schwierigen politischen Fragen. Jeder von ihnen hatte Internetzugang und auch Kontakte ins Ausland. Ich sehe die Entwicklung absolut positiv und sie wird auch nicht mehr gestoppt werden können. Deswegen stehe ich ganz klar hinter dem IOC und sage, es war hundertprozentig richtig, die Spiele dorthin zu vergeben. ... Kritik an der chinesischen Führung ist natürlich erlaubt, aber ich meine, sie muss in einer angemessenen Weise stattfinden."

Bleibe noch die Frage: Sind noch Fragen?

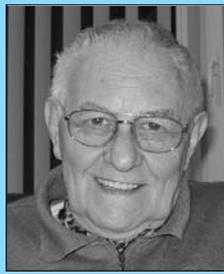
Ja, einige werden augenblicklich sehr intensiv in Deutschland diskutiert. Damit wir uns nicht missverstehen: Ich gehörte zu denen, die in der DDR die Idee durchsetzten, jeweils in den letzten Tagen der Spiele einen Empfang für Medaillenlose zu arrangieren und habe nicht einen dieser Empfänge versäumt. Hätte indes die BRD diese DDR-Erfindung übernommen, hätte sie in Peking einen recht großen Saal mieten müssen. Mit einer einzigen Leichtathletikmedaille von den Spielen zurückzukehren, ist immerhin seit 104 Jahren in Deutschland nicht geschehen und vor 104 Jahren waren die Bedingungen zudem schwieriger als heute, denn man hatte kein Geld für die Schiffsreise nach St. Louis und ließ deshalb vornehmlich Auswanderer starten. Und weil man mit solchen Ergebnissen bei aller Zurückhaltung und Achtung auch vor Medaillenlosen nicht zufrieden ist, wird jetzt "aufgeräumt". Trainer werden gefeuert - nicht nur bei den Profi-Boxern - und neue "Sportdirektoren" in vielen Verbänden engagiert.

Die Ruderer sprangen über alle Hürden und engagierten als neuen Cheftrainer einen - aus der DDR. Der war lange in Deutschland nicht gebraucht worden, führte US-amerikanische Ruderinnen zu olympischen Medaillen und muss in China noch kündigen, wohin man ihn als Nachwuchstrainer geholt hatte. Bislang waren solche Wechsel mit enormem Risiko verbunden, weil spätestens nach drei Tagen jemand auf der Bildfläche erschien und "Hinweise" lieferte, dass der Betreffende beim MfS engagiert gewesen war oder rundum Pillen verteilt hatte. Hartmut Buschbacher aber widmete sogar die "Frankfurter Allgemeine" einen lobreichen Artikel und - kaum zu glauben - zitierte ihn sogar mit solchen Erklärungen: "Um den Erfolg zu organisieren, braucht man eine klare Vision und einen klaren Plan!" Und dann - bitte anschnallen! - der Satz: "Vom ich zum wir' kündigt er an." Und um das Maß für den Leser von "LN" vollzumachen, wird auch noch mitgeteilt, dass er "an der Deutschen Hochschule für Körperkultur und Sport in Leipzig ausgebildet" wurde.

Erlaubt sich der Autor zu fragen: "Deerfen die das schreim"?

Sportkolumne

„Deerfen die das...?“



Von KLAUS HUHN

dem Blatt die Aussage eines Mannes, der zweifellos sachkundiger ist als Krüger: Willi Lemke, von 1981 bis 1999 Manager des Bundesligafußballklubs SV Werder Bremen, danach bis 2007 Senator der Bremer Bürgerschaft - erst für Bildung und Wissenschaft, dann für Inneres und Sport - und seit 2008 Sonderberater der UN für Sport, mit Sitz beim UNO-Generalsekretär in New York. Der erklärte der FAZ (Net 22.8.2008): "Diese Olympischen Spiele ... waren grandios. ..." Lemke entging natürlich der FAZ-Frage nicht: "Mit den Spielen in China verband sich eine innenpolitische Entwicklung des Landes. Sie waren gerade zwölf Tage in Peking, haben sich die Hoffnungen aus ihrer Sicht erfüllt?" Die Antwort war präzise: "Die Spiele haben eine immense innenpolitische Wirkung. Ich konnte jeden Tag erleben, wie stolz die Chinesen waren. Es gab eine ungeheure Zahl an freiwilligen Helfern, deren Stolz ich gespürt habe. Alles war perfekt organisiert. Diese Spiele haben das Selbstbewusstsein Chinas unheimlich gesteigert. ... Vor 22 Jahren war ich das letzte Mal in China mit Werder Bremen. Ich habe dieses Land nicht wiedererkannt. Damals war es das graue China Mao Tse-

SinnBILDlich
LEIPZIGS NEUE UNTERWEGS



17. 7. 2008

Wer wagt, gewinnt ... und sprießt in Grünau gegen harten Widerstand ...



30. 7. 2008

Aller grünen Dinge sind nach kurzer Zeit drei ... gegen härtesten Widerstand ...



14. 8. 2008

Jeder Wald hat mal klein angefangen ... gegen allerhärtesten Widerstand ...

Puhdys Irrtum: Alt wie ein Baum (64 Tage) möcht' ich nicht werden...

Vorsicht vor beginnendem Schilder-Wald ... da führt ein Amt was im Schilde



5. 9. 2008

Es ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Goethe: Dichtung und Wahrheit.

Grün ist besiegt ... so scheint es ... Nur: Misstraut dem schnellen Resultat!



18. 9. 2008

Man solle doch mal „nachriechen“ ...

Wer heutzutage in Leipzig und Umgebung unterwegs ist, der sieht sicherlich nicht nur die Industrieruinen, die der D-Mark Durchzug hinterlassen hat, auf denen die blühenden Unkraut-Landschaften prächtig gedeihen, sondern auch die wenigen Betriebe die noch arbeiten. Stünden diese Betriebe im Westen der Republik, wären nicht nur die Arbeitskräfte zu teuer, sondern auch den nahen Einwohnern die Luft zu vergiftet.

Eines der mysteriösen Unternehmen ist die Gießerei in der Merseburger Straße. Seit Jahren schon pustet in der Leipziger Umgebung entweder eine große Heizungsanlage oder eben jene Gießerei ihren Giftmüll in die Luft. Auch die SERO-Anlage käme als Verursacher in Frage. Beim Umweltamt gibt man ja zu, es würde sich um ein Problem handeln, aber erstens würden die Abgase überwacht, zweitens sei es erlaubt, im Jahr eine gewisse Anzahl Stinkestunden (Geruchsbelästigung! Nicht Giftgas!) zu absolvieren und drittens, wenn der Betrieb den aktuellen technologischen Standart einhielte, man die Belästigung (die ein Reiz- und Giftgas ist) hinnehmen müsste. Wer die Messungen vornimmt, was gemessen wird, wie oft und an welchem Standort, bleibt Verschlussache des hiesigen Umweltamtes. Vielleicht ist ja auch eine sogenannte Selbstverpflichtung, also eine geheimnisvolle durch gegenseitige Interessen verfilzte Absprache zwischen Politik und Unternehmen.

Ein Vertreter des Regierungspräsidiums, der sich mal die Sache vor Ort ansehen wollte, meinte auf die Frage nach Messungen der Luftvergiftung, „was das kostet“. Und dieser Satz umreißt das Problem. Unternehmen wissen, dass die Stadt kein Geld für Bürgerinteressen hat, sondern nur für einen Wahnsinnstunnel und machen was sie wollen. Werden sie doch mal bei einer Spitzenleistung der Umweltvergiftung erwischt, ist es ohnehin nicht mehr als ein Kavaliersdelikt. Eventuelle Strafen zahlen sie doch locker aus der Portokasse des Gewinns, der in einem Land wo man bestenfalls nur die Hälfte des im Westen üblichen Lohnes und Sozialbeitrages zahlt, üppig sprudelt.

Im Gegenteil, wendet man sich an das Umweltamt, wissen die natürlich von nichts. Man solle doch noch mal in der Gegend „nachriechen“, ob die Gießerei wirklich in Frage kommt, erklärt die Mitarbeiterin und bringt zum Ausdruck, eigentlich fühle sie sich belästigt. Selber in irgendeiner Art und Weise aktiv zu werden und zu kontrollieren, ist beim Umweltamt nicht vorgesehen. Wenn sich keiner findet der sagt, wer und was die Umwelt vergiftet, sieht sich die Behörde außerstande etwas zu tun.

Noch die Schlussfrage: Braucht eine Stadt, die bis zum Hals in Schulden steckt, ein solches Amt mit solchem Personal?

JOCHEN SINGER, Leipzig



Foto:Märker

„Aufbruch“ am neuen Standort Jahn-Allee montiert

Unser Leser GÜNTHER RÖSKA aus Leipzig schrieb dazu u.a.:

Vor 190 Jahren wurde Karl Marx geboren. Sein wissenschaftliches Verdienst besteht vor allem in zweierlei Hinsicht, er entdeckte das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte und mit der Mehrwert-Theorie das spezielle Bewegungsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise. Anstatt nun seine geniale Leistung zu würdigen, befassten sich eini-

ge Leipziger „Helden“ seit geraumer Zeit damit, ihn zu verunglimpfen.

„Aufbruch“ wurde nun wieder – trotz aller Widerstände der Marx-Gegner einer Öffentlichkeit zugänglich gemacht – freilich weit weg von der Innenstadt. Das imposante Kunstwerk konnte aber nicht aus der Welt geschafft werden.

Was die Marx-Verächter jedweder Couleur auch immer anstellen mögen, eines ist unbestritten: Marx ist unbesiegbar.

Angemerkt:

„Ihr seid die Einzigen, die so lange und so engagiert durchgehalten haben. Schön, dass man LEIPZIGS NEUE auch weiterhin lesen kann ...“

Hans Modrow am 29. 8. in Leipzig



Tempo 100 mit viereckigen Rädern ...

1961 feierten wir auch in Leipzig Juri Gagarin als ersten Menschen im All. Valentina Tereschkova besuchte Leipzig als erste Kosmonautin. Auch German Titow wurde auf dem Karl-Marx-Platz von über 200 000 Leipzigern stürmisch gefeiert.

Doch nun zum eigentlichen Thema:

Erst kürzlich begingen wir den 30. Jahrestag, dass Sigmund Jähn als erster Deutscher, gemeinsam mit Waleri Bykowski in einem sowjetischen Raumschiff die Erde umkreiste. Ich lernte Jähn bei einem Vortrag vor der Geographischen Gesellschaft kurz nach seinem Flug in den Kosmos kennen. Seine Bescheidenheit, sein sicheres und weltoffenes Auftreten und seine körperliche und wissenschaftliche Leistung ist erst kürzlich in den Medien geschildert worden. Ich kann mir dazu weitere Bemerkungen sparen.

Nach Ende der Veranstaltung saß ich damals neben ihm bei Mittagessen und fragte ihn nach seinem Gefühl beim Start. Er schmunzelte und antwortete: „Du musst Dir vorstellen, Du fährst mit dem PKW auf der Autobahn mit ca 100 Stundenkilometern. Das Auto hat aber viereckige Räder. So war mir in der Anfangsphase des Startes zu Mute. Dabei war diese Phase von einem unheimlichen Krach begleitet. Als die Rakete sich jedoch aus der Erdatmosphäre gelöst hatte, kam die absolute Stille des Weltalls. Ein überwältigendes Erlebnis...“

K.-H. BLAUROCK 04107 Leipzig

Hurrican über Cuba

Anfang September stürmten zwei Hurrikane über Cuba hinweg. „Gustav“ von der Karibik und der noch gewaltigere „Ike“ vom Atlantik. Wir kennen noch nicht das Ausmaß der Schäden, müssen jedoch – was auch die Stadt Matanzas betrifft und den von Leipzigern betreuten Kindergarten „Estrellitas Nazientes“ (aufgehendes Sternchen) – große Schäden befürchten. Am Vormittag des 9. September meldeten deutsche Nachrichtensender die Weiterführung der Wirtschaftsblockade durch die USA, auch Deutschland beteiligt sich daran. Der kubanische Botschafter in der BRD berichtete engagierten Cuba sí-Helfern, dass die deutsche Wirtschaft einen Handelsvertrag über dringend benötigte Medikamente boykottiert. Die Insel braucht unsere Solidarität.

Zur Unterstützung der Betroffenen führt die AG Cuba sí

am 8. Oktober von 15.00 bis 18.00 Uhr im Hof des Liebknecht-Hauses eine Spendensammlung durch.

Dringend benötigt werden: Medizinische Hilfsgüter, Bettwäsche, Decken, Hygienemittel, Arbeitsbekleidung und -geräte, Fahrräder, mechanische Haushaltsgeräte.

JOACHIM SPITZNER, Leipzig

Leser über LN 14'08

Die LN-Monatszeitung ist gelungen. Aber warum fehlt ihr das kräftige Rot auf der Titelseite?

ERICH KÖHN, 04347 Leipzig

Ich finde, dass die Qualität und inhaltliche Aussagekraft der Zeitung spürbar gestiegen sind.

ERICH ROTT, 68519 Viernheim

Die Vielgestaltigkeit der Beiträge hat mit nunmehr 24 Seiten noch zugenommen. Es ist eine riesige Arbeitsleistung, den Übergang so gut gemeistert zu haben.

FAMILIE GÜNTHER HARTMANN,
17033 Neubrandenburg

Bitte auch künftig darauf achten, dass es nicht zuviel überlange Beiträge gibt.

JUTTA HAFERKORN, 04105 Leipzig

Mir gefällt die „neue Version“ recht gut.

HELMUT BRÄUER, 04157 Leipzig

Ich gebe mein LN-Exemplar jeweils an andere Leser weiter. Auch diese sind der Meinung, dass es ein Verlust gewesen wäre, das Erscheinen der Zeitung einzustellen. Desto größer war die Freude, als sie wieder im Briefkasten lag. Inhaltlich gibt es meines Erachtens keinen Bruch zur alten Zweiwochenzeitung. Auffallend war aber die etwas blasse Farbe, aber das könnte dem Papier, dem Druck oder auch den Kosten geschuldet sein.

HORST LOOS, 99097 Erfurt

Wir werden auch künftig nicht auf das kräftige Rot verzichten und hoffen, dass es mit dieser Nummer bereits gelingt. Leider täuschen manchmal die Seiten auf dem Computer einen etwas anderen Farbeindruck vor. So richtig sehen wir es auch erst, wenn wir das Zeitungspapier in den Händen halten.

Die Redaktion



Vielgefragt während des Liebknecht-Haus-Hof-Festes auch der Buchbasar von LN. Redaktionsmitglied Helmut Ulrich (links) war dabei gut im Geschäft. Vielen Dank den Spendern!

Foto: Fiebelkorn

Die auf dieser Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Diskussionsbeiträge müssen nicht der Meinung des Herausgebers entsprechen. Die Redaktion

Rosa Luxemburg

☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Sonnabend, 4. Oktober, 10–18 Uhr, Berlin
Kolloquium: *Politikum Geschichte – Die Rolle der Geschichte in den öffentlichen politischen Diskussionen*. Mit Prof. Dr. Anneliese Braun, Prof. Dr. Günter Benser, Prof. Dr. Helmut Meier, Dr. Rainer Zilkenat, Holger Hübner, Prof. Dr. Alfred Loesdau, Dr. Stefan Bollinger und Prof. Dr. Mario Kessler. Veranstalter: Gesellschaftswissenschaftliches Forum e. V. Berlin und Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

Museum Lichtenberg, Türschmidtstr. 24
Dienstag, 7. Oktober, ab 14 Uhr, Chemnitz
Der Künstler Gunter Demnig setzt die Verlegung der Stolpersteine in Chemnitz fort. Ein Projekt der Stadt Chemnitz in Zusammenarbeit mit Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten Chemnitz und Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Orte und Zeiten entnehmen Sie bitte der Tagespresse

Dienstag, 7. Oktober, 18 Uhr, Leipzig
Lesung und Gespräch: *Einfach leben, – hüben wie drüben*. 24 Lebensberichte aus Ost und West. Mit der Autorin Prof. Dr. Erika Maier, Berlin. ***
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Dienstag, 7. Oktober, 19 Uhr, Chemnitz
Buchvorstellung: *Wäre es schön? Es wäre schön! Mein Vater Rudolf Herrnsdorf*. Mit der Autorin Irina Liebmann. In Zusammenarbeit mit der VHS Chemnitz ***

Kulturkaufhaus DASStietz, Moritzstr. 20
Mittwoch, 8. Oktober, 19 Uhr, Dresden
Vortrag und Diskussion: *LINKS-Programm im Diskurs*. Mit Prof. Dr. Michael Brie, Berlin.
Kulturhaus Dresden, Königstr. 15

Donnerstag, 9. Oktober, 16 Uhr, Zittau
Buchvorstellung und Gespräch: *Die Liebknechts, Karl und Sophie – Politik und Familie*. Mit Prof. Dr. Annelies Laschitzka, Berlin.

Abgeordnetenbüro Ilja Seifert, Äußere Weberstr. 2
Donnerstag, 9. Oktober, 18 Uhr, Leipzig
Buchvorstellung und Gespräch: *Das Geld des Che*.

Mit dem Autor Hans-Volkmar Gaitzsch, Taucha Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10
Sonnabend, 11. Oktober, 10 – 17 Uhr, Leipzig
Kolloquium: *Wirtschaft und Moral – Zu den sozialistischen Grundlagen einer linken Gesellschaftspolitik*. Mit Prof. Dr. Christa Luft, Berlin, Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, Frankfurt am Main, Prof. Dr. Wolfgang Kuhlmann, Hergenrath (Belgien) und Prof. Dr. Karl-Georg Zinn, Wiesbaden. Anmeldung erbeten, Teilnehmerbetrag 5 Euro
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Mittwoch, 15. Oktober, 19 Uhr, Leipzig
Buchvorstellung, Vortrag und Diskussion: *Kritik mit Methode? – Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik – Möglichkeiten und Grenzen kritischer Wissenschaften*. Mit Dr. Peter Ullrich, Kulturwissenschaftler/Soziologe, Uni Leipzig
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Mittwoch, 15. Oktober, 19 Uhr, Dresden
Vortrag und Diskussion: *Gentrification – die „Vertriebung aus dem reichen Herz der Städte“*. Mit Dr. Andrej Holm, Berlin.
WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 16. Oktober, 17.30 Uhr, Leipzig
Zyklus „75 Jahre Errichtung von KZ in Deutschland“. *Vorstellung des BdA-Projekts zum Massaker in Abnaundorf*. Mit dem Projektleiter Dr. Karl-Heinz Rother. In Zusammenarbeit mit BdA Leipzig und Erich-Zeigner-Haus e. V.
Erich-Zeigner-Haus, Zschochersche Str. 21

Donnerstag, 16. Oktober, 18 Uhr, Chemnitz
Dokumentarfilm und Gespräch: *Deutschland – Endstation Ost*. (1964), Regie Frans Buyens. In Zusammenarbeit mit Rothaus e. V. und dem Deutschen Freidenkerverband.
Rothaus e. V., Lohstr. 2

Sonnabend, 18. Oktober, 10–18 Uhr, Leipzig
VIII. Rosa-Luxemburg-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen: *Leo Kofler und Wolfgang Abendroth. Die sozialistische Linke und 1968*. Mit Prof. Dr. Volker Caysa, Köngernheim; Dr. Gregor Kritidis, Hannover; Dr. Richard Heigl, Regensburg; Dr. Andreas Diers, Frankfurt am Main; Dr. Christoph Jünke, Bochum; Prof. Dr. Hans-Martin Gerlach, Leipzig. Anmeldung bis 30. September erbeten, Teilnehmerbeitrag: 5 Euro.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.
Die Veranstaltungen sind öffentlich.

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im Oktober neu bei uns:

Florian Havemann: *Havemann*. Suhrkamp, 28 Euro

Ottmar Schreiner: *Die Gerechtigkeitslücke*.

Wie die Politik die Gesellschaft spaltet. Propyläen, 19,90 Euro
Peter Ensikat: *Populäre DDR-Irrtümer. Ein Lexikon von A - Z*. edition q, 19,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus!

In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Unsere Genossin Irmgard Leitert feierte am 11. September ihren 84. Geburtstag.

Wir gratulieren nachträglich und wünschen dir, liebe Irmgard, für das neue Lebensjahr alles erdenklich Gute.

Deine Genossinnen und Genossen der Basisgruppe Löbzig II der Linkspartei

Unsere Genossin Monika Linke begeht am 29. September ihren 70. Geburtstag

Wir gratulieren herzlichst und wünschen dir, liebe Monika, für das neue Lebensjahr alles erdenklich Gute.

Deine Genossinnen und Genossen der Linkspartei-Basisgruppe Löbzig II

die linke auf den punkt gebracht.



im abo. im internet. am kiosk.

Ja, ich will die Tageszeitung *junge Welt* drei Wochen unverbindlich testen. Das Testabo endet automatisch.

Ich habe das Probeabo empfohlen:

Name/Vorname Leipzigs Neue

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Telefon E-Mail

Datum/Unterschrift

Datum/Unterschrift

Bitte beachten Sie beim Testabo, daß eine optimale Bearbeitung nur möglich ist, wenn Ihre Telefonnummer (und gegebenenfalls auch Ihre E-Mail-Adresse) angegeben ist. Wir garantieren, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.

Belieferung beginnt ab Montag, den:

Coupon einsenden an Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin oder faxen an die 0 30/53 63 55-44

Reise zum Sächsischen Landtag

Die Abgeordnete der Linksfraktion, **Cornelia Falken**,

lädt interessierte Bürger zu einem ganztägigen Besuch des Sächsischen Landtages

am **16. Oktober 2008** ein. Fahrkosten und ein Mittagessen werden durch die Abgeordnete übernommen.

Interessierte Bürger melden sich bitte telefonisch unter (0341) 2114140 oder per E-Mail cornelia.falken@slt.sachsen.de

Cineding

Leipzig, Karl-Heine-Str. 83

Söldner - Ein Beruf mit Zukunft (GLOBALE08) Dokumentation mit anschließender Diskussion: **1. 10., 20 Uhr.**

Sankt Pauli: Rausgehen - Warmmachen - Weghauen (Dokumentation): **2. bis 4. 10., 20.15 und 22.30 Uhr; 5. bis 7. 10., 20.15 Uhr.**

Kinder, wie die Zeit vergeht (Dokumentation): **2. bis 5. 10., 20.15 Uhr.**

Hier Bio - dort Tod: Vom Sterben des Orang Utan (Dokumentation) **8. 10., 20 Uhr.**

Heimatkunde (Dokumentation): **9. bis 18. 10., 20.15 und 22.30 Uhr**

Deutscher Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

23. 10., 16.30 Uhr: Neue Religiosität und neuer Atheismus - weltanschauliche Konfrontation oder mehr? Vortrag von Dr. phil. habil. Horst Schild, Dresden.

ISOR e. V.

Beratungen für Rentner und angehende Rentner, ehemaliger Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenstrafrecht bedroht sind. Sprechstunden: jeden vierten Mittwoch, 16–17 Uhr, im Stadtteilzentrum Messesmagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Initiative Christliche Linke

13. 10., 18 Uhr, Gemeindefaal der Nikolaikirche Leipzig, Dr. Christel Hartinger, Vortrag: *Maxi Wander und die Leipziger Literaturszene*.

melodie & rhythmus

Aus unser Reihe

MUSIK AUS OSTEUROPA

lesen Sie in den kommenden Ausgaben alles über alte Helden und junge Wilde aus Polen, Serbien u.v.a.



Ab 25.09.
am Kiosk
erhältlich!

**ROSENSTOLZ**

Die Suche geht weiter.

AUSSERDEM IM HEFT:

Tomte, Mick Fleetwood, The Rasmus, Barbara Thalheim, Klaus Lage, Lift

www.melodieundrhythmus.com

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:
LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
evtl. Telefon
e-mail-Adresse

**ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR.
des Werbers* bzw. Geschenkgebers***

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer
Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort

- Probe-Abo (3,00 Euro für ein Vierteljahr)
 Normal-Abo (10,80 Euro im Halbjahr)
 Studierenden-Abo (10,80 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
 Internet-Abo (15,00 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis:

- Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5,00 Euro.

- Ich bitte um Rechnung

- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut
BLZ
Kontonummer
Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint monatlich und wird über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor Bezugsende** in der Redaktion kündigt.

Die Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen trauern um ihren Vereinsfreund

Prof. Dr. Ernst Springer

23. Februar 1922 23. August 2008

Wir trauern um einen aufrechten Antifaschisten, der in der Zusammenarbeit von VVN/BdA und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen entscheidende Impulse gegeben hat.

Für den Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
Dr. Monika Runge, MdL Vorsitzende Prof. Dr. Klaus Kinner Geschäftsführer

Mit Trauer und Achtung gedenken wir
unseres Genossen

Werner Golde,

ehemaliger Vorsitzender der BO Lößnig,
sowie der ABI und der Volkssolidarität, der im 84.
Lebensjahr verstorben ist.
Sein Beitrag zum Sozialismus bleibt unvergessen.

Vorstand der BO Lößnig III der Linkspartei

Leipzigs
NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
V.i.S.P.: Michael Zock

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de

Sprechzeiten: Dienstags von 10:00 bis 12:00 Uhr

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen,
Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtner-
straße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Einzelpreis: 2,00 Euro,
im Abonnement halbjährlich (für 6 Ausgaben): 10,80 Euro

Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG Neubrandenburg

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der
Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt einge-
sandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. September 2008

Die nächste Ausgabe erscheint am 24. Oktober 2008

Naturschönheiten
im Gohliser Sozialcafé
„Blickwinkel“



MARITTA BRÜCKNER lädt am 7. Oktober ab 16.30 Uhr zu ihrer Vernissage in das Café „Blickwinkel“ in die Gohliser Natonekstraße 2 (Hintereingang) ein. Intensive Naturbetrachtungen und -schönheiten erwarten die Besucher. Zeit zum Schauen und Kaufen ist in den Räumen bis Ende November gegeben.

Mehdorn auf's Abstellgleis!

Gedanken während einer Zugfahrt

Es ist wohl wahr: Fast alles wurde oder wird teurer. Warum also sollten Meh-dorn & Co. diesmal die Bahnkunden verschonen? Die unterschiedlichsten, undurchsichtigen und wegen zahlreicher Einschränkungen nur bedingt attraktiven Sparangebote können nicht darüber hinweg täuschen, dass Bahnfahrten seit 2004 um rund 23 Prozent teurer geworden ist – Tendenz steigend. Zumindest gegen ein empörendes Ansinnen waren die vielseitigen Proteste lautstark genug – gegen den geplanten Bedienzuschlag: Nach ursprünglicher Ankündigung sollte es 2,50 Euro Service-Gebühr (nicht etwa pro Fahrschein, sondern pro Strecke!) kosten, wenn man den Fahrschein nicht im Internet oder am Automaten kauft, sondern am Fahrkartenschalter (sorry, wie altmodisch! – es heißt ja heutzutage: Counter); für den Kauf einer Hin- und Rückfahrt hätte man dann also fünf Euro zusätzlich berappen müssen. Ein typischer Trend unserer heutigen Gesellschaft: Favorisierung von Automaten, Reduzierung persönlicher Serviceleistungen und damit menschlicher Kontakte. Wenigstens in diesem speziellen Fall musste die Bahn (vorläufig?) einen Rückzieher machen. Verfrühter Jubel darüber, dass hier mal Demokratie funktio-

niert oder gar Vernunft gesiegt habe, wurde jedoch schnell gedämpft: Denn so-gleich beklagte der Vorstand, der nunmehr doch nicht realisierte Servicezuschlag der Bahn bedeute einen Verlust von mindes-tens 50 Millionen Euro jährlich. Ein Öko-nom oder Börsenmakler könnte vielleicht erklären, wie man etwas, das man zwar geplant, aber noch gar nicht eingenommen oder besessen hat, verlieren und somit als Verlust bezeichnen kann. Um nur ja kei-nen Profit einzubüßen, droht das „Unter-nehmen Zukunft“ (wie sich die Bahn AG gern selbst nennt) nun mit der Schließung weiterer Servicecenter und mit Personal-abbau – bereits seit 2003 hat die Bahn die Zahl der Reisezentren drastisch reduziert (von 1100 auf 700, wenn die Angaben stimmen). Die Fahrpreise werden im De-ze-mber wie angekündigt steigen (z. B. um 3,9 Prozent bei Fahrscheinen der 2. Klas-se), was sicher nicht die letzte – euphe-mistisch als „Tarifanpassung“ bezeichnete – Fahrpreiserhöhung sein wird. „Die Bahn macht mobil“ – für den Börsengang! Zu befürchten ist: Damit bleiben wir alle auf der Strecke, und voraussichtlich sehr viele Angestellte, die ihren Job verlieren wer-den. Wer zieht bitte die Notbremse?

• **UNDINE WAGNER**

Denn Sinn versteht nur Leipzigs Stadtkämmerin Kudla, wenn sie von „NEUEN ALT-FEHLBETRÄ-GEN“ spricht.

(Zitiert aus „Ratschlag“- Informationsschrift Bündnis 90 /DieGrünen)

CSU-Vorsitzender Erwin Huber hat DIE LINKE als Rattenfänger bezeichnet. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE:
„Sprache ist erhellend. Wer Mitglieder der Linkspartei als ‘Rat-tenfänger’ bezeichnet, zeigt, wofür er Wählerinnen und Wähler hält: für Ratten.“

Zündeln ?

Da entdeckte Leipzigs Neue jetzt im Stadtteil Grünau diese Streichholzschachtel. Na, wenn da mal parteipolitisch nichts anbrennt. Unser Vorschlag: Man sollte eine dem Kettenrau-cher Helmut Schmidt zukommen lassen, denn der hatte ja kürzlich – auch ohne Hölzer – ganz schön gezündelt.

Initiative »Künstler für die SPD«



Petras „Prinz“ ist Sieger ...

... obwohl nur mit einer einfachen Kompaktkamera aufgenom-men, setzte sich der Frosch gegen die digitalen Spie-gelreflexkameras durch. 937 Fotos standen im Wettbewerb um das schönste Zoofoto des Monats August. Petra Radtkes „verzauberter Prinz“ machte das Rennen und wurde Publi-kumsliebling. Der „Preis“ entzauberte sich als Plastbeutel mit Werbeartikeln des Zoos und der Stadtwerke Leipzig (von Brotbüchse, über Kuli, Abzeichen, Tasse, Mouspad, Manekür-Etui). Die beiden anderen Preisträger, die von einer Jury ausgewählt wurden, erhielten je eine Zoojahres-karte. Nun gut ... oder eher nicht? Aber, w i r freuen uns mit Petra, die nicht nur von ihrem „Froschkönig“ träumt, sondern sich in der Realität auch in der Redaktion von LEIPZIGS NEUE engagiert.

Die Commerzbank will im Zuge der Fusion bis 2012 über 300 der gut 1500 Filialen schließen. 9000 der knapp 67 000 Stellen sollen gestri-chen werden. 6500 offensichtlich davon in Deutschland.

LVZ am 2. 9.

Es kann nicht sein, dass der, der die stärksten Muskeln hat, entscheidet, ob es Krieg gibt.

DLF am 3. 9.

Die SPD könnte Albert Einstein zum Vorsitzenden wählen und käme nicht aus dem Tief heraus.

Talk „Anne Will“ am 7. 9.

Der Coup am Schwielowsee hat vor allem eines gezeigt: die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie – der Partei und ihres Umfeldes. Der Riss im linken Lager verläuft einerseits zwischen der SPD und der Linkspartei und andererseits durch die SPD selbst.

Georg Fülberth in WZ FREITAG / 37

Staatliche Organe und Massenme-dien biegen sich unliebsame Tatsa-chen zurecht.

Sonntags-Essay, DLF am 7. 9.

Zuwanderer werden in den Medien vor allem als soziale Belastung dar-gestellt.

DLF am 13. 9.

Je primitiver ein Mensch ist, desto eher will er einem anderen eine „run-terhauen“. Eine Kulturnation muss „zuhören“ können.

DLF am 14. 9.

FUNDSACHEN

„Pilzsucher sind die besseren Men-schen ...“

Wiglaf Droste im MAGAZIN / 09

Es ist derzeit unklug, sich auf eine Angleichung der Ost- an die West-rente binnen zehn Jahren einzulas-sen. (Zitat: Merkel anno 2008)

ND am 15. 9.

Die NATO mag das mächtigste Mil-i-tärbündnis sein, das intelligenteste ist sie derzeit nicht.

Tagesthemen, ARD am 16. 9.

Ich glaube an den ‘Sowohl- Als-Auch Zustand’.

Leipzigs neuer Schauspielintendant Sebastian Hartmann in FIGAROS FRAGEN.

mdr am 18. 9.

An der Universität der kroatischen Hauptstadt Zagreb wurden 21 Perso-nen und vier Assistenten wegen ver-kaufte Prüfungen und Diplome fest-genommen.

dpa am 19. 9.

Die meisten Autos sind heute intelli-genter als ihre Besitzer.

Kabarett-Nacht im ZDF am 20. 9.

Jemand muss als Erster die Zwangs-kastration in der Europäischen Union einführen und das werde eben Polen sein.

Premier Tusk im polnischen Fern-sehen, bezugnehmend auf die dort bekannt gewordenen Inzestfälle.

Die Zocker in der Finanzwelt rech-nen damit, dass am Ende immer der Staat den „Fallschirm aufspannt“.

Presseclub, ARD am 21. 9.

• **ENTDECKT VON SIEGFRIED KAHL**

Reinhard Lochners neue Wahrheiten

Als die gesprungenen Glocken einen Bund schlossen, legten sie in der Präambel ihres Statutes fest, dass aller Missklang auf Erden von den unbeschädigten Glocken ausgeht.

Wenn ich in die Oper gehe, frage ich mich jedesmal, ob ich ein Opernglas oder eine Augenbinde mitnehmen soll.

Alte Zitate-Wahrheiten

Doch mit des Geschickes Mächten, ist kein ewiger Bund zu flechten.

(Schiller: Lied von der Glocke)

Die Oper ist der entschiedenste Bruch mit der gemeinen Illusion und wirkt doch. (Hebbels Tagebücher)